

VERGABEUNTERLAGEN

2026002573

Dokumentationssoftware für die Pflegeberatung

Öffentliche Ausschreibung (UVgO)

Ausschreibung

AUFTRAGGEBER

Stadt Nürnberg - Zentrale Dienste

Winklerstr. 33, 90403 Nürnberg, Deutschland

20.05.2026

Inhaltsverzeichnis

Vergabeunterlagen	1
Projektinformation	1
Vertragsbedingungen/Formulare.....	3
Bewerbungsbedingungen_UVgO	3
Ergänzende Bedingungen zur Rechnungsstellung ZD_eRechnung	6
ZAVB_Nürnberg_eRechnung.....	7
ZD3 - Datenschutzhinweise Vergabeverfahren.....	14
IT_Cloud_AGB	16
EVB_IT_Cloud_Kriterienkatalog.....	37
EVB_IT_Cloud_Vertrag.....	49
Vereinbarung_zur_Auftragsverarbeitung	57
Dienstleistungs-AGB_V21	71
Anlage_RV_PSP	84
Produkte/Leistungen	120
Eignungskriterien.....	126
Leistungskriterien	129
Anlagen	130



Dokumentationssoftware für die Pflegeberatung

I. Allgemeines

Es ist beabsichtigt, die in anliegender Leistungsbeschreibung bezeichneten Leistungen zu vergeben. Einzelheiten ergeben sich aus den Anlagen.

Allgemeine Informationen zum Verfahren	
Projektname	Dokumentationssoftware für die Pflegeberatung
Projektbeschreibung	Dokumentationssoftware für die Pflegeberatung
Vergabeart	Öffentliche Ausschreibung
Termine	
Bekanntmachung am	21.05.2026
Angebotsfrist	15.06.2026 23:59:00
Bindefrist	31.07.2026
Frist für Fragen in der Bieterkommunikation	04.06.2026 23:59

1. Auskünfte:

Auskünfte erteilt nur die Vergabestelle der Auftraggeberin, bei der auch die der Ausschreibung zugrunde liegenden Bedingungen eingesehen werden können.

Die Kommunikation mit der Vergabestelle erfolgt ausschließlich über das Nachrichtenmodul "Bieterkommunikation" im Vergabemanagementsystem der Deutschen eVergabe. Bei Rückfragen zur Bedienung der Software wenden Sie sich bitte an den Support der Firma Healy Hudson: service-bieter@deutsche-evergabe.de

Der Einwand, dass der Bieter über den Umfang der Leistung oder über die Art und Weise der Ausführung nicht genügend unterrichtet gewesen sei, ist ausgeschlossen.

2. Skonto:

Skonto bedeutet einen prozentualen Abzug vom Rechnungsbetrag, der nur unter der Bedingung einer kurzfristigen Zahlung innerhalb einer angemessenen eingeräumten Zahlungsfrist gewährt wird. Im Vergabemanagementsystem an der dafür vorgesehenen Stelle gewährte Skonti werden im Fall der Auftragserteilung Vertragsinhalt und werden bei der Auftragsausführung des bezuschlagten Angebots berücksichtigt, wenn sie sich auf alle Abschlags- und Schlusszahlungen beziehen und die Zahlungsfrist mindestens 30 Tage beträgt. Skonti werden bei der Preiswertung nicht berücksichtigt.

3. Kriterien für die Auftragsvergabe:

Bewertungsmethode: Wirtschaftlichstes Angebot

Berechnungsmethode: Freie Verhältniswahl Preis/Leistung

Gewichtung: 80%: 20%

Bewertet wird immer der Angebotsnettopreis + (Einfuhr-/)Umsatzsteuer ohne Rücksicht auf die Steuerschuldnerschaft.

4. Bedarfspositionen:

Bedarfspositionen werden gewertet.

5. Eigene AGB:

Beinhaltet das Angebot eigene Geschäftsbedingungen des Bieters (auch AGB), kann das Angebot gemäß § 42 Abs. 1 Nr. 4 UVgO bzw. §§ 53 Abs. 7 Satz 1, 57 Abs. 1 Nr. 4 VgV ausgeschlossen werden, wenn eine Aufklärung ergibt, dass der Bieter tatsächlich damit von den Inhalten der Vergabeunterlagen abweichen will.

6. Vergabeunterlagen/Vertragsbedingungen:

Mit der Angebotsabgabe werden die im Angebotsassistenten (Workflowpunkte Vertragsbedingungen/Formulare und Produkte/Leistungen) hinterlegten und aufgeführten Vertragsbedingungen, die Leistungsbeschreibung sowie die VOL/B, in der am Tage der Angebotseröffnung gültigen Fassung, Vertragsbestandteil.

Die Rangfolge richtet sich nach §1 VOL/B.

7. Bindefrist:

Mit Abgabe des Angebots ist der Bieter bis zum Ablauf der Bindefrist an sein Angebot gebunden.

8. Ausschluss von weiteren Auftragserteilungen:

Eine wissentlich unvollständige oder falsche Erklärung im Angebotsschreiben kann den Ausschluss von weiteren Auftragserteilungen zur Folge haben.

9. Gemäß DSGVO ist der Abschluss einer Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung notwendig, wenn die Auftraggeberin:

- a) einen Auftrag zur Verarbeitung personenbezogener Daten erteilt und/oder
- b) Im Zuge eines Pflege-/Wartungsvertrags eine Fernwartung vereinbart wird.

Sofern sich die Notwendigkeit einer Vereinbarung über Auftragsverarbeitung erst während der Vertragslaufzeit ergibt, wird eine Vereinbarung auf Basis eines Vertragsmodells der Auftraggeberin geschlossen.

10. Nebenangebote:

Nebenangebote sind nicht zugelassen.

11. Eigenerklärungen

Die Auftraggeberin hat jederzeit das Recht – vor und nach Ausführungsbeginn –, zu überprüfen, ob die zu Eignungskriterien abgegebenen Eigenerklärungen zutreffen.

-

II. Elektronische Angebotsabgabe

Vorgehensweise:

1. Durch die elektronische Angebotsabgabe im Bieterassistenten des Vergabemanagementsystems (VMS) ist das Textformerfordernis gem. § 126 b BGB erfüllt (§ 38 UVgO bzw. § 53 Abs. 1 VgV).
2. Bei Rückfragen zur Bedienung der Software können Sie sich gerne an den Support der Firma Healy Hudson wenden.

An: **service@deutsche-evergabe.de**

III. Schriftliche Angebotsabgabe

Falls Sie bereit sind, die Leistungen zu übernehmen, werden Sie gebeten, **ausschließlich auf elektronischem Weg** die Angebotsunterlagen (Eingabemaske im Bieterassistenten) auszufüllen und bis zum Einreichungstermin über die Vergabepattform (Angebotsfrist, siehe Projekt- und Dokumenteninformation) abzugeben.

Die Angebotsabgabe auf schriftlichem Weg in Papierform ist in diesem Verfahren nicht zugelassen.

BEWERBUNGSBEDINGUNGEN

Hinweis

Das Vergabeverfahren erfolgt nach der "Verfahrensordnung für die Vergabe öffentlicher Liefer- und Dienstleistungsaufträge unterhalb der EU-Schwellenwerte" (Unterschwellenvergabeordnung – UVgO).

1.1 Mitteilung von Unklarheiten in den Vergabeunterlagen

Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Bieters/Bewerbers Unklarheiten, so hat der Bieter/Bewerber die Vergabestelle unverzüglich vor Angebotsabgabe in Textform darauf hinzuweisen.

1.2 Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen

Angebote von Bieter/Bewerbern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen, werden ausgeschlossen.

Zur Bekämpfung der Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs hat der Bieter/Bewerber auf Verlangen Auskünfte darüber zu geben, ob und auf welche Art er wirtschaftlich und rechtlich mit Unternehmen verbunden ist. Dies gilt insbesondere für Bietergemeinschaften.

1.3 Angebot

1.3.1 Das Angebot ist in all seinen Bestandteilen in deutscher Sprache abzufassen.

1.3.2 Bei elektronischer Angebotsübermittlung in Textform ist der Bieter/Bewerber und die natürliche Person, die die Erklärung abgibt, zu benennen; falls vorgegeben, ist das Angebot mit der geforderten Signatur/dem geforderten Siegel zu versehen. Das Angebot ist zusammen mit den Anlagen bis zum Ablauf der Angebotsfrist über die Vergabeplattform der Vergabestelle zu übermitteln.

1.3.3 Die Preise (Einheitspreise, Pauschalpreise, Verrechnungssätze usw.) sind in Euro (Bruchteile in vollen Cent) ohne Umsatzsteuer anzugeben. Der Umsatzsteuerbetrag ist unter Zugrundelegung des geltenden Steuersatzes am Schluss des Angebots hinzuzufügen. Die Berechtigung zur Verrechnung ermäßigter Steuersätze ist mit dem Angebot nachzuweisen. Soweit ihre Wertung in den Informationen zum Verfahren nicht ausdrücklich vorgesehen ist, werden nur Preisnachlässe gewertet, die

- ohne Bedingungen als Vomhundertsatz auf die Abrechnungssumme gewährt werden
- an der dafür vorgesehenen Stelle aufgeführt sind.

Nicht zu wertende Preisnachlässe (z.B. Skonti) bleiben Inhalt des Angebotes und werden im Fall der Auftragserteilung Vertragsinhalt.

1.3.4 Das Angebot muss vollständig sein; unvollständige Angebote können ausgeschlossen werden.

Das Angebot muss die Preise und die in den Vergabeunterlagen geforderten Erklärungen und Angaben enthalten. Die Preise des Angebots müssen grundsätzlich auch die Kosten aller zur Leistung erforderlichen Stoffe, Hilfsstoffe und Lohnnebenkosten sowie alle Nebenleistungen enthalten.

Enthält die Leistungsbeschreibung bei einer Teilleistung eine Produktangabe mit Zusatz „oder gleichwertiger Art“ und wird vom Bieter/Bewerber dazu eine Produktangabe verlangt, ist das Fabrikat (insbesondere Herstellerangabe und genaue Typbezeichnung) auch dann anzugeben, wenn der Bieter/Bewerber das vorgegebene Fabrikat anbieten will. Fehlt diese Angabe, ist das Angebot unvollständig.

Änderungen an den Vergabeunterlagen sind unzulässig.

Entspricht der Gesamtbetrag einer Ordnungszahl (Position) nicht dem Ergebnis der Multiplikation von Mengenansatz und Einheitspreis, so ist der Einheitspreis maßgebend.

1.3.5 Wird in der Ausschreibung auf Normen, technische Spezifikationen, europäische technische Zulassungen Bezug genommen, wird das Angebot auch gewertet, sofern der

Bieter/Bewerber in seinem Angebot mit geeigneten Mitteln nachweist, dass die von ihm angebotene Lösung den Anforderungen der technischen Spezifikation, auf die Bezug genommen wurde, gleichermaßen entspricht.

1.3.6 Muster und Proben müssen als zum Angebot gehörig gekennzeichnet sein.

1.4. Datenschutz

1.4.1 Die von den Bietern/Bewerbern erbetenen personenbezogenen Angaben werden im Rahmen des Vergabeverfahrens verarbeitet und gespeichert. Die Angaben erfolgen freiwillig und sind Voraussetzung für die Berücksichtigung des Angebotes.

1.4.2 Ein qualifizierter Datenschutzhinweis im Zusammenhang mit der Vergabe von öffentlichen Aufträgen und Konzessionen ist Bestandteil der Vergabeunterlagen.

1.4.3. Werden der Auftraggeberin personenbezogene Daten Dritter (z.B. von Mitarbeitern des Auftragnehmers/der Auftragnehmerin) als Betroffene übermittelt, so ist der Auftragnehmer/die Auftragnehmerin für die Einhaltung der datenschutzrechtlichen Verpflichtungen diesbezüglich eigenständig verantwortlich. Auf die Freiwilligkeit ihrer Angaben ist hinzuweisen und der qualifizierte Datenschutzhinweis der Auftraggeberin ist den Betroffenen bekannt zu machen.

1.5 Nebenangebote

1.5.1 Soweit Nebenangebote zugelassen sind, müssen sie die geforderten Mindestanforderungen erfüllen. Sie müssen als solche gekennzeichnet sein, ihre Anzahl ist an der im dafür vorgesehenen Stelle aufzuführen.

1.5.2 Nebenangebote müssen qualitativ und quantitativ die durch die Leistungsbeschreibung vorgegebenen Mindestkriterien erfüllen. Sie müssen damit mindestens

- die funktionalen Anforderungen und
- die wirtschaftlichen Kriterien der ausgeschriebenen Lösung erfüllen, insbesondere Gebrauchstauglichkeit, Folgekosten, Lebensdauer.

Die Gleichwertigkeit ist mit dem Nebenangebot nachzuweisen.

1.5.3 Der Bieter/Bewerber hat die in Nebenangeboten enthaltenen Leistungen eindeutig und erschöpfend zu beschreiben; die Gliederung des Leistungsverzeichnisses ist, soweit möglich, beizubehalten.

Nebenangebote müssen alle Leistungen umfassen, die zu einer einwandfreien Ausführung der Leistung erforderlich sind.

Soweit der Bieter/Bewerber eine Leistung anbietet, deren Ausführung nicht in Allgemeinen Technischen Vertragsbedingungen oder in den Vergabeunterlagen geregelt ist, hat er im Angebot entsprechende Angaben über Ausführung und Beschaffenheit dieser Leistung zu machen.

1.5.4 Nebenangebote sind, soweit sie Teilleistungen (Positionen) des Leistungsverzeichnisses beeinflussen (ändern, ersetzen, entfallen lassen, zusätzlich erfordern), nach Mengensätzen und Einzelpreisen aufzugliedern (auch bei Vergütung durch Pauschalsumme).

1.5.5 Nebenangebote, die den Nummern 1.5.1 bis 1.5.4 nicht entsprechen, können nicht gewertet werden.

1.6 Bietergemeinschaften

1.6.1 Bietergemeinschaften haben mit ihrem Angebot eine von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung abzugeben,

- in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft (oder vergleichbarer Zusammenschluss) im Auftragsfall erklärt ist,
- in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der für die Durchführung des Vertrags bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist,
- dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,
- dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

- 1.6.2 Beim Öffentlichen Verfahren und bei Beschränkter Ausschreibung werden Angebote von Bietergemeinschaften, die sich erst nach der Aufforderung zur Angebotsabgabe aus aufgeforderten Unternehmern gebildet haben, nicht zugelassen.

1.7 Benachrichtigung

Wurde bis zum Ablauf der Bindefrist kein Auftrag erteilt, so konnte das Angebot nicht berücksichtigt werden. Eine Unterrichtung der Bieter erfolgt gem. § 46 UVgO.

Ergänzende Bedingungen zur Rechnungsstellung

Für den Rechnungseingang bei der Auftraggeberin stehen drei Wege zur Verfügung. Eine Zustellung über einen anderen Weg ist nicht zugelassen.

Für alle Rechnungsformate gilt:

Eine getrennte Übermittlung von Rechnung und sonstigen Anlagen auf unterschiedlichen Wegen kann nur in Einzelfällen erfolgen und muss mit der Auftraggeberin vor Rechnungslegung abgestimmt werden. Die Leitweg-ID und die Rechnungsnummer müssen bei allen Formen der Rechnungsübermittlung zwingend angegeben werden.

Zugangswege:

1. Per E-Mail (als X-Rechnung oder PDF) an folgende E-Mailadresse: stadt@rechnung.nuernberg.de.
Ein Versand an andere E-Mailadressen der Stadt Nürnberg ist nicht zugelassen.
2. Per Dateiupload (als X-Rechnung und PDF) auf einem der unter www.lieferanteninfo.nuernberg.de genannten Portale.
Eine Zustellung über andere Datenaustauschwege ist nicht zugelassen.
3. Als Papierrechnung per Post an folgende Postanschrift:

Stadt Nürnberg
Seniorenamt

Leitweg-ID: 09564000-5110001-82
Postfach 90 01 48
90492 Nürnberg

Alle vorstehenden Angaben werden durch die Auftraggeberin vorgegeben. Es darf darüber hinaus kein Straßenname in der Rechnungsadresse stehen. Eine Zustellung über andere Anschriften der Stadt Nürnberg oder persönliche Übergabe an eine Vertreterin oder einen Vertreter der Stadt Nürnberg ist nicht zugelassen. Rechnungen können auf Grund von Größenbeschränkungen bei Postfächern der Deutschen Post AG nur bis zum Format Maxibrief zugestellt werden. Größere Versandformate werden grundsätzlich nicht angenommen. Die Übergabe größerer Formate kann nur ausnahmsweise in Einzelfällen erfolgen und muss mit der Auftraggeberin vor Rechnungslegung abgestimmt sein.

elektronisch übermittelte Rechnungen

Bei elektronisch übermittelten Rechnungen werden die Formate pdf und E-Rechnungen, die konform zur Europäischen Norm 16931 sind, entweder bevorzugt als aktuelle XRechnung oder alternativ als ZUGFeRD ab Version 2 (jeweils in der aktuell gültigen Version) angenommen. Andere Formate sind nicht zugelassen. Rechnungen im Format pdf müssen folgende Aktionen zulassen: Dokument ohne Kennwort ansehen, Text und Grafik aus Dokument kopieren, Dokument drucken, Kommentare hinzufügen oder ändern.

Jede E-Mail an den zentralen Rechnungseingang der Stadt Nürnberg muss genau einen Dateianhang (PDF-Rechnung oder E-Rechnung) enthalten. Dateien dürfen eine Größe von 15 MB nicht überschreiten. E-Mails ohne Dateianhang oder mit mehreren Dateianhängen werden automatisch abgewiesen. Rechnungsbegleitende Dokumente (zum Beispiel Leistungsnachweise, Arbeitsberichte etc.) müssen in die Rechnungsdatei integriert werden. Wichtig ist dabei, dass das Rechnungsbild am Anfang steht. Für jede Rechnung muss eine eigene E-Mail versendet werden. Mehrere Rechnungen in einer Datei sind nicht zulässig. Wichtige Informationen und Angaben gehören nicht in den E-Mail-Text, sondern in den Dateianhang. Bei der elektronischen Rechnungsbearbeitung werden nur die Dateianhänge bearbeitet, der Begleittext in der E-Mail wird nicht zur Kenntnis genommen. Die E-Mail mit der Rechnung darf nicht von einer "No-Reply"-Adresse versendet werden, da sonst Antwortmails, zum Beispiel Fehlermeldungen, nicht beim Absender der Rechnung ankommen.

ZUSÄTZLICHE ALLGEMEINE VERTRAGSBEDINGUNGEN für die Ausführung von Leistungen

Hinweis

Die genannten Paragraphen beziehen sich auf die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B).

1 Art und Umfang der Leistung, Preise (§ 1 VOL/B)

Die vereinbarten Preise enthalten auch die Kosten für die zur Leistung erforderlichen Arbeitsmittel, Betriebs- und Hilfsstoffe wie Reinigungsmittel, Verpackung o.ä. und die notwendigen Hilfsleistungen wie Transporte, Auf- und Abladen frei Verwendungsstelle, sofern in der Leistungsbeschreibung nichts anderes angegeben ist. Etwaige Patentgebühren und Lizenzvergütungen sind durch den Preis für die Lieferung/Leistung abgegolten.

Packstoffe hat der Auftragnehmer zurückzunehmen und ggf. wie auch durch seinen Auftrag entstandene Abfälle auf seine Kosten fachgerecht zu beseitigen.

Wenn der Auftragnehmer für sein Angebot eine selbst gefertigte Abschrift oder Kurzfassung benutzt hat, ist allein die vom Auftraggeber verfasste Leistungsbeschreibung verbindlich

Sind in der Leistungsbeschreibung für die wahlweise Ausführung einer Leistung Wahlpositionen (Alternativpositionen) oder für die Ausführung einer nur im Bedarfsfall erforderlichen Leistung Bedarfspositionen (Eventualpositionen) vorgesehen, ist der Auftragnehmer verpflichtet, die in diesen Positionen beschriebenen Leistungen nach Aufforderung durch den Auftraggeber auszuführen. Die Entscheidung über die Ausführung von Wahlpositionen trifft der Auftraggeber in der Regel bei Auftragserteilung, über die Ausführung von Bedarfspositionen nach Auftragserteilung.

2 Einheitspreise

Der Einheitspreis ist der vertragliche Preis, auch wenn im Angebot der Gesamtbetrag einer Ordnungszahl (Position) nicht dem Ergebnis der Multiplikation von Mengenangabe und Einheitspreis entspricht.

3 Änderung der Leistung (§ 2 VOL/B)

- 3.1 Beansprucht der Auftragnehmer aufgrund von § 2 Nr.3 eine erhöhte Vergütung, muss er dies dem Auftraggeber unverzüglich – möglichst vor Ausführung der Leistung und möglichst der Höhe nach – schriftlich mitteilen.
- 3.2 Sind nach § 2 Preise zu vereinbaren, hat der Auftragnehmer auf Verlangen seine Preisermittlungen für diese Preise und für die vertragliche Leistung vorzulegen und Mehr- und Minderkosten nachzuweisen.

4 Ausführungsunterlagen (§ 3 VOL/B)

Der Ausführung dürfen nur Unterlagen zugrundegelegt werden, die vom Auftraggeber als zur Ausführung bestimmt gekennzeichnet sind.

5 Ausführung der Leistung (§ 4 VOL/B)

- 5.1 Der Auftraggeber kann sich über die vertragsgemäße Ausführung der Leistung unterrichten.
- 5.2 Solange der Vertrag nicht beiderseits vollständig erfüllt ist, hat der Auftragnehmer jede Änderung seiner Zugehörigkeit zur Berufsgenossenschaft dem Auftraggeber unverzüglich unaufgefordert mitzuteilen.
- 5.3 Nach- oder Subunternehmer treten in keinem Fall in rechtliche oder vertragliche Beziehungen zum Auftraggeber. Der Auftragnehmer hat also derartige weiter gegebene Aufträge in eigenem Namen und auf eigene Rechnung zu erteilen. Die Abrechnung gegenüber dem Auftraggeber erfolgt nur mit dem Auftragnehmer.
- 5.4 Der Auftragnehmer hat bei der Ausführung der Leistung alle für ihn geltenden rechtlichen Verpflichtungen einzuhalten, insbesondere den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wenigstens diejenigen Mindestbedingungen einschließlich des Mindestentgelts zu gewähren, die nach dem Mindestlohngesetz, einem nach dem Tarifvertragsgesetz mit den Wirkungen des Arbeitnehmerentsendegesetzes (AEntG) für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrag oder einer nach § 7, § 7a oder § 11 AEntG oder einer nach § 3a AÜG erlassenen Rechtsverordnung für die betreffende Leistung verbindlich vorgegeben werden, sowie gem. § 7 Abs. 1 AGG und § 3 Abs. 1 EntgTranspG Frauen und Männern bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit gleiches Entgelt zu bezahlen. Der Auftragnehmer hat die Einhaltung der Verpflichtungen auf Verlangen durch die Vorlage prüffähiger Unterlagen nachzuweisen. Bei einem Einsatz von Nach- oder Subunternehmern sind diese durch den Auftragnehmer entsprechend zu verpflichten und haben die Einhaltung der Verpflichtungen in gleicher Weise auf Verlangen nachzuweisen.

6 Kündigung aus wichtigem Grund (§ 8 VOL/B)

Ein wichtiger Grund liegt auch vor, wenn der Auftragnehmer Personen, die auf Seiten des Auftraggebers mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrages befasst sind oder ihnen nahestehenden Personen Vorteile anbietet, verspricht oder gewährt. Solchen Handlungen des Auftragnehmers selbst stehen Handlungen von Personen gleich, die von ihm beauftragt oder für ihn tätig sind. Dabei ist es gleichgültig, ob die Vorteile den vorgenannten Personen oder in ihrem Interesse einem Dritten angeboten, versprochen oder gewährt werden.

7 Wettbewerbsbeschränkungen (§ 8 Nr. 2 VOL/B)

Wenn der Auftragnehmer aus Anlass der Vergabe nachweislich eine Abrede getroffen hat, die eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung darstellt, hat er 15 v.H. der Auftragssumme an den Auftraggeber zu zahlen, es sei denn, dass ein Schaden in anderer Höhe nachgewiesen wird.

Dies gilt auch, wenn der Vertrag gekündigt wird oder bereits erfüllt ist.

Sonstige vertragliche oder gesetzliche Ansprüche des Auftraggebers, insbesondere solche aus § 8 Nr. 2 VOL/B, bleiben unberührt.

Als unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen gelten insbesondere Verabredungen und Verhandlungen mit anderen Bietern über

- die Abgabe oder Nichtabgabe von Angeboten,
- die zu fordernden Preise,
- Bindungen sonstiger Entgelte,

- Gewinnaufschläge,
 - Verarbeitungsspannen und andere Preisbestandteile,
 - Zahlungs-, Lieferungs- und andere Vertragsbedingungen, soweit sie unmittelbar oder mittelbar den Preis beeinflussen,
 - Entrichtung von Ausfallentschädigungen oder Abstands Zahlungen,
 - Gewinnbeteiligungen oder andere Aufgaben, sowie Empfehlungen,
- es sei denn, dass sie nach § 24 ff des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) zulässig sind. Solchen Handlungen des Auftragnehmers selbst stehen Handlungen von Personen gleich, die von ihm beauftragt oder für ihn tätig sind.

8 Abnahme (§ 13 VOL/B)

- 8.1 Die Lieferung oder Leistung wird förmlich abgenommen.
- 8.2 Die Gefahr geht grundsätzlich erst mit der Abnahme auf den Auftraggeber über.

9 Mängelansprüche (§ 14 VOL/B)

Die Verjährung für Mängelansprüche beginnt mit der Abnahme der Leistung bzw. Lieferung.

10 Rechnungen (§§ 15 und 17 VOL/B)

- 10.1 Rechnungen sind ihrem Zweck nach als Abschlags-, Teilschluss- oder Schlussrechnung zu bezeichnen; die Abschlags- und Teilschlussrechnungen sind durchlaufend zu nummerieren.
- 10.2 In jeder Rechnung sind die Teilleistungen in der Reihenfolge, mit der Ordnungszahl (Position) und der Bezeichnung – gegebenenfalls abgekürzt – wie in der Leistungsbeschreibung aufzuführen.
- 10.3 Die Rechnungen sind mit den Vertragspreisen ohne Umsatzsteuer (Nettopreise) in Euro aufzustellen: der Umsatzsteuerbetrag ist am Schluss der Rechnung mit dem Steuersatz einzusetzen, der zum Zeitpunkt des Entstehens der Steuer, bei Schlussrechnungen zum Zeitpunkt des Bewirkens der Leistung, gilt. Beim Überschreiten von Vertragsfristen, die der Auftragnehmer zu vertreten hat, wird die Differenz zwischen dem aktuellen Umsatzsteuerbetrag und dem bei Fristablauf maßgebenden Umsatzsteuerbetrag nicht erstattet.
- 10.4 In jeder Rechnung sind Umfang und Wert aller bisherigen Leistungen und die bereits erhaltenen Zahlungen mit gesondertem Ausweis der darin enthaltenen Umsatzsteuerbeträge anzugeben.
- 10.5 Die zum uneingeschränkten Vorsteuerabzug erforderlichen gesetzlichen Pflichtangaben nach § 14 Abs. 4 und § 14a UStG sind einzuhalten.
- 10.6 Die Rechnungen müssen neben den Rechnungspositionen und erläuternden Unterlagen wie Aufmaß, Pläne, Lieferscheine oder sonstige Nachweise und erläuternden Unterlagen Dritter folgende Angaben enthalten: Neben den gesetzlichen Vorgaben sind die Leitweg-ID, der Name der Dienststelle für welche die Leistung erbracht wurde einschließlich Ergänzungen wie Einrichtung, Abteilung, Sachgebiet, Sachbearbeitung, und Auftragsbezug (z.B. Bestellnummer, Lieferort, Leistungsort unter Angabe von Adresse und Gebäude, sofern mehrere Gebäude unter einer Anschrift zu finden sind) anzugeben. Diese Angaben werden vom Auftraggeber mit den ergänzenden Bedingungen zur Rechnungsstellung vorgegeben.

11 Leistungen nach Stundenverrechnungssätzen (§ 16 VOL/B)

Der Auftragnehmer hat über Leistungen nach Stundenverrechnungssätzen arbeitstäglich Listen in zweifacher Ausfertigung einzureichen. Diese müssen

- das Datum,
- die genaue Bezeichnung des Ausführungsortes,
- die Art der Leistung,
- die Namen der Arbeitskräfte und deren Berufs-, Lohn- oder Gehaltsgruppe,
- die geleisteten Arbeitsstunden je Arbeitskraft, ggf. aufgegliedert nach Mehr-, Nacht-, Sonntags- und Feiertagsarbeit, sowie nach im Verrechnungssatz nicht enthaltenen Erschwernissen und
- die Gerätekenngößen

enthalten.

Rechnungen über Stundenverrechnungssätze müssen entsprechend den Listen aufgegliedert werden.

Die Originale der Listen behält der Auftraggeber, die bescheinigten Durchschriften erhält der Auftragnehmer.

12 Zahlungen (§ 17 VOL/B)

- 12.1 Alle Zahlungen werden bargeldlos im Überweisungsverkehr in Euro geleistet.
- 12.2 Als Tag der Zahlung gilt bei Überweisung von einem Konto der Tag, an dem das Geldinstitut den ausführbaren Zahlungsauftrag erhalten hat.
- 12.3 Bei Arbeitsgemeinschaften werden Zahlungen mit befreiender Wirkung für den Auftraggeber an den für die Durchführung des Vertrags bevollmächtigten Vertreter der Arbeitsgemeinschaft oder nach dessen schriftlicher Weisung geleistet. Dies gilt auch nach Auflösung der Arbeitsgemeinschaft.
- 12.4 Für Vorauszahlungen ist stets besondere Sicherheit durch selbstschuldnerische Bürgschaft nach dem vom Auftraggeber vorgeschriebenen Muster für den Zahlungsbetrag incl. Mehrwertsteuer zu leisten.

13 Überzahlungen (§ 17 VOL/B)

- 13.1 Bei Rückforderungen des Auftraggebers aus Überzahlungen (§§ 812 ff. BGB) kann sich der Auftragnehmer nicht auf den Wegfall der Bereicherung (§ 818 Abs. 3 BGB) berufen.
- 13.2 Im Falle einer Überzahlung hat der Auftragnehmer den überzahlten Betrag zu erstatten. Leistet er innerhalb von 14 Kalendertagen nach Zugang des Rückforderungsschreibens nicht, befindet er sich ab diesem Zeitpunkt mit seiner Zahlungsverpflichtung in Verzug und hat Verzugszinsen in Höhe von 8 %-Punkten über dem Basiszinssatz des § 247 BGB zu zahlen.
Auf einen Wegfall der Bereicherung kann sich der Auftragnehmer nicht berufen.
- 13.3 Die Verjährungsfrist für diese Ansprüche des Auftraggebers beträgt acht Jahre, sie beginnt mit der Schlusszahlung.

14 Abtretung

14.1 Forderungen des Auftragnehmers gegen den Auftraggeber können ohne Zustimmung des Auftraggebers nur abgetreten werden, wenn sich die Abtretung auf alle Forderungen in voller Höhe aus dem genau bezeichneten Auftrag einschließlich aller etwaigen Nachträge erstreckt. Teilabtretungen sind nur mit schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers gegen ihn wirksam.

14.2 Eine Abtretung wirkt gegenüber dem Auftraggeber erst,

- wenn sie ihm vom alten Gläubiger (Auftragnehmer) und vom neuen Gläubiger unter genauer Bezeichnung der auftraggebenden Stelle des Auftrags gemäß dem Formblatt des Auftraggebers schriftlich angezeigt worden ist und
- wenn der neue Gläubiger eine Erklärung gemäß Formblatt mit folgendem Inhalt abgegeben hat:
"Ich erkenne an,

- a) dass die Erfüllung der Forderung nur nach Maßgabe der vertraglichen Bestimmungen beansprucht werden kann,
- b) dass mir gemäß § 404 BGB die Einwendungen entgegengesetzt werden können, die zur Zeit der Abtretung gegen den bisherigen Gläubiger begründet waren,
- c) dass die Aufrechnung mit Gegenforderungen in den Grenzen des § 406 BGB zulässig ist,
- d) dass eine durch mich vorgenommene weitere Abtretung gegenüber dem Auftraggeber nicht wirksam ist.

Zahlungen, die der Auftraggeber nach der Abtretung an den Auftragnehmer leistet, lasse ich gegen mich gelten, wenn vom Zugang der Abtretungsanzeige beim Auftraggeber bis zum Tag der Zahlung (Tag der Hingabe oder Absendung des Überweisungsauftrags an ein Geldinstitut) noch nicht 6 Werktage verstrichen sind. Dies gilt nicht, wenn die die Zahlung bearbeitende Kasse schon vor Ablauf dieser Frist von der Abtretungsanzeige Kenntnis hatte."

14.3 Abtretungen aus mehreren Aufträgen sind für jeden Auftrag gesondert anzuzeigen.

14.4 Ohne Einhaltung der Abtretungsvoraussetzungen nach den Nrn. 14.1 bis 14.3 kann der Auftragnehmer Geldforderungen an einen Dritten abtreten, wenn der Auftragnehmer Kaufmann im Sinne des Handelsgesetzbuches (HGB) ist und das Rechtsgeschäft, das die Forderung begründet hat, für ihn ein Handelsgeschäft ist (siehe § 354a Satz 1 HGB). Die Forderungsabtretung entfaltet dann aber keine bindende Wirkung gegenüber dem Auftraggeber; er kann vielmehr weiterhin mit befreiender Wirkung an den Auftragnehmer Zahlungen leisten. Das gilt auch dann, wenn die Forderungsabtretung dem Auftraggeber angezeigt wird oder er anderweitig davon Kenntnis erlangt (siehe § 354a Sätze 2 und 3 HGB).

15 Sicherheitsleistung (§ 18 VOL/B)

15.1 Die Sicherheit für Vertragserfüllung erstreckt sich auf die Erfüllung sämtlicher Verpflichtungen aus dem Vertrag, insbesondere für die vertragsgemäße Ausführung der Leistung einschließlich der Abrechnung, für Mängelansprüche und Schadensersatz.

15.2 Die Sicherheit für Mängelansprüche erstreckt sich auf die Erfüllung der Mängelansprüche einschließlich Schadensersatz.

15.3 Wird in den Besonderen Vertragsbedingungen Sicherheit verlangt, hat der Auftragnehmer Sicherheit (vorzugsweise durch Bürgschaft) zu leisten.

- 15.4 Die Sicherheit für Vertragserfüllung und Mängelansprüche beträgt 5 % der Auftragssumme einschließlich Mehrwertsteuer. Bei besonderen Risiken kann sie bis zu 10 % der Auftragssumme einschließlich Mehrwertsteuer betragen. Bei Erhöhung der Auftragssumme um mehr als 50.000 EURO einschließlich Mehrwertsteuer (Nachträge, Mengenerhöhungen usw.) ist die Sicherheit entsprechend zu erhöhen. Der Auftraggeber kann dies auch bei niedrigeren Erhöhungen verlangen.
- 15.5 Der Auftraggeber ist berechtigt, als Sicherheit die entsprechende Summe bei fälligen Zahlungen aus diesem Vertrag einzubehalten. Ein Einbehalt kann durch eine entsprechende Bürgschaft ersetzt werden.
- 15.6 Nach Abnahme, Vorlage der prüfbaren Schlussrechnung und nach Erfüllung aller bis dahin bestehenden Ansprüche kann der Auftragnehmer verlangen, dass die Sicherheit für Mängelansprüche bis auf 3 % der Abrechnungssumme zuzüglich der voraussichtlichen Aufwendungen für die Beseitigung festgestellter Mängel verringert oder gemäß Nr. 16.5 die Bürgschaft ausgetauscht wird.
- 15.7 Die Sicherheit für Mängelansprüche wird zurückgegeben, wenn die Verjährungsfristen für Mängelansprüche abgelaufen und die bis dahin geltend gemachten Ansprüche erfüllt sind.

16 Bürgschaften (§§ 17 und 18 VOL/B)

- 16.1 Wird Sicherheit durch Bürgschaft geleistet, sind die Formblätter des Auftraggebers zu verwenden.
- 16.2 Die Bürgschaft ist von einem
- in den Europäischen Gemeinschaften oder
 - in einem Staat der Vertragsparteien des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder
 - in einem Staat der Vertragsparteien des WTO-Abkommens über das öffentliche Beschaffungswesen zugelassenen Kreditinstitut bzw. Kredit- oder Kautionsversicherer zu stellen (Konzernbürgschaften sind nicht zugelassen.).
- 16.3 Die Bürgschaftsurkunden enthalten folgende Erklärung des Bürgen:
- "Der Bürge übernimmt für den Auftragnehmer die selbstschuldnerische Bürgschaft nach deutschem Recht.
 - Auf die Einreden der Anfechtung und der Aufrechenbarkeit sowie der Vorausklage gemäß §§ 770 und 771 BGB wird verzichtet. Der Verzicht auf die Einrede der Aufrechenbarkeit gilt nicht für unbestrittene oder rechtskräftig festgestellte Gegenforderungen des Auftragnehmers.
 - Die Bürgschaft ist unbefristet; sie erlischt mit der Rückgabe dieser Bürgschaftsurkunde.
 - Gerichtsstand ist Nürnberg.
- 16.4 Die Bürgschaft ist über den Gesamtbetrag der Sicherheit in nur einer Urkunde in Euro zu stellen. Bei Arbeitsgemeinschaften muss die Bürgschaft auf die Arbeitsgemeinschaft ausgestellt sein.
- 16.5 Die Urkunde über die Vertragserfüllungs- und Mängelansprüchebürgschaft wird zurückgegeben, wenn der Auftragnehmer
- die Leistung vertragsgemäß erfüllt hat,
 - etwaige rechtmäßig erhobene Ansprüche befriedigt und
 - eine vereinbarte Sicherheit für Mängelansprüche geleistet hat.

- 16.6 Die Urkunde über die Mängelanspruchsbürgschaft wird zurückgegeben, wenn die Verjährungsfristen für Mängelansprüche abgelaufen und die bis dahin geltend gemachten Ansprüche erfüllt sind.
- 16.7 Die Urkunde über die Vorauszahlungsbürgschaft wird zurückgegeben, wenn die Vorauszahlung auf fällige Zahlungen angerechnet worden ist.

17 Verträge mit ausländischen Auftragnehmern (§ 19 VOL/B)

Bei Auslegung des Vertrages ist ausschließlich der in deutscher Sprache abgefasste Vertragswortlaut verbindlich. Erklärungen und Verhandlungen erfolgen in deutscher Sprache. Für die Regelung der vertraglichen und außervertraglichen Beziehungen zwischen den Vertragspartnern gilt ausschließlich das Recht der Bundesrepublik Deutschland.

18 Gerichtsstand (§ 19 VOL/B)

Gerichtsstand für Streitigkeiten aus diesem Vertrag ist – soweit gesetzlich zulässig – Nürnberg.

Datenschutzhinweise im Zusammenhang mit der Vergabe von öffentlichen Aufträgen und Konzessionen

Datensicherheit

Die Sicherheit Ihrer Daten ist uns wichtig, deshalb werden alle Informationen über eine verschlüsselte Verbindung übertragen.

Verantwortlich für die Datenerhebung

Stadt Nürnberg
Zentrale Dienste

Winklerstr. 33

90403 Nürnberg

Telefon: 09 11 / 2 31 – 33 21 0

Zur verschlüsselten Übertragung Ihrer Nachricht: [Kontaktformular](#)

Datenschutz

Bei Fragen zum Thema Datenschutz wenden Sie sich bitte an:

Stadt Nürnberg

Behördlicher Datenschutz

Rathausplatz 2

90403 Nürnberg

Telefon: 09 11 / 2 31 – 51 15

Zur verschlüsselten Übertragung Ihrer Nachricht: [Kontaktformular](#)

Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung

Die Datenverarbeitung erfolgt zu folgenden Zwecken:

- Durchführung von Vergabeverfahren, insb.:
 - Bereitstellen von Vergabeunterlagen
 - Beantwortung von Bieterfragen
 - Abfrage und Überprüfung des Vorliegens von Ausschlussgründen
 - Abfrage und Überprüfung der Eignung
 - Erfüllen vergaberechtlicher Transparenzverpflichtungen
- Pflege einer Bieterkartei
- Dokumenten- und Vertragsmanagement
- Vertragsabwicklung
- Führen sachdienlicher Kommunikation

Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung sind Art. 6 Abs. 1 Buchstaben b, c und e DSGVO sowie Art. 4 Absatz 1 BayDSG.

Weitergabe von Daten

Ihre personenbezogenen Daten werden – soweit erforderlich – weitergegeben an:

- Bundesamt für Justiz zur Einholung von GZR-Auskünften gem. § 150a GewO
- Bundeszollverwaltung zur Einholung von Auskünften betreffend Eignung/Vorliegen von Ausschlussgründen
- Referenzgeber zur Überprüfung von Referenzen
- Sicherheits- und Ordnungsbehörden zur Überprüfung bewachungsrechtlicher Voraussetzungen
- Sachbearbeiter der Stadt Nürnberg zur sachdienlichen Kommunikation
- Teilnehmer an Vergabeverfahren zur Information über die Vergabeentscheidung

Übermittlung an Drittländer

Es erfolgt keine Übermittlung. Bei Übermittlung in Drittländer = Nicht-EU bitte mit der/dem Datenschutzbeauftragten Kontakt aufnehmen.

Speicherzeitraum

Ihre Daten werden bei der Stadt Nürnberg so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen für die genannten Zwecke erforderlich ist.

Bei europaweiten Ausschreibungen sind gem. § 8 Abs. 4 VgV für Liefer- und Dienstleistungen die Vergabeunterlagen bis zum Ende der Laufzeit des Vertrags/ der Rahmenvereinbarung aufzubewahren, mindestens jedoch für drei Jahre ab dem Tag des Zuschlags.

Bei nationalen Ausschreibungen sind gem. § 6 UVgO für Liefer- und Dienstleistungen die Vergabeunterlagen mindestens für drei Jahre ab dem Tag des Zuschlags aufzubewahren.

Bei nationalen Ausschreibungen von freiberuflichen Leistungen sind die Vergabeunterlagen ebenso für mindestens drei Jahre ab dem Tag des Zuschlags aufzubewahren..

Betroffenenrechte

Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen beim Verantwortlichen für die Datenerhebung folgende Rechte zu:

Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO). Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO). Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO). Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DSGVO). Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die Stadt Nürnberg, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind. Weiterhin besteht ein Beschwerderecht beim Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz.

Erforderlichkeit der Datenangabe

Nach den oben genannten Rechtsgrundlagen sind die Daten für die Vergabe öffentlicher Aufträge und Konzessionen erforderlich. Bei Nichtbereitstellung dieser Daten kann das Vergabeverfahren möglicherweise nicht erfolgreich durchgeführt und/oder der Vertrag nicht abgeschlossen und abgewickelt werden.

Ergänzende Vertragsbedingungen für Cloudleistungen – EVB-IT Cloud-AGB –

1	Gegenstand des Vertrages	2
2	Art und Umfang der Leistungen	3
3	Nutzungsverbote	4
4	Leistungsort	5
5	Zugriff/Speicherplatz	5
6	Datenschutz, IT-Sicherheit und Vertraulichkeit	5
7	Datensicherungsservice/Backup/Herausgabe- und Löschungsanspruch	7
8	Verfügbarkeit	8
9	Reportingpflichten	9
10	Störungsklassifizierung	9
11	Störungsbeseitigung	10
12	Änderung der Leistung nach Vertragsschluss durch den Auftragnehmer	10
13	Pflichten und Leistungen im Zusammenhang mit dem Vertragsende	10
14	Nutzungsrechte	12
15	Unterauftragnehmer	13
16	Vergütung	14
17	Mitwirkung des Auftraggebers	14
18	Rechte des Auftraggebers bei Mängeln der Leistungen	15
19	Haftungsbeschränkung	16
20	Laufzeit und Kündigung	16
21	Haftpflichtversicherung	16
22	Zurückbehaltungs- und Leistungsverweigerungsrechte	17
23	Textform	17
24	Anwendbares Recht, Gerichtsstand	17
	Begriffsbestimmungen	18

1 Gegenstand des Vertrages

1.1 Gegenstand des Vertrages sind die dort vereinbarten Leistungen des Auftragnehmers.

Die Leistungen des Auftragnehmers können insbesondere umfassen:

- Software as a Service (SaaS)*,
- Platform as a Service (PaaS)*,
- Infrastructure as a Service (IaaS)*,
- Managed Cloud Services (MCS)*,
- Sonstige mit den vorgenannten Leistungen in Zusammenhang stehende Leistungen, wie zum Beispiel initiale Leistungen.

Soweit der Auftragnehmer bei der Leistungserbringung im Auftrag Daten des Auftraggebers verarbeitet und/oder hostet, ist dies Teil der geschuldeten Leistungen.

1.2 Der Auftragnehmer erbringt die Leistungen unter Einhaltung des bei Vertragsschluss jeweils aktuellen Cloud Computing Compliance Criteria Catalogue - C5 (Basiskriterien). Zudem beachtet der Auftragnehmer die durch den Auftraggeber zum Vertragsinhalt gemachten Sicherheitsanforderungen, z.B. aus seiner Sicherheitsrichtlinie im Sinne des Mindeststandard(s) des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) zur Nutzung externer Cloud-Dienste.

Sofern sich der Anforderungskatalog C5 (Basiskriterien) während der Laufzeit des Vertrages ändert, wird sich der Auftragnehmer bemühen, auch die neuen bzw. geänderten Anforderungen innerhalb angemessener Frist zu erfüllen. Sollte der Auftragnehmer nicht innerhalb von zwölf Monaten (vorbehaltlich einer anderen vom Gesetzgeber vorgegebenen Umsetzungsfrist, die in jedem Fall einzuhalten ist) ab der Veröffentlichung des Nachfolgedokumentes gegenüber dem Auftraggeber auf Anforderung erklären, dass er die neuen und die geänderten Anforderungen erfüllt, hat der Auftraggeber ein mit einer Frist von einem Monat auszuübendes Sonderkündigungsrecht bezogen auf die betroffenen Leistungen. Der Auftraggeber verliert das Sonderkündigungsrecht nicht dadurch, dass er es nicht unverzüglich ausübt. Die Erneuerung eines etwaigen Testats erfolgt im üblichen Prüfungsturnus.

1.3 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, seine Leistungen ständig mit geeigneten technischen Mitteln (Monitoring*) zu überwachen. Die Reportingpflicht aus Ziffer 9 wird hierdurch nicht erweitert.

1.4 Der Auftragnehmer stellt die Leistungen frei von Schaden stiftender Software zur Verfügung. Dies gilt auch für etwaige dem Auftraggeber überlassene Software (z.B. Zugangssoftware*). Der Auftragnehmer gewährleistet darüber hinaus, dass die Leistungen frei von Funktionen sind, die die Integrität, Vertraulichkeit und Verfügbarkeit der Daten des Auftraggebers oder vom Auftraggeber eingebrachte andere Daten bzw. von ihm eingebrachte Software gefährden und den Vertraulichkeits- oder Sicherheitsinteressen des Auftraggebers zuwiderlaufen durch

- Funktionen zum unerwünschten Absetzen/Ausleiten von Daten,
- Funktionen zur unerwünschten Veränderung/Manipulation von Daten oder der Ablauflogik oder
- Funktionen zum unerwünschten Einleiten von Daten oder unerwünschte Funktionserweiterungen.

Unerwünscht ist eine mögliche Aktivität einer Funktion, wenn die Aktivität so weder vom Auftraggeber in seiner Leistungsbeschreibung gefordert, noch vom Auftragnehmer unter konkreter Beschreibung der Aktivität und ihrer Funktionsweise angeboten, noch den Anforderungen des Anforderungskataloges C5 gemäß Ziffer 1.2 genügt.

1.5 Eine Einbeziehung auftragnehmerseitiger AGB* zu Art und Umfang der Cloudleistungen, die als Anlage zum Vertrag aufgenommen wurden, erfolgt nachrangig zum Vertrag und zu den EVB-IT Cloud AGB und

nur, soweit sie allen anderen vertraglichen Regelungen weder entgegenstehen noch diese beschränken. Wie vorstehend wirksam einbezogen sind die auftragnehmerseitigen AGB* zu Art und Umfang der Cloudleistungen auch, insoweit sie einen dynamischen Änderungsvorbehalt vorsehen, soweit die Änderungen nicht zum Nachteil des Auftraggebers sind und dem Auftraggeber bekannt gemacht wurden. Abweichend hiervon gelten hinsichtlich einzelner konkreter Anforderungen entsprechende Regelungen aus auftragnehmerseitigen AGB* zu Art und Umfang der Cloudleistungen vorrangig zu den EVB-IT Cloud AGB, soweit dies im Kriterienkatalog ausdrücklich vereinbart ist.

2 Art und Umfang der Leistungen

2.1 Software und Platform as a Service (SaaS* und PaaS*)

- 2.1.1 Soweit eine SaaS*- oder PaaS*-Leistung geschuldet ist, stellt der Auftragnehmer dem Auftraggeber ab dem vereinbarten Bereitstellungszeitpunkt die im Vertrag vereinbarte Anwendung/Plattform zur Nutzung in einer vom Auftragnehmer betriebenen Cloudinfrastruktur einschließlich der notwendigen Zugänge zur Verfügung. Der Auftragnehmer sorgt für die vereinbarte Verfügbarkeit gemäß Ziffer 8.1, die vereinbarte Qualität der Leistung (funktional und nichtfunktional) sowie für die Sicherheit im Rahmen seines Verantwortungsbereichs während der gesamten Laufzeit der Leistung. Insbesondere hat der Auftragnehmer die Cloudinfrastruktur und die Anwendung bzw. Plattform so zu dimensionieren, dass diese mit einer im Hinblick auf die zu erwartenden bzw. vereinbarten Zugriffe angemessenen Reaktions- und Ausführungsgeschwindigkeit und mit einem für die bestimmungsgemäße Nutzung ausreichendem bzw. dem vereinbarten Speicherplatz verfügbaren aktuellen Sicherheitspatches und auch im Übrigen den vereinbarten Anforderungen entsprechend zur Verfügung steht.

Soweit bei PaaS* der Auftraggeber Anwendungen auf der Plattform betreibt, ist er für diese, deren Verfügbarkeit, Inhalte und Architektur sowie deren Leistungsfähigkeit ebenso wie für seine Entwicklungstätigkeiten verantwortlich. Der Auftraggeber wird ohne vorherige Zustimmung des Auftragnehmers keine Penetrationstests in der jeweiligen Cloudinfrastruktur durchführen oder autorisieren.

Darüber hinaus ergibt sich der Umfang der Leistungen aus dem Vertrag.

- 2.1.2 Soweit vereinbart, ist der Auftragnehmer zur Installation und Integration der im Vertrag vereinbarten Programmstände* der Anwendung/Plattform verpflichtet. Dies erfolgt jeweils innerhalb angemessener Frist, nachdem der Programmstand* verfügbar ist, jedoch unter Beachtung von Ziffer 2.1.5.
- 2.1.3 Soweit bei SaaS* vereinbart, ist der Auftragnehmer verpflichtet, Programmstände* zur Umsetzung von Änderungen solcher Rechtsvorschriften und technischer Normen zu installieren und zu integrieren, die die Nutzbarkeit der Anwendung/Plattform für den bestimmungsgemäßen Gebrauch beeinflussen. Im Vertrag können darüber hinaus weitere Fälle vereinbart werden, in denen Programmstände* zu installieren und zu integrieren sind. Hierzu können z.B. Anpassungen an geänderte Verwaltungsvorschriften, Tarife oder Schnittstellenanpassungen gehören. Sind derartige Programmstände* nicht verfügbar, hat der Auftragnehmer diese zu erstellen bzw. erstellen zu lassen.
- 2.1.4 Soweit eine Verpflichtung nach Ziffer 2.1.2 und/oder 2.1.3 besteht, installiert und integriert der Auftragnehmer die geschuldeten Programmstände* innerhalb angemessener Zeit vor, spätestens aber mit dem Inkrafttreten der jeweiligen Vorschrift oder Norm bzw. dem Zeitpunkt der vorgesehenen Änderung bzw. Anpassung. Erfolgt dies nicht spätestens zu diesen Terminen, ist der Auftragnehmer unbeschadet davon verpflichtet, dem Auftraggeber eine Übergangslösung bereitzustellen. Soweit ihm beides zu diesen Terminen zeitlich nicht zumutbar ist, hat die Erbringung innerhalb einer angemessenen Frist zu erfolgen.
- 2.1.5 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, den Auftraggeber zur Vermeidung von Inkompatibilitäten, Unterbrechungen und sonstigen Störungen rechtzeitig (beispielsweise per E-Mail oder über die Administrationskonsole) über die Absicht von Systemanpassungen zu unterrichten.

2.2 Infrastructure as a Service (IaaS*)

- 2.2.1 Soweit eine IaaS*-Leistung geschuldet ist, stellt der Auftragnehmer dem Auftraggeber ab dem vereinbarten Bereitstellungszeitpunkt die im Vertrag vereinbarte Cloudinfrastruktur zur Nutzung zur Verfügung und sorgt für die vereinbarte Verfügbarkeit, die vereinbarte Qualität der Leistung (funktional und nicht-funktional) sowie für die Sicherheit der Cloudinfrastruktur. Ziffer 2.1.1 Sätze 3 ff. gelten entsprechend.
- 2.2.2 Der Auftraggeber ist für die Einhaltung der vereinbarten Zugriffs- und Systemvoraussetzungen verantwortlich. Darüber hinaus ist der Auftraggeber verantwortlich für nicht vom Auftragnehmer stammende oder bereitgestellte Betriebssysteme, Software, Anwendungen und Inhalte, die er auf dieser Cloudinfrastruktur betreibt.
- 2.2.3 Der Auftragnehmer ermöglicht dem Auftraggeber den Zugang zur vereinbarten Cloudinfrastruktur zur eigenverantwortlichen Nutzung. Der Auftraggeber ist berechtigt, auf der Cloudinfrastruktur Daten zu verarbeiten und Programme zu betreiben. Der Auftraggeber wird ohne vorherige Zustimmung des Auftragnehmers keine Penetrationstests in der jeweiligen Cloudinfrastruktur durchführen oder autorisieren.

2.3 Managed Cloud Services (MCS*)

- 2.3.1 Soweit eine MCS*-Leistung geschuldet ist, übernimmt der Auftragnehmer im vereinbarten Umfang Leistungen im Zusammenhang mit SaaS*, PaaS* oder IaaS*, für die ansonsten der Auftraggeber verantwortlich ist (beispielsweise Mitwirkungsleistungen nach Ziffer 17) sowie weitere Leistungen (beispielsweise Beratungsleistungen oder Arbeiten zur Herstellung des Zugangs).
- 2.3.2 Soweit in Ergänzung von mit dem Auftragnehmer vereinbarten SaaS*, PaaS* oder IaaS*-Leistungen für diese Leistungen MCS*-Leistungen geschuldet sind, erbringt der Auftragnehmer diese zusätzlich zu den SaaS*-, PaaS* oder IaaS*-Leistungen.
- 2.3.3 Soweit SaaS*-, PaaS* oder IaaS*-Leistungen nicht vom Auftragnehmer geschuldet sind, ist der Auftragnehmer für diese Leistungen Dritter nicht verantwortlich, auch wenn die Integration, Steuerung oder Verwendung der Leistungen des Dritten Teil seiner Leistungen ist.

3 Nutzungsverbote

- 3.1 Weder der Auftraggeber noch die Nutzer, die über den Auftraggeber auf die Leistungen des Auftragnehmers zugreifen, sind berechtigt, die Leistungen zu nutzen,
- auf eine Weise, die dem Auftraggeber durch Gesetze, Rechtsverordnungen oder dem Auftraggeber bekannte behördliche Anordnungen verboten ist,
 - um die Rechte anderer zu verletzen.
- 3.2 Soweit der bestimmungsgemäße Gebrauch der Leistung nicht explizit beschrieben ist, ist eine Verwendung der Leistung im Hochrisikobereich ausgeschlossen (Betrieb von Kernenergieanlagen, Flugsicherungssystemen, Kriegswaffen, lebenserhaltenden Apparaten oder vergleichbare risikobehaftete Anwendungen, bei denen Leistungsstörungen typischerweise unmittelbar zum Tod von Menschen oder zu Großschadenslagen führen).
- 3.3 Verstöße gegen die Nutzungsverbote gemäß Ziffer 3 berechtigen den Auftragnehmer zur Aussetzung seiner Leistung, sofern er dem Auftraggeber, dort mindestens der nach Ziffer 6.2.2 benannten Person, vor Aussetzung der Leistung eine angemessene Frist zur Beendigung der Verstöße gesetzt hat und diese erfolglos abgelaufen ist. Beendet der Auftraggeber den Verstoß, ist die Leistung unverzüglich wieder zu erbringen. Soweit die von der Aussetzung betroffenen Leistungen für mehr als 10 Stunden im Bezugszeitraum* ausgesetzt sind, schuldet der Auftraggeber auch keine Vergütung für die ausgesetzte Leistung.

4 Leistungsort

Die Speicherung und sonstige Verarbeitung von Daten des Auftraggebers durch den Auftragnehmer erfolgt ausschließlich innerhalb der EU und des EWR sowie, sofern ein Angemessenheitsbeschluss gem. Art. 45 DSGVO besteht, der Schweiz, es sei denn, der Auftraggeber hat in der Administrationskonsole (Self-Service-Portal o.ä.) zusätzlich weitere Regionen für die Leistungen ausgewählt. Die Verarbeitung von Metadaten im Sinne des Anforderungskataloges C 5 (in Version 2020: OPS 11) ist unabhängig von Satz 1 nach dessen Maßgabe möglich, soweit die dort geforderten Maßnahmen zur sicheren Handhabung der Metadaten tatsächlich umgesetzt sind; für personenbezogene Metadaten gelten die Regelungen zur Verarbeitung personenbezogener Daten vorrangig.

5 Zugriff/Speicherplatz

- 5.1 Der Zugriff auf die Leistung erfolgt über das öffentliche Internet mit einem marktüblichen Web-Browser ohne unangemessene oder marktunübliche Browser-Einstellungen und ohne spezielle Zugriffssoftware. Der Übergabepunkt ist das Gateway des Auftragnehmers in das Internet.
- 5.2 Ist der Zugriff auf die Leistung mit einer speziellen Zugriffssoftware vereinbart, ist der Auftragnehmer verpflichtet, diese rechtzeitig dem Auftraggeber zur Verfügung zu stellen.
- 5.3 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, den Zugriff auf die Daten des Auftraggebers durch unberechtigte Stellen und Personen mit angemessenen Maßnahmen zu verhindern.
- 5.4 Der Zugriff des Auftragnehmers oder Dritter auf Daten des Auftraggebers ist nur in den vereinbarten Fällen gestattet und auf das für diese Fälle erforderliche Maß zu beschränken. Auf Anforderung des Auftraggebers hat der Auftragnehmer die dazu von ihm ergriffenen Maßnahmen innerhalb angemessener Frist darzustellen.
- 5.5 Soweit der Auftraggeber die Größe des ihm zu Verfügung stehenden Speicherplatzes nicht selbst bestimmen kann, z.B. durch Konfiguration des Dienstes und auch keine bestimmte Größe vereinbart ist, stellt der Auftragnehmer dem Auftraggeber für die vertragsgemäße Nutzung der Leistung ausreichenden Speicherplatz zur Verfügung.

6 Datenschutz, IT-Sicherheit und Vertraulichkeit

Die nachfolgenden Regelungen lassen weitergehende gesetzliche und regulatorische Anforderungen unberührt.

6.1 Datenschutz

- 6.1.1 Die Parteien werden die bei der Erbringung der Leistung jeweils auf sie anwendbaren Bestimmungen über den Datenschutz in der jeweils geltenden Fassung einhalten. Der Auftragnehmer verfügt über eine hinreichende Dokumentation über die Umsetzung der gesetzlichen Anforderungen, die der Auftragnehmer dem Auftraggeber auf Anforderung zugänglich macht.
- 6.1.2 Der Auftragnehmer sorgt dafür, dass alle Personen, die von ihm mit der Verarbeitung personenbezogener Daten des Auftraggebers betraut sind, die auf den Auftragnehmer anwendbaren Bestimmungen über den Datenschutz beachten. Soweit eine Verpflichtung auf das Datengeheimnis erforderlich ist, ist diese spätestens vor der erstmaligen Aufnahme der Tätigkeit vorzunehmen und dem Auftraggeber auf Verlangen vorzulegen.
- 6.1.3 Sofern Gegenstand der beauftragten Leistung zumindest auch die Verarbeitung personenbezogener Daten ist, schließen die Parteien vor der Verarbeitung von personenbezogenen Daten durch den Auftragnehmer im Auftrag des Auftraggebers eine Auftragsverarbeitungsvereinbarung (AVV). Im Zuge des Abschlusses der AVV treffen die Parteien entsprechende angemessene technisch organisatorische Maßnahmen (TOM). Dabei sind jeweils die Mindestvorgaben für die Leistung aus diesen EVB-IT Cloud AGB, dem EVB-IT Cloudvertrag sowie die Vorgaben gemäß Artikeln 28 und 32 DSGVO und weiterer

auf den Auftragnehmer als Auftragsverarbeiter anwendbarer gesetzlicher Bestimmungen in vollem Umfang einzuhalten.

- 6.1.4 Der Auftragnehmer verfügt, soweit gesetzlich erforderlich, über einen bestellten betrieblichen Datenschutzbeauftragten mit der erforderlichen Fachkunde und teilt dem Auftraggeber auf Anfrage dessen Kontaktdaten mit.

6.2 IT-Sicherheit

- 6.2.1 Der Auftragnehmer verfügt für die Bereitstellung der Leistung (inklusive der dazu notwendigen infrastrukturellen, organisatorischen, personellen und technischen Komponenten) über ein angemessenes, dokumentiertes und implementiertes Sicherheitskonzept und ein Informationssicherheits-Management-System (ISMS) jeweils gemäß ISO 27001 einschließlich eines Notfall-Managements. Das Sicherheitskonzept hat sich an ISO 27017 auszurichten. Sofern personenbezogene Daten verarbeitet werden, hat es sich zudem an ISO 27018 auszurichten.

Soweit vereinbart, weist der Auftragnehmer dies durch gültige Zertifikate oder gleichwertige Nachweise nach. Sicherheitskonzept, ISMS und Zertifikate müssen, soweit auf die zu erbringende Leistung anwendbar, diese vollumfänglich abdecken und sind entsprechend des festgelegten Prüfungsturnus im relevanten Standard zu erneuern.

- 6.2.2 Der Auftragnehmer verfügt über einen IT-Sicherheitsbeauftragten mit der erforderlichen Fachkunde und teilt dem Auftraggeber dessen Kontaktdaten auf Anforderung mit. Der Auftragnehmer informiert den Auftraggeber zeitnah und in angemessener Form von ihm betreffenden Sicherheitsvorfällen*. Sofern durch den Auftraggeber ein IT-Sicherheitsbeauftragter oder eine andere Person für den Empfang solcher Informationen benannt wurde, folgt die Information unmittelbar an diesen.

6.3 Vertraulichkeit

- 6.3.1 Die Parteien sind verpflichtet, alle im Rahmen des Vertragsverhältnisses erlangten vertraulichen Informationen, Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse vertraulich zu behandeln, insbesondere nicht an unberechtigte Dritte weiterzugeben oder anders als zu vertraglichen Zwecken zu verwerten. Die vorgenannte Pflicht zur Vertraulichkeit schränkt jedoch keine Partei darin ein, für sie tätige Personen, die Zugang zu vertraulichen Informationen hatten, in anderen Projekten einzusetzen. Der Erfahrungsaustausch des Auftraggebers mit und innerhalb der öffentlichen Hand bleibt unbenommen, ebenso wie die Erfüllung gesetzlicher Pflichten.
- 6.3.2 Vertrauliche Informationen sind Informationen, die ein verständiger Dritter als schützenswert ansehen würde oder die als vertraulich gekennzeichnet sind; dies können auch solche Informationen sein, die während einer mündlichen Präsentation oder Diskussion bekannt werden. Vertrauliche Informationen dürfen ausschließlich zum Zweck der Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Vertrag eingesetzt bzw. verwertet werden. Die Verpflichtung zur Vertraulichkeit gilt nicht für Informationen, die den Parteien bereits rechtmäßig bekannt sind oder außerhalb des Vertrages ohne Verstoß gegen eine Vertraulichkeitsverpflichtung bekannt werden.

6.4 Prüfrechte

- 6.4.1 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die Einhaltung der Vorgaben an die IT-Sicherheit nachzuweisen. Auf Anforderung des Auftraggebers legt der Auftragnehmer insbesondere die gemäß Mindeststandard für externe Cloudleistungen des BSI geforderten Sicherheitsnachweise vor; dies kann auch durch die regelmäßige Bereitstellung einer aktuellen C5-Berichterstattung vom Typ2 erfolgen. Auf Anforderung des Auftraggebers legt der Auftragnehmer außerdem Nachweise über die regelmäßige Durchführung von Audits, Sicherheitsprüfungen, Penetrationstests und Schwachstellenanalysen vor, z.B. durch entsprechende Bestätigungen von Auditoren.

6.4.2 Bestehen Zweifel des Auftraggebers in Bezug auf die vom Auftragnehmer nach Ziffer 6.4.1 zur Verfügung gestellten Unterlagen, die der Auftragnehmer auf Nachfrage innerhalb angemessener Frist auszuräumen nicht in der Lage ist, ist der Auftragnehmer verpflichtet, entsprechend qualifiziertem bzw. ausgebildetem Personal des Auftraggebers oder einer vom Auftraggeber beauftragten unabhängigen zur Berufsverschwiegenheit verpflichteten Prüfungsgesellschaft während der normalen Geschäftszeiten Zugang insbesondere zu den für die Verarbeitung der Daten des Auftraggebers relevanten Verarbeitungssystemen, Einrichtungen sowie zu unterstützenden Unterlagen zu gewähren, sodass der Auftraggeber prüfen kann, ob der Auftragnehmer die Vorgaben einhält. Die Prüfung ist unter Beachtung der Sicherheitsbelange und der Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse des Auftragnehmers sowie der weiteren Kunden des Auftragnehmers durchzuführen. Der Auftragnehmer ist verantwortlich dafür, dass die Prüfung gleichwohl effektiv und im erforderlichen Umfang erfolgen kann. Jede Partei trägt die ihr entstehenden Kosten für derartige Prüfungen selbst. Soweit zielführend, sollte sich die Prüfung an dem Leitfaden „Anwendung des BSI C5 durch Interne Revision und Informationssicherheit“ der ISACA Germany Chapter e.V. orientieren. Die Grundsätze von Verhältnismäßigkeit und Wirtschaftlichkeit sind dabei grundsätzlich im Interesse aller Parteien zu wahren. Sofern das Prüfungsergebnis lediglich unwesentliche Beanstandungen ergibt, zahlt der Auftraggeber eine Vergütung, sofern eine solche für diesen Fall im Kriterienkatalog vorgesehen ist.

6.4.3 Die Prüfung hat mit angemessener Vorankündigung für den Auftragnehmer sowie unter Einhaltung der vertraglichen Vertraulichkeitsregeln zu erfolgen. Sie findet grundsätzlich, soweit kein besonderer Anlass besteht, nur einmal innerhalb eines 12 Monatszeitraums statt. Vor Beginn einer solchen Prüfung teilt der Auftraggeber den initialen Prüfungsgegenstand und den geplanten Umfang mit, damit der Auftragnehmer entsprechend disponieren kann. Über Ort, Datum und Ansprechpartner stimmen sich die Parteien ab.

6.5 Rechtsfolgen bei Nichteinhaltung

Der Auftraggeber kann den Vertrag ganz oder teilweise innerhalb angemessener Frist kündigen, wenn der Auftragnehmer seinen Pflichten gemäß Ziffern 6.1 bis 6.4

- schuldhaft innerhalb einer gesetzten angemessenen Frist nicht nachkommt oder
- diese Pflichten vorsätzlich oder grob fahrlässig verletzt.

Ein Recht zur Kündigung besteht nicht, wenn es sich um eine unwesentliche Pflichtverletzung handelt.

Soweit vorgenannte Pflichtverletzungen einmalig zu erbringende Leistungen betreffen, tritt an die Stelle des Rechts zur Kündigung der Rücktritt von der jeweiligen Leistung.

7 Datensicherungsservice/Backup/Herausgabe- und Löschungsanspruch

7.1 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, in angemessener Frist auf Anforderung des Auftraggebers Daten sicher und entsprechend der zum Zeitpunkt der Löschung geltenden Standards zu löschen oder dem Auftraggeber eine entsprechende Löschmöglichkeit einzuräumen. Bei personenbezogenen Daten gelten zudem die Regelungen der AVV. Dies gilt nicht, soweit der Auftragnehmer zur Aufbewahrung von bestimmten Daten nach dem Recht der EU oder eines Mitgliedstaats verpflichtet ist. Für den Fall einer solchen Aufbewahrungspflicht, ist der Auftragnehmer verpflichtet, den Auftraggeber unverzüglich darüber zu informieren, die Daten sicher vor dem Zugriff Dritter zu schützen und soweit im Rahmen der gesetzlichen Aufbewahrungspflicht zulässig, nach dem jeweils aktuellen Stand der Technik verschlüsselt aufzubewahren.

7.2 Soweit die Erstellung von Backups der Daten des Auftraggebers vereinbart ist, ist der Auftragnehmer verpflichtet, auf Anforderung des Auftraggebers in angemessener Frist eine Wiederherstellung von Dateien aus einem Backup auf den vom Auftraggeber gewünschten vorhandenen Stand vorzunehmen.

- 7.3 Die Leistung ist so auszugestalten, dass die Daten des Auftraggebers entweder zu jeder Zeit selbstständig durch den Auftraggeber oder, soweit dies aus technischen Gründen nicht möglich ist, mit Unterstützung durch den Auftragnehmer aus der Cloudinfrastruktur in einem marktüblichen Austauschformat exportiert werden können. Damit muss auch der Export von vom Auftraggeber bestimmten Teilen der Daten möglich sein. Soweit die Daten verschlüsselt sind, ist diese Pflicht nur dann erfüllt, wenn der Auftraggeber über den Schlüssel verfügt. Für den Export der Daten und deren Sicherung bei dem Export ist der Auftraggeber verantwortlich.

8 Verfügbarkeit

- 8.1 Der Auftragnehmer schuldet die vereinbarte Verfügbarkeit der Leistung am geschuldeten Übergabepunkt unter Verwendung des vereinbarten Zugriffs während der Betriebszeit*. Die Anbindung des Rechenzentrums des Auftragnehmers an den Übergabepunkt ist so ausreichend zu dimensionieren, dass die Nutzung der Leistung auch unter vertraglich vereinbarter Maximallast (z.B. einem vereinbarten Mengengerüst oder einer anderen vereinbarten Dimensionierung) nicht eingeschränkt ist.

Der Prozentsatz der Verfügbarkeit wird nach folgender Formel berechnet:

$$\text{Verfügbarkeit} = \frac{\text{Gesamtzeit Minuten} - \text{Ausfallzeit Minuten}}{\text{Gesamtzeit Minuten}} * 100$$

Die Gesamtzeit Minuten ergibt sich aus der vereinbarten Betriebszeit* je Kalendermonat. Ausfallzeit* sind diejenigen Minuten, an denen der Auftraggeber innerhalb der Betriebszeiten* keine Konnektivität zu der vom Auftragnehmer bereit zu stellende Cloudinfrastruktur herstellen kann oder die betroffene Leistung insgesamt nicht oder nicht in allen ihren wesentlichen Grundfunktionalitäten für mehr als einen unwesentlichen Teil der Nutzer zur Verfügung steht.

- 8.2 Zeiten der geplanten Nichtverfügbarkeit mindern die Verfügbarkeit nicht, es sei denn, sie fallen in eine vereinbarte Kernbetriebszeit*.
- 8.3 Bezüglich der Verfügbarkeit gilt Folgendes:
- Der Auftragnehmer schuldet während der Betriebszeit* eine Verfügbarkeit von mindestens der Verfügbarkeitsklasse* VK1 im Bezugszeitraum.
 - Der Bezugszeitraum ist der Kalendermonat.
 - Alle Zeitangaben verstehen sich als Angaben nach mitteleuropäischer Zeit (MEZ) bzw. Sommerzeit (MESZ).
 - Die Betriebszeit* ist die Zeit von Montag bis Sonntag von 0:00 bis 24:00 Uhr.
 - Die Zeit von 04:00 bis 08:00 Uhr ist an Sonntagen Zeit geplanter Nichtverfügbarkeit (z.B. für Wartungsarbeiten) und wird bei der Berechnung der Verfügbarkeit nicht berücksichtigt.
 - Ausfallzeiten*, die auf einem der folgenden Ereignisse beruhen, mindern die Verfügbarkeit nicht:
 - Probleme innerhalb des Netzwerks oder der Infrastruktur des Auftraggebers oder von vom Auftraggeber beauftragten Dritten,
 - Ausfall/Beeinträchtigung der Netzanbindung des Auftraggebers,
 - Ausfälle/Beeinträchtigungen, die auf dem Handeln oder Unterlassen des Auftraggebers oder eines nicht vom Auftragnehmer beauftragten Dritten beruhen,
 - nicht vertragsgemäße Nutzung der Leistung des Auftragnehmers durch den Auftraggeber,

- Versäumnisse des Auftraggebers, vereinbarte Vorgaben zu erforderlichen Konfigurationen und Architekturen einzuhalten sowie fehlerhafte Eingaben beziehungsweise Anweisungen durch Nutzer des Auftraggebers,
- Handlungen nicht autorisierter Nutzer, soweit die Handlungsmöglichkeit des nicht autorisierten Nutzers dem Auftraggeber zuzurechnen ist (bspw. durch die Nichtbeachtung angemessener Sicherheitsverfahren),
- Aussetzen des Zugangs durch einen Sicherheitsvorfall* zum Schutz auch des Auftraggebers, sofern die internen Richtlinien (operative Maßnahmen), die Grundlage der Erfüllung der C5 Anforderungen sind, vergleichbar mit den IT-Grundschutz Bausteinen DER.2.X „Security Incident Management“ des BSI sind und aufgrund der Schwere des Sicherheitsvorfalls* eine Aussetzung als Maßnahme erlauben,
- Ereignisse, die auf höherer Gewalt beruhen und nicht durch angemessene Maßnahmen des Auftragnehmers kompensiert werden können.
- Der Auftragnehmer ist für die Messung der Verfügbarkeit verantwortlich.

9 Reportingpflichten

9.1 Bezüglich der Pflichten des Auftragnehmers zum Reporting wird Folgendes vereinbart:

- Der Auftragnehmer ist für das laufende monatliche Reporting an den Auftraggeber verantwortlich; Reporting umfasst in Bezug auf die Verfügbarkeit sowie etwaige vereinbarte Reaktions- und Wiederherstellungszeiten mindestens folgende Informationen:
 - Aufzeichnung der Zeiten der Verfügbarkeit und der Nichtverfügbarkeit,
 - die sich daraus errechnende Verfügbarkeit/ Nichtverfügbarkeit pro Bezugszeitraum und
 - im Bezugszeitraum aufgetretene, die Leistung betreffende und ggf. bereits behobene sicherheitsrelevante Störungen*,
 - im Bezugszeitraum vom Auftraggeber gemeldete Störungen sowie deren Bearbeitungsstand (ggf. über ein eingesetztes Ticketsystem)
 - Aufzeichnung der Überschreitung (in Minuten) von vereinbarten Reaktions- oder Wiederherstellungszeiten pro Überschreitungsfall.
- Das Reporting umfasst im Falle einer nutzungsabhängigen Vergütung alle vergütungsrelevanten Parameter.
- Das Reporting umfasst zudem etwaig geschuldete Gutschriften, wobei diese alternativ in der Abrechnung ausgewiesen werden können.

9.2 Das Reporting ist unverzüglich nach Ende des jeweiligen Reportingzeitraums in elektronischer Form z.B. zum Download auf einer zugangsgeschützten Website (z.B. einer Administrationskonsole) verfügbar zu machen oder zur Verfügung zu stellen und dem Auftraggeber auf dessen Wunsch zu erläutern.

9.3 Das Auftraggeber hat an den Reports Rechte gemäß Ziffer 14.1, wobei die Nutzungsrechte zeitlich nicht beschränkt sind.

9.4 Für den Fall, dass der Auftragnehmer seinen Reportingpflichten auch nach Ablauf einer angemessenen, vom Auftraggeber gesetzten Frist nicht nachkommt, hat der Auftraggeber Anspruch auf eine angemessene Gutschrift.

10 Störungsklassifizierung

Es wird zwischen folgenden drei Störungsklassen unterschieden:

- 10.1 Eine schwerwiegende Störung* liegt vor, wenn für mehr als einen unwesentlichen Teil der vom Auftraggeber vertragsgemäß berechtigten Nutzer die Nutzung der betroffenen Leistung insgesamt oder in wesentlichen Funktionen unmöglich oder schwerwiegend eingeschränkt ist.
- 10.2 Eine erhebliche Störung* liegt vor, wenn die Nutzung der betroffenen Leistung erheblich eingeschränkt ist. Eine erhebliche Störung* liegt auch vor, wenn die leichten Störungen* insgesamt zu einer nicht unerheblichen Einschränkung der Nutzung der betroffenen Leistung führen.
- 10.3 Eine leichte Störung* liegt vor, wenn die Nutzung der betroffenen Leistung ohne oder mit unwesentlichen Einschränkungen möglich ist.

11 Störungsbeseitigung

- 11.1 Liegt bei SaaS* oder PaaS* eine Störung* vor, hat der Auftragnehmer alle für die Störungsbeseitigung zur Wiederherstellung der Betriebsbereitschaft* notwendigen Maßnahmen zu ergreifen. Diese können z.B. Instandsetzungsleistungen oder Pflegeleistungen für die eingesetzte Software zur Beseitigung von Störungen* umfassen. Liegt die Störung in einer eingesetzten Drittsoftware, ist der Auftragnehmer verpflichtet, einen die Störung* beseitigenden Programmstand* einzusetzen, sofern ein solcher verfügbar ist. Trifft dies nicht zu, hat der Auftragnehmer eine Umgehungslösung* zur Verfügung zu stellen. Ist ihm dies unzumutbar, hat er sich beim Hersteller der Drittsoftware für die baldmögliche Überlassung eines die Störung* beseitigenden Programmstandes* einzusetzen. Auf Verlangen des Auftraggebers wird der Auftragnehmer hierüber Auskunft erteilen. Sind keine Reaktionszeiten* vereinbart, ist mit der Störungsbeseitigung unverzüglich nach Zugang der entsprechenden Meldung oder Eintritt des vereinbarten Ereignisses innerhalb der vereinbarten Servicezeiten* zu beginnen. Sind keine Wiederherstellungszeiten* vereinbart, ist die Störungsbeseitigung* in angemessener Frist abzuschließen. Hält der Auftragnehmer vereinbarte Reaktions- und/oder Erledigungszeiten* nicht ein, gerät er nach deren Überschreitung auch ohne Mahnung in Verzug, es sei denn, dass er die Fristüberschreitung nicht zu vertreten hat.
- 11.2 Liegt bei IaaS* eine Störung vor, hat der Auftragnehmer alle für die Störungsbeseitigung zur Wiederherstellung der Betriebsbereitschaft* notwendigen Maßnahmen zu ergreifen. Sind keine Reaktionszeiten* vereinbart, ist mit der Störungsbeseitigung unverzüglich nach Zugang der entsprechenden Meldung oder Eintritt des vereinbarten Ereignisses innerhalb der vereinbarten Servicezeiten* zu beginnen. Sind keine Erledigungszeiten* vereinbart, ist die Störungsbeseitigung in angemessener Frist abzuschließen. Hält der Auftragnehmer vereinbarte Reaktions- und/oder Erledigungszeiten* nicht ein, gerät er nach deren Überschreitung auch ohne Mahnung in Verzug, es sei denn, dass er die Fristüberschreitung nicht zu vertreten hat.

12 Änderung der Leistung nach Vertragsschluss durch den Auftragnehmer

Um die Funktionalität der Leistungen zu verbessern oder die Leistungen dem Stand der Technik anzupassen, kann der Auftragnehmer die Leistungen nach Vertragsbeginn ohne Zustimmung des Auftraggebers anpassen. Eine solche Änderung darf aber nicht dazu führen, dass dem Auftraggeber die ursprünglich vereinbarten Funktionalitäten nicht mehr zur Verfügung stehen oder ursprünglich vereinbarte Anforderungen nur noch wesentlich eingeschränkt erfüllt werden. Wesentlich und damit unzulässig sind Änderungen bzw. Einschränkungen in jedem Fall dann, wenn diese zu einer schlechteren Bewertung der Leistungen im Vergabeverfahren geführt hätten.

13 Pflichten und Leistungen im Zusammenhang mit dem Vertragsende

13.1 Bereitstellung von Informationen, Verfügbarmachung

Der Auftragnehmer ist gemäß Ziffer 7.3 ohne gesonderte Vergütung verpflichtet, die Daten des Auftraggebers verfügbar zu machen (beispielsweise durch die Möglichkeit des Herunterladens). Es bleibt dem Auftraggeber unbenommen, die Zurverfügungstellung in einem anderen als dem vereinbarten Format

zu verlangen, soweit dies dem Auftragnehmer nicht unzumutbar ist. Soweit diese Form der Zurverfügungstellung nachweislich zu einem wesentlichen Mehraufwand führt, kann der Auftragnehmer die Zurverfügungstellung von der Vereinbarung einer gesonderten zu vereinbarenden Vergütung abhängig machen.

13.2 Migrationsunterstützung

Der Auftraggeber ist für die Migration auf ein anderes System selbst verantwortlich. Soweit vereinbart, ist der Auftragnehmer auf Verlangen im zumutbaren Umfang zur Erbringung von Leistungen verpflichtet, die erforderlich sind, um einen neuen Auftragnehmer oder den Auftraggeber in die Lage zu versetzen, die Leistung zu übernehmen. In diesem Zusammenhang schuldet der Auftragnehmer insbesondere folgende Leistungen:

- 13.2.1 Im Rahmen einer vereinbarten Migration nach Ziffer 13.2 wird der Auftragnehmer sich auf Wunsch des Auftraggebers mit dem von diesem mitgeteilten Ansprechpartner des geplanten Nachfolgers für die Leistungserbringung ins Benehmen setzen, sofern dieser vorab nachweislich zur Vertraulichkeit gegenüber Dritten verpflichtet wurde. Der Auftragnehmer wird mit dem Nachfolger die notwendigen, insbesondere die im Zusammenhang mit der Übertragung erforderlichen Leistungen abstimmen, z.B. ein Migrationskonzept. Unabhängig davon ist der Auftragnehmer verpflichtet, mit dem geplanten Nachfolger angemessen zusammenzuarbeiten und nach Möglichkeit zu gewährleisten, dass während der Übertragung keine schwerwiegenden oder erheblichen Störungen der Erbringung der geschuldeten Leistung auftreten. Der Nachfolger ist entsprechend zu verpflichten. Die Vergütung für die Migrationsunterstützung erfolgt nach Aufwand zu den vereinbarten Vergütungssätzen.
- 13.2.2 Soweit sich die Migration verzögert, gleichgültig aus welchem Grund, wird der Auftragnehmer einmalig die Leistung auf Anforderung des Auftraggebers im bisherigen Umfang über das ursprüngliche Vertragsende hinaus weiter erbringen, bis die Übertragung erfolgreich vollzogen ist, unabhängig hiervon maximal jedoch für einen Zeitraum von sechs Monaten. Die Leistungserbringung erfolgt zu den bisherigen Konditionen. Für den Fall, dass dem Auftragnehmer darüber hinaus durch notwendige Leistungen Mehraufwände entstehen, kann der Auftragnehmer eine angemessene Anpassung der Vergütung verlangen.

13.3 Pflichten nach Verfügbarmachung und Migration

- 13.3.1 Soweit sich nach der Verfügbarmachung gemäß Ziffer 13.1 an den dort genannten Gegenständen und/oder an den gespeicherten Daten Änderungen oder Ergänzungen ergeben haben, sind diese auf Anforderung des Auftraggebers erneut zur Verfügung zu stellen, soweit sie nicht rechtmäßig gelöscht wurden.
- 13.3.2 Der Auftragnehmer ermöglicht dem Auftraggeber zu einem vom Auftraggeber bestimmten Zeitpunkt die von ihm gespeicherten Daten sicher, d.h. nicht rekonstruierbar zu löschen bzw. zur Löschung zu markieren; in diesem Fall wird der Auftragnehmer die Daten sicher, d.h. nicht rekonstruierbar, löschen. Die Löschung ist dem Auftraggeber auf Verlangen und durch entsprechende Erklärung oder anderweitig nachzuweisen. Das Lösungsverfahren wird auf Anforderung nachgewiesen. Gesetzliche Aufbewahrungspflichten des Auftragnehmers bleiben unter Berücksichtigung der Vorgaben in Ziffer 13.1 unberührt.
- 13.3.3 Der Auftraggeber bleibt zum Export der Daten gemäß Ziffer 7.3 bis zu deren Löschung berechtigt. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die hierfür erforderliche Schnittstelle zur Verfügung zu stellen; dies gilt für einen Zeitraum von drei Monaten nach Vertragsende, soweit eine Löschung bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht erfolgt ist. Sind diese Leistungen nach Vertragsende mit mehr als unerheblichem Aufwand des Auftragnehmers verbunden, hat dieser Anspruch auf eine angemessene, keinesfalls aber eine höhere Vergütung.

14 Nutzungsrechte

- 14.1 Der Auftragnehmer räumt dem Auftraggeber mit Bereitstellung das nicht ausschließliche, zeitlich auf die Vertragslaufzeit beschränkte, nach der vertraglichen Vereinbarung ordentlich und im Übrigen nur außerordentlich kündbare oder aussetzbare, nicht übertragbare Recht ein, die Leistung einschließlich etwaig zur Nutzung der Leistung körperlich zur Verfügung gestellter Zugangssoftware* unter Berücksichtigung etwaiger im Vertrag vorgesehener quantitativer Metriken wie Useranzahl, Volumen etc. zu nutzen, das heißt auch, die zur Verfügung gestellte Software temporär zu speichern und zu laden, sie anzuzeigen und ablaufen zu lassen, soweit dies zur bestimmungsgemäßen Nutzung der Leistung erforderlich ist. Dies gilt auch, soweit hierfür Vervielfältigungen notwendig werden. Das Nutzungsrecht besteht weltweit bis auf diejenigen Länder, in denen der Auftragnehmer aufgrund staatliche Rechtsakte (beispielsweise Exportbeschränkungen) die jeweilige Leistung nicht allgemein anbietet und der Zugang zu den Leistungen bestimmungsgemäß nicht möglich ist. Bestimmungsgemäß ist der Zugang nicht möglich, wenn bei einer zutreffenden Geolokalisierung der Zugang für alle Kunden in dem betreffenden Land aufgrund staatlicher Rechtsakte gesperrt ist. Der Auftragnehmer wird dem Auftraggeber auf Anforderung unverzüglich die Länder nennen, in denen der Auftragnehmer die Leistungen aufgrund vorgenannter Regelung nicht verfügbar macht. Die vorgenannten Rechte gelten unbeschadet weitergehender Rechte an individuell zu erbringenden Leistungen gemäß Ziffer 14.2.
- 14.2 Soweit individuelle Leistungen vereinbart sind, räumt der Auftragnehmer dem Auftraggeber an den betreffenden Leistungen (z.B. Konfigurationsleistungen) jeweils mit der Erbringung das nicht ausschließliche, örtlich unbeschränkte, in jeder beliebigen Hard- und Softwareumgebung ausübbarer, übertragbarer, dauerhafte, unwiderrufliche und unkündbare Recht ein, die individuellen Leistungen im Original oder in abgeänderter, übersetzter, bearbeiteter oder umgestalteter Form zu nutzen, abzuändern, zu übersetzen, zu bearbeiten oder auf anderem Wege umzugestalten auf einem beliebigen bekannten Medium oder in anderer Weise zu speichern, zu vervielfältigen, auszustellen, in körperlicher oder unkörperlicher Form zu verbreiten, mit Ausnahme eines etwaig überlassenen Quellcodes zu veröffentlichen, durch Dritte bestimmungsgemäß nutzen zu lassen, für den Auftraggeber betreiben zu lassen, nicht nur für eigene Zwecke zu nutzen, sondern auch zur Erbringung von gewerblichen und nicht gewerblichen Leistungen an Auftraggeber gemäß §§ 99 bis 101 GWB sowie nicht gewerbliche Leistungen an sonstige Dritte.
- 14.3 Sofern und soweit durch die Nutzung der Leistungen durch den Auftraggeber Daten, Datenbanken oder Datenbankwerke oder andere Ergebnisse (z.B. Software, Dokumente) entstehen, stehen dem Auftraggeber alle Rechte aus Ziffer 14.2 an den von ihm neu generierten Werken mit der Maßgabe zu, dass er diese Rechte ausschließlich hält und die dort vereinbarten Beschränkungen der Rechte des Auftraggebers, insbesondere zur Veröffentlichung sowie zur Nutzung auch für Leistungen an Dritte nicht gelten. Soweit die vom Auftraggeber neu generierten Werke Leistungen des Auftragnehmers (z.B. Bibliotheken) als integralen Bestandteil umfassen oder die Wahrnehmung der Rechte an den Werken die Nutzung von Leistungen des Auftragnehmers erfordert, verbleibt es in Bezug auf die Nutzung solcher Leistungen des Auftragnehmers bei den jeweiligen Rechten gemäß Ziffer 14.1. bzw. Ziffer 14.2. Der Auftraggeber räumt dem Auftragnehmer an den vom Auftraggeber neu generierten Werken, mit denen er die Leistung nutzt oder die er in die Leistung einbringt, maximal auf die Vertragslaufzeit befristete Rechte ein, diese Werke ausschließlich zur Vertragserfüllung und im dafür erforderlichen Umfang zu nutzen.
- 14.4 Soweit die Inanspruchnahme von Leistungen durch den Auftraggeber nach Vertragsende vereinbart ist, stehen ihm die hierfür erforderlichen Nutzungsrechte zu.
- 14.5 Der Auftraggeber räumt dem Auftragnehmer und den an der Leistungserbringung beteiligten Dritten die zur Erbringung der Leistungen erforderlichen Rechte an den vom Auftraggeber eingebrachten Daten und Software ein.

15 Unterauftragnehmer

- 15.1 Der Auftragnehmer darf zur Leistungserbringung Unterauftragnehmer nur einsetzen oder eingesetzte Unterauftragnehmer nur auswechseln, wenn der Auftragnehmer den bzw. die Unterauftragnehmer und deren jeweiligen Leistungsbereich (Art und Umfang der Auslagerung an den Unterauftragnehmer) benennt. Die Benennung kann entfallen, wenn es sich nur um Zulieferer oder solche Unternehmen handelt, deren Leistung keine vereinbarten C5-Kriterien betreffen und die nicht in die Erbringung der Leistungen eingebunden sind oder lediglich Nebenleistungen erbringen.
- 15.2 Soweit im Verhältnis zwischen Auftragnehmer und Unterauftragnehmer Vereinbarungen geändert werden sollen, die die vereinbarten C5-Kriterien betreffen, hat der Auftragnehmer diese dem Auftraggeber mitzuteilen. Die Benennung bzw. die Mitteilung geplanter Vertragsänderungen kann auch durch eine für den Auftraggeber zugängliche Web-Site in Verbindung mit einer individuellen Benachrichtigung, z.B. per Push Nachricht, erfolgen. Der Auftraggeber ist berechtigt, dem Einsatz von Unterauftragnehmern bzw. vorgenannten Änderungen aus sachlichem Grund innerhalb 30 Tagen ab der individuellen Benachrichtigung zu widersprechen. Können sich die Parteien nicht binnen 90 Kalendertagen seit dem Zugang der individuellen Benachrichtigung auf die geplante Vertragsänderung bzw. den Austausch des Unterauftragnehmers einigen, hat der Auftraggeber das Recht, das Vertragsverhältnis ganz oder teilweise außerordentlich zu kündigen.
- 15.3 Soweit vereinbart, gilt alternativ zu Ziffer 15.1, dass der Auftragnehmer zur Leistungserbringung Unterauftragnehmer nur einsetzen oder eingesetzte Unterauftragnehmer nur auswechseln darf, wenn der Auftragnehmer den bzw. die Unterauftragnehmer namentlich benennt und der Auftraggeber dem Einsatz ausdrücklich zustimmt. Voraussetzung für eine Zustimmung ist zunächst, dass sich der Unterauftragnehmer, soweit dies seine Leistungen betrifft, zuvor dem Auftragnehmer gegenüber mindestens in gleichem Umfang zur Einhaltung der vertraglichen Regelungen verpflichtet hat, wie der Auftragnehmer gegenüber dem Auftraggeber und der Auftragnehmer dies dem Auftraggeber auf Verlangen nachweist. Eine Zustimmung ist auch dann erforderlich, wenn der Auftragnehmer eine Leistung, die er bisher über einen Unterauftragnehmer erbringt, nunmehr selbst durchzuführen beabsichtigt. Der Auftraggeber wird zustimmen, wenn sich unter Berücksichtigung des neuen Unterauftragnehmers oder des Auftragnehmers anstelle des alten Unterauftragnehmers keine andere Zuschlagsentscheidung ergeben hätte und auch sonst kein sachlicher Grund dem Einsatz des Unterauftragnehmers entgegensteht. Die Einarbeitung des neuen Unterauftragnehmers erfolgt auf Kosten des Auftragnehmers. Für die im Angebot des Auftragnehmers oder sonst im Vergabeverfahren benannten Unterauftragnehmer gilt die Zustimmung des Auftraggebers als erteilt.
- 15.4 Voraussetzung für den Einsatz eines Unterauftragnehmers ist, dass dieser sich, soweit dies seine Leistungen betrifft, zuvor dem Auftragnehmer gegenüber mindestens einem seinem jeweiligen Anteil an der Leistungserbringung entsprechenden Umfang zur Einhaltung der vertraglichen Regelungen verpflichtet hat, wie der Auftragnehmer gegenüber dem Auftraggeber.
- 15.5 Der Auftragnehmer darf vertrauliche Informationen nur an solche Unterauftragnehmer weitergeben, deren Einsatz der Auftraggeber nicht ausdrücklich widersprochen hat und nur wenn und soweit diese vertraulichen Informationen für die Erbringung der jeweiligen Leistungen durch den Unterauftragnehmer erforderlich sind („Need-to-know“-Prinzip) und der Unterauftragnehmer mindestens im gleichen Maße zur Vertraulichkeit verpflichtet ist wie der Auftragnehmer.
- 15.6 Unterauftragnehmer in diesem Sinne sind auch solche, die wiederum von Unterauftragnehmern eingesetzt werden (Unterauftragnehmerkette).

16 Vergütung

- 16.1 Die Vergütung der Leistungen kann in Form von monatlichen Pauschalen, nach Aufwand durch nutzungsabhängige Vergütungen („Pay-as-you-go“) oder aufwandsbezogene Vergütungen (beispielsweise nach Zeitaufwand) erfolgen. Die Vergütung ist jeweils zum 15. des auf die Leistungserbringung folgenden Monats fällig.
- 16.2 Ist für eine Leistung durch auftragnehmerseitig eingesetztes Personal eine Vergütung nach Zeitaufwand vereinbart, gilt Folgendes:
- 16.2.1 Bei einer Vergütung nach Zeitaufwand für Leistungen gemäß Ziffer 16.2 sind mit dem Entgelt für den Zeitaufwand alle weiteren Kosten, insbesondere Nebenkosten, Reisekosten und Materialkosten abgegolten. Reisezeiten werden nicht vergütet. Die Vergütung ist jeweils zum 15. des auf die Leistungserbringung folgenden Monats fällig.
- 16.2.2 Ist bei Vergütung nach Zeitaufwand gemäß Ziffer 16.2 eine Obergrenze vereinbart, ist der Auftragnehmer auch bei Überschreitung dieser Grenze zur vollständigen Erbringung der vereinbarten Leistung verpflichtet. Dies gilt nicht, wenn der Auftragnehmer die Überschreitung nicht zu vertreten hat. Der Auftragnehmer ist jedoch in diesem Fall verpflichtet, die vereinbarte Leistung gegen zusätzliche Vergütung nach Aufwand zu den vereinbarten Sätzen vollständig zu erbringen, sofern der Auftraggeber dies verlangt.
- 16.2.3 Je Kalendertag wird bei einer Vergütung nach Aufwand gemäß Ziffer 16.2 nicht mehr als ein Tagessatz vergütet. Ein vereinbarter Tagessatz kann nur dann in Rechnung gestellt werden, wenn mindestens acht Zeitstunden geleistet wurden. Werden weniger als acht Zeitstunden pro Tag geleistet, sind diese anteilig in Rechnung zu stellen. Ist ein Stundensatz vereinbart, werden angefangene Stunden anteilig vergütet. Pausen sind auszuweisen und werden nicht vergütet. Werden mehr als sechs Zeitstunden geleistet, wird vermutet, dass der Auftragnehmer eine halbstündige Pause eingelegt hat. Dies gilt nicht, wenn der Auftragnehmer nachweist, keine Pause gemacht zu haben.
- 16.3 Eine fällige Vergütung ist innerhalb von 30 Tagen nach Zugang einer prüffähigen Rechnung zu zahlen. Rechnungen sind in elektronischer Form gemäß E-Rechnungsverordnung auszustellen und zu übermitteln. Im Falle wiederkehrender Vergütungen ist eine einmalige prüfbare Dauerrechnung ausreichend, solange sich die Vergütung nicht geändert hat.
- 16.4 Geschuldete Gutschriften sind in der Rechnung von der Vergütung in Abzug zu bringen. Anderenfalls kann der Auftraggeber diese selbst mit geschuldeter Vergütung verrechnen oder die Auszahlung der geschuldeten Gutschriften verlangen, soweit eine Verrechnung nicht möglich ist.
- 16.5 Ist eine Preisanpassung für Leistungen vereinbart, gilt, falls keine anderweitige Regelung vorgesehen ist, Folgendes: Eine Erhöhung der Vergütung kann erstmalig 12 Monate nach Beginn der Leistungserbringung, weitere Erhöhungen frühestens jeweils 12 Monate nach Wirksamwerden der vorherigen Erhöhung angekündigt werden. Eine Erhöhung wird drei Monate nach der Ankündigung wirksam. Die Erhöhung hat angemessen und marktüblich zu sein und darf maximal 3% der zum Zeitpunkt der Ankündigung der Erhöhung geltenden Vergütung betragen.
- 16.6 Alle Preise verstehen sich netto und, soweit Umsatzsteuerpflicht besteht, zuzüglich der geltenden gesetzlichen Umsatzsteuer.

17 Mitwirkung des Auftraggebers

- 17.1 Dem Auftraggeber obliegen die im Vertrag aufgeführten Mitwirkungsleistungen. Er wird dem Auftragnehmer die erforderlichen Informationen und Unterlagen aus seiner Sphäre zur Verfügung stellen.
- 17.2 Der Auftraggeber unterhält angemessene Sicherheitsstandards für die Nutzung der Leistungen durch seine Nutzer. Dem Auftraggeber obliegt es, die „Korrespondierenden Kriterien für Kunden“ aus dem

jeweils für die vertragliche Leistung gemäß Ziffer 1.2 vereinbarten Stand des Anforderungskatalogs C5 des BSI zu beachten.

- 17.3 Der Auftraggeber ist dafür verantwortlich, dass die Systeme und Daten, die er dem Auftragnehmer im Zuge der Leistungserbringung zugänglich macht, auch durch den Auftragnehmer dafür betrieben bzw. verarbeitet werden dürfen.

Im Rahmen der Auftragsverarbeitung prüft der Auftraggeber eigenverantwortlich, ob die von ihm im Zusammenhang mit der Nutzung der Leistung an den Auftragnehmer übermittelten Daten personenbezogene Daten darstellen und die Verarbeitung dieser personenbezogenen Daten im Wege der Auftragsverarbeitung zulässig ist.

- 17.4 Der Auftraggeber ist für Art und Inhalt der dem Auftragnehmer zur Verfügung gestellten Daten und Software verantwortlich.

- 17.5 Nutzt der Auftraggeber die Leistungen -z.B. IaaS*- , um den Nutzern Software und andere Serviceangebote zur Verfügung zu stellen, ist er auch für deren Nutzung verantwortlich. Der Auftraggeber unterrichtet die jeweiligen Nutzer im erforderlichen Umfang über die für sie relevanten Leistungen, deren Grenzen und über relevante Mitwirkungsleistungen.

- 17.6 Der Auftraggeber hat Störungen* bzw. Mängel unter Angabe der ihm bekannten und für deren Erkennung zweckdienlichen Informationen zu melden. Eine Meldung in der Administrationskonsole oder der Eintrag in ein Ticketsystem ist ausreichend. Soweit die Meldung formlos erfolgt ist, hat der Auftragnehmer die Störungsmeldung unverzüglich in das hierfür vorgesehene System (Administrationskonsole oder Ticketsystem) einzustellen.

- 17.7 Bei vereinbartem Remoteservice* wird der Auftraggeber entsprechend den vertraglichen Vereinbarungen die notwendigen technischen Einrichtungen beim Auftraggeber bereitstellen, soweit dies für den Zugriff auf das System nötig ist.

- 17.8 Dem Auftraggeber obliegt es zudem, die Funktionalitäten in einer bereitgestellten Administrationskonsole des Auftragnehmers zu nutzen, insbesondere die Empfangsberechtigten für Mitteilungen des Auftragnehmers zu benennen.

- 17.9 Der Auftraggeber ergreift wirtschaftlich angemessene Maßnahmen, um einen nicht autorisierten Zugriff bzw. eine nicht autorisierte Nutzung über die ihm zur Verfügung gestellten Zugänge zu verhindern oder zu beenden.

Unbenommen ist die Pflicht des Auftragnehmers, angemessene Maßnahmen zu treffen, die Leistung und die Zugänge dazu vor nicht autorisiertem Zugriff zu schützen. Der Auftraggeber haftet nicht für unautorisierten Zugriff, wenn dieser durch eine solche Maßnahme des Auftragnehmers hätte verhindert werden können.

- 17.10 Auf einen entsprechenden Hinweis des Auftragnehmers hin, dass nicht vom Vergabeverfahren bzw. vom Vertrag gedeckte zusätzliche Beauftragungen von Leistungen über den Zugang zu den Leistungen möglich sind, z.B. mit Hilfe einer Administrationskonsole, trifft der Auftraggeber insoweit angemessene organisatorische Maßnahmen zur Überwachung der Art und des Umfangs der Nutzung der Leistungen. Sofern der Auftragnehmer dem Auftraggeber entsprechende Administrationsmöglichkeiten, insbesondere eine Rechte- und Rollenstruktur zur Verfügung stellt, obliegt dem Auftraggeber in dem dadurch ermöglichten Umfang die Verhinderung von über die Administrationskonsole möglichen Beauftragungen zusätzlicher Leistungen des Auftragnehmers.

18 Rechte des Auftraggebers bei Mängeln der Leistungen

Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber die vereinbarte Leistung während der Vertragslaufzeit vertragsgemäß zur Verfügung zu stellen. Für die Zeit, in der die Nutzbarkeit der Leistung wegen eines

Mangels oder einer Schlechtleistung gemindert ist, hat der Auftraggeber nur eine angemessen herabgesetzte Vergütung für die Leistung zu entrichten, soweit für diese Schlechtleistung nicht eine andere Kompensation (wie Nichterfüllungsgutschriften) vereinbart ist.

Die sonstigen gesetzlichen Ansprüche des Auftraggebers wegen Mängeln oder Schlechtleistung bleiben unberührt.

19 Haftungsbeschränkung

Sofern keine andere vertragliche Haftungsvereinbarung vorliegt, gelten für alle gesetzlichen und vertraglichen Schadens-, Freistellungs- und Aufwendungsersatzansprüche des Auftraggebers folgende Regelungen:

- 19.1 Bei leicht fahrlässigen Pflichtverletzungen wird die Haftung für den Vertrag insgesamt grundsätzlich auf den Auftragswert* beschränkt. Die Haftung in diesem Fall beträgt jedoch mindestens das Doppelte und maximal das Vierfache der Vergütung, die für das erste Vertragsjahr zu zahlen ist. Beträgt der Auftragswert* weniger als 50.000,- Euro wird die Haftung auf 50.000,- Euro beschränkt. Im Falle von Sachschäden ist die Haftung auf eine Million Euro beschränkt, wenn der Auftragswert* geringer als eine Million Euro ist.
- 19.2 Soweit nicht anders vereinbart, sind Ansprüche aus entgangenem Gewinn ausgeschlossen.
- 19.3 Die Haftungsbeschränkungen gelten nicht für Ansprüche wegen Vorsatz und grober Fahrlässigkeit, bei der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit, bei Arglist, soweit das Produkthaftungsgesetz zur Anwendung kommt sowie bei Garantieverprechen.

20 Laufzeit und Kündigung

- 20.1 Ist kein Ende der jeweiligen Vertragslaufzeit vereinbart, kann dieser mit einer Frist von sechs Monaten zum Ablauf eines Kalendermonats ganz oder teilweise gekündigt werden, frühestens jedoch zum Ende einer vereinbarten Mindestvertragsdauer. Im Vertrag kann eine andere Kündigungsfrist vereinbart werden.
- 20.2 Zudem kann der Vertrag von jedem Vertragsteil bei Vorliegen eines wichtigen Grundes - ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist - innerhalb einer angemessenen Zeit ab Kenntnis des Kündigungsgrundes ganz oder teilweise gekündigt werden. Ein wichtiger Grund liegt vor, wenn Tatsachen gegeben sind, aufgrund derer dem Kündigenden unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalles und unter Abwägung der Interessen der Vertragspartner die Fortsetzung des Vertrages nicht mehr zugemutet werden kann. Besteht der wichtige Grund in der Verletzung einer vertraglichen Pflicht, ist die Kündigung erst nach erfolglosem Ablauf einer zur Abhilfe gesetzten Frist oder nach erfolgloser Abmahnung zulässig, soweit nicht gemäß § 314 i.V.m. § 323 Absatz 2 BGB eine Fristsetzung entbehrlich ist. Im Falle der Kündigung aus wichtigem Grund hat der Auftragnehmer Anspruch auf Vergütung für die bis zum Wirksamwerden der Kündigung aufgrund des Vertrages erbrachten Leistungen. Die Vergütung entfällt aber für solche Leistungen, für die der Auftraggeber darlegt, dass sie für ihn aufgrund der Kündigung ohne Interesse sind.

21 Haftpflichtversicherung

- 21.1 Soweit vereinbart, weist der Auftragnehmer bei Abschluss des Vertrages dem Auftraggeber nach, dass er über eine im Rahmen und Umfang marktübliche Industriehaftpflichtversicherung oder eine vergleichbare Versicherung aus einem Mitgliedsstaat der EU verfügt.
- 21.2 Der Auftragnehmer wird diesen Versicherungsschutz bis zum Ende des Vertrages und darüber hinaus bis zur Verjährung sämtlicher Mängelansprüche aufrechterhalten. Kommt der Auftragnehmer dieser

Verpflichtung nicht nach, ist der Auftraggeber nach erfolgloser angemessener Fristsetzung zur Kündigung des Vertrages berechtigt, wenn ihm ein Festhalten am Vertrag nicht mehr zuzumuten ist. Weitergehende Ansprüche des Auftraggebers, insbesondere Schadensersatzansprüche, bleiben hiervon unberührt.

22 **Zurückbehaltungs- und Leistungsverweigerungsrechte**

Zurückbehaltungs- und Leistungsverweigerungsrechte des Auftragnehmers sind unbeschadet von Ziffer 3 ausgeschlossen, es sei denn, der Auftraggeber bestreitet die zugrunde liegenden Gegenansprüche nicht oder diese sind rechtskräftig festgestellt. Dies gilt auch für ein etwaiges Vermieterpfandrecht in Bezug auf gehostete Daten und Anwendungen des Auftraggebers.

23 **Textform**

Soweit nichts anderes geregelt ist, bedürfen vertragliche Mitteilungen und Erklärungen mindestens der Textform. Auch Eintragungen in der Administrationskonsole* entsprechen der Textform. Für Störungsmeldungen und Mängelrügen ist der Eintrag in ein Ticketsystem ausreichend.

24 **Anwendbares Recht, Gerichtsstand**

- 24.1 Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss der Normen, die in eine andere Rechtsordnung verweisen, und unter Ausschluss des Übereinkommens der Vereinten Nationen über Verträge über den internationalen Warenkauf (CISG).
- 24.2 Liegen die Voraussetzungen für eine Gerichtsstandsvereinbarung nach §§ 38, 40 ZPO vor, richtet sich der Gerichtsstand für alle Streitigkeiten über die Gültigkeit des Vertrages und aus dem Vertragsverhältnis ausschließlich nach dem Sitz der für die Prozessvertretung des Auftraggebers zuständigen Stelle. Der Auftraggeber ist auf Verlangen verpflichtet, die ihn im Prozess vertretende Stelle mitzuteilen.

Begriffsbestimmungen

Auftragnehmerseitige AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers, seiner Unterauftragnehmer und Lieferanten.
Auftragswert	Der Auftragswert ist die Summe aller zu zahlenden Vergütungen.
Ausfallzeit	Zeiten der ungeplanten Nichtverfügbarkeit der Leistung innerhalb der Betriebszeit.
Betriebsbereitschaft	Die Leistung funktioniert störungsfrei.
Betriebszeit	Zeiten, in denen der Auftraggeber Anspruch auf Bereitstellung der Leistung hat.
Concurrent User	Gleichzeitige Nutzer einer Leistung, z.B. einer SaaS* oder PaaS*.
Datensicherung	Datensicherung umfasst alle technischen und organisatorischen Maßnahmen zur Sicherstellung der Verfügbarkeit, Integrität und Konsistenz der auf der Cloudinfrastruktur gespeicherten und für Verarbeitungszwecke genutzten Daten und Software*.
Infrastructure as a Service (IaaS)	Bei IaaS* werden IT-Ressourcen wie z. B. Rechenleistung, Datenspeicher oder Netze als Dienst angeboten. Ein Auftraggeber nutzt diese virtualisierten und in hohem Maß standardisierten Services und baut darauf eigene Services zum internen oder externen Gebrauch auf. So kann ein Auftraggeber z.B. Rechenleistung, Arbeitsspeicher und Datenspeicher nutzen und darauf ein Betriebssystem mit Anwendungen seiner Wahl laufen lassen.
Kernbetriebszeit	Vereinbarte Zeiten innerhalb der Betriebszeit, in denen der Auftraggeber Anspruch auf Bereitstellung der Leistung mit gesteigertem Leistungsumfang hat, z.B. mit einer höheren Verfügbarkeit oder einer besonders kurzen Wiederherstellungszeit. Zeiten der geplanten Nichtverfügbarkeit liegen außerhalb der Kernbetriebszeit.
Managed Cloud Services (MCS)	Managed Cloud Services sind Leistungen, die über die typischen Leistungspflichten des Auftragnehmers hinausgehen, z.B. die Benutzerverwaltung, ggf. die Verwaltung verschiedener Cloud-Angebote bzw. Optionen, Kapazitätsmanagement, Beratung bei Upgrade- und Lizenzfragen etc. - jeweils ausgerichtet am individuellen Bedarf des Auftraggebers.
Monitoring	Beispiele für Monitoring sind: <ul style="list-style-type: none"> • Verfügbarkeits-Monitoring. Überwachung der Verfügbarkeit aller Geräte / Dienste, für die eine Verfügbarkeit und / oder Performance definiert ist.

- **Störungs*-Monitoring.** Überwachung der festgestellten Vorfälle und anderen Statusereignisse auf Servern und Netzwerkgeräten, einschließlich Verfügbarkeit, Prozessstatus, Dateisystemkapazität und Erfolg / Misserfolg von Backups.
- **Performance-Monitoring.** Überwachung wichtiger Leistungsmetriken im Hinblick auf die Systemressourcen, (z. B. CPU, Arbeitsspeicher und Datenspeicher) und die betriebenen Anwendungen (z. B. Prozessstatistiken, Benutzer, Durchsatz) und Datenbanken (z. B. Caching, Leistung, Transaktionserfolg).
- **Sicherheits-Monitoring.** Aktive Überwachung der Infrastruktur und der Services auf Schwachstellen, die etwa aus einer Fehlkonfiguration oder der ausstehenden Einspielung von sicherheitsrelevanten Updates resultieren.

Named User	Von Auftraggeber namentlich benannte Nutzer.
Patch	Temporäre Behebung eines Mangels und/oder einer Störung* in der Software ohne Eingriff in den Quellcode*.
Platform as a Service (PaaS)	Ein PaaS-Provider stellt eine komplette Infrastruktur bereit und bietet dem Auftraggeber auf der Plattform standardisierte Schnittstellen an, die von Diensten des Auftraggebers genutzt werden. So kann die Plattform z. B. Mandantenfähigkeit, Skalierbarkeit, Zugriffskontrolle, Datenbankzugriffe, etc. als Service zur Verfügung stellen. Der Auftraggeber hat in der Regel keinen Zugriff auf die darunterliegenden Schichten (Betriebssystem, Hardware), er kann aber auf der Plattform eigene Anwendungen laufen lassen, für deren Entwicklung der Auftragnehmer in der Regel eigene Werkzeuge anbietet.
Programmstand	Oberbegriff für Patch*, Update*, Upgrade* und neue(s) Release/Version*.
Reaktionszeit	Zeitraum, innerhalb dessen der Auftragnehmer mit den Störungs- bzw. Mängelbehebungsarbeiten zu beginnen hat. Der Zeitraum beginnt mit dem Auftreten der Störung, läuft jedoch nur in den vereinbarten Servicezeiten*. Tritt die Störung außerhalb dieser Zeiten ein, beginnt die Reaktionszeit mit der nächsten Servicezeit*.
Release / Version	Neue Entwicklungsstufe einer Software, die sich gegenüber dem vorherigen Release* bzw. der Version* im Funktions- und/oder Datenspektrum erheblich unterscheidet (z.B. Änderung der Versionsnummer von 4.5.7 zu 5.0.0).
Servicezeit	Zeiten, innerhalb derer der Auftraggeber Anspruch auf Störungs- bzw. Mängelbehebungsarbeiten hat.
Sicherheitsvorfall	Angriff auf die Cloudinfrastruktur und die Leistungen des Auftragnehmers, der die Vertraulichkeit, Verfügbarkeit oder Integrität derselben <ul style="list-style-type: none"> • derart gefährdet, dass ein erheblicher Schaden eintreten kann oder

- tatsächlich beeinträchtigt.

Software as a Service (SaaS) Bezeichnet die Bereitstellung von Software bzw. Funktionen von Software in einer vom Auftragnehmer betriebenen Infrastruktur.

Störung Beeinträchtigung der Eignung der Leistung zur vertraglich vereinbarten, bzw. soweit eine solche Vereinbarung fehlt, zur vorausgesetzten oder sonst zur gewöhnlichen Verwendung. Dies gilt unabhängig von einem Vertretenmüssen und unabhängig davon, ob diese Abweichung bereits bei Leistungsbeginn vorlag.

Umgehungslösung Temporäre Überbrückung eines Mangels und/oder einer Störung*.

Update Bündelung mehrerer Mängelbehebungen und/oder Störungsbeseitigungen sowie geringfügige funktionale Verbesserungen und/oder Anpassungen der Software* in einer einzigen Lieferung (z.B. Änderung der Versionsnummer von 4.1.3 zu 4.1.4).

Upgrade Bündelung mehrerer Mängelbehebungen und/oder Störungsbeseitigungen und mehr als geringfügige funktionale Verbesserungen und/oder Anpassungen der Software* in einer einzigen Lieferung (z.B. Änderung der Versionsnummer von 4.1.3. zu 4.2.0).

Verfügbarkeitsklassen Klassifizierung der Verfügbarkeit gemäß HV Kompendium des BSI Band G, Kapitel 2 in der zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses aktuellen Version.

Verfügbarkeitsklasse	Bezeichnung	Minimale Verfügbarkeit	Nicht-verfügbarkeit	Ausfallzeit pro Monat	Ausfallzeit* pro Jahr
VK 0	Standard-IT-System ohne Anforderungen an die Verfügbarkeit	~95%	~5%	1 Tag	Mehrere Tage
VK 1	Standard-Sicherheit nach IT-Grundschutz bei normalem Verfügbarkeitsbedarf	99,0%	1%	< 8 h	< 88 h
VK 2	Standard-Sicherheit nach IT-Grundschutz bei erhöhtem Verfügbarkeitsbedarf	99,9%	0,1%	< 44 min	< 9 h
VK 3	Hochverfügbar nach	99,99%	0,01%	< 5 min	< 53 min

	IT-Grundschutz für spezifische IT-Ressourcen; BSI-Standard 100-3				
VK 4	Höchstverfügbar	99,999%	0,001%	< 26 s	< 6 min
VK 5	Desaster-Tolerant	max. Verfügbarkeit	0	0	0

Wiederherstellungszeit

Zeitraum, innerhalb dessen der Auftragnehmer die Störungs- bzw. Mängelbehebungsarbeiten erfolgreich abzuschließen hat. Der Zeitraum beginnt mit dem Auftreten der Störung*, läuft jedoch nur in den vereinbarten Servicezeiten. Tritt die Störung* außerhalb dieser Zeiten ein, beginnt die Wiederherstellungszeit mit der nächsten Servicezeit.

Zugangssoftware

Für den Zugang zu der vom Auftragnehmer betriebenen Cloudinfrastruktur erforderliche Software zur Nutzung der Leistungen, z.B. einer vereinbarten Anwendung oder Plattform.

Kriterienkatalog für Cloudleistungen

Anlage 3 zum EVB-IT Cloudvertrag SaaS Lösung zur Dokumentation der Pflegeberatung im Pflegestützpunkt Nürnberg

Katalog gilt für folgende Leistungen: Anlage 1 (eindeutige Bezeichnung bzw. Verweis auf Leistungsbeschreibung)

1. Kriterien

Nr.	Kriterium	Ausprägung
1	2	3
Nutzungsumfang/Lizenzmetrik		
1.	Art der Cloud	<input checked="" type="checkbox"/> Public Cloud (Ressourcen werden für eine Vielzahl nicht näher bestimmter Kunden bereitgestellt) <input type="checkbox"/> Private Cloud bzw. sonstige Cloud gemäß Anlage Nr. _____ (z.B. Hybrid-Cloud, künftige Private Government Cloud für öffentliche Stellen)
2.	Managed Cloud Services (MCS)*	<input type="checkbox"/> Der Auftragnehmer erbringt folgende ergänzende Leistungen (Managed Cloud Services*): <ul style="list-style-type: none"> <input type="checkbox"/> Zugangsverwaltung/Administration gemäß Anlage Nr. _____ <input type="checkbox"/> ServiceDesk/Hotline gemäß Anlage Nr. <u>1</u> <input type="checkbox"/> Kapazitätsmanagement gemäß Anlage Nr. _____ <input type="checkbox"/> Automatisierung von Routineaufgaben gemäß Anlage Nr. _____ <input type="checkbox"/> Incident- und Problemmanagement gemäß Anlage Nr. _____ <input type="checkbox"/> Release- und Patchmanagement gemäß Anlage Nr. _____ <input type="checkbox"/> Beratungsleistungen gemäß Anlage Nr. _____ <input type="checkbox"/> _____ gemäß Anlage Nr. _____ <input type="checkbox"/> Erbringung der Mitwirkungsleistungen die der Auftraggeber aus dem Vertrag/den Verträgen gemäß Anlage Nr. _____ schuldet.
3.	Leistungsort	<p>Abweichend von Ziffer 4 EVB-IT Cloud-AGB erfolgt die Verarbeitung von Daten des Auftraggebers durch den Auftragnehmer nicht beschränkt auf die EU und den EWR sowie, sofern ein Angemessenheitsbeschluss gem. Art. 45 DSGVO besteht, die Schweiz, sondern</p> <input checked="" type="checkbox"/> zusätzlich in Staaten mit Angemessenheitsbeschluss gem. Art. 45 DSGVO. <input type="checkbox"/> ohne örtliche Beschränkung (sofern keine personenbezogenen Daten verarbeitet werden). <input type="checkbox"/> ohne örtliche Beschränkung, sofern die Anforderungen aus Anlage Nr. _____ für die Verarbeitung personenbezogener Daten erfüllt sind. <input type="checkbox"/> nur innerhalb der Bundesrepublik Deutschland <input type="checkbox"/> nur in den folgenden vereinbarten Rechenzentren: _____ <input type="checkbox"/> ausschließlich für Support- und Wartungszwecke <ul style="list-style-type: none"> <input type="checkbox"/> auch in _____ <input type="checkbox"/> auch außerhalb von EU und EWR, jedoch nicht in Staaten der Staatenliste im Sinne von § 13 Absatz 1 Nummer 17 SÜG und § 32

Vertragsnummer/Kennung Auftraggeber 2026002573

Vertragsnummer/Kennung Auftragnehmer _____

		<p>SÜG;</p> <p>wobei für personenbezogene Supportdaten die Regelungen zur Verarbeitung personenbezogener Daten vorrangig gelten.</p> <p><input type="checkbox"/> Abweichend von Ziffer 4 EVB-IT Cloud-AGB dürfen Metadaten im Sinne des Anforderungskataloges C 5 (in Version 2020: OPS 11) nur in der EU und im EWR verarbeitet werden.</p> <p><input type="checkbox"/> Gemäß Anlage zur Einbeziehung auftragnehmerseitiger AGB, dort Anhang II. zur Kategorie Leistungsort.</p> <p><input checked="" type="checkbox"/> siehe Anlage 1 Leistungsverzeichnis</p>
4.	Georedundanz	<p><input type="checkbox"/> Abweichend vom C5 Basiskriterium PS-02 erfolgt die Bereitstellung des Cloud-Dienstes aus mehr als zwei zueinander georedundanten Standorten. Bei einem zeitgleichen Ausfall zweier Standorte steht mindestens ein dritter Standort weiterhin zur Verfügung, um einen Totalausfall zu verhindern. Die Georedundanz ist so ausgelegt, dass die vereinbarten Verfügbarkeitsanforderungen eingehalten werden. Die Funktionsfähigkeit der Redundanz wird mindestens jährlich durch geeignete Tests und Übungen überprüft (vgl. BCM-04 - Verifizierung, Aktualisierung und Test der Betriebskontinuität).</p>
5.	Übergabepunkt	<p>Abweichend von Ziffer 5.1. der AGB ergibt sich der Übergabepunkt aus</p> <p><input type="checkbox"/> Anlage zur Einbeziehung auftragnehmerseitiger AGB, dort Anhang II. zur Kategorie Übergabepunkt.</p> <p><input type="checkbox"/> _____</p>
6.	Bereitstellungzeitpunkt	<p><input checked="" type="checkbox"/> ab Vertragsbeginn</p> <p><input type="checkbox"/> ab dem _____</p> <p><input type="checkbox"/> innerhalb von _____ (z.B. 3 Tagen) nach Anforderung durch den Auftraggeber</p>
7.	Nutzer	<p><input type="checkbox"/> max. Anzahl gleichzeitiger Nutzer (concurrent user)*: _____</p> <p><input checked="" type="checkbox"/> max. Anzahl benannter Nutzer (named user*): Anlage: <u>Mengengerüst PSP Nürnberg.xlsx</u></p> <p><input checked="" type="checkbox"/> Diese sind jederzeit austauschbar</p> <p><input type="checkbox"/> Dies sind nur aus wichtigen Grund jederzeit austauschbar, ohne wichtigen Grund alle _____ Tage.</p> <p><input type="checkbox"/> Gemäß Anlage zur Einbeziehung auftragnehmerseitiger AGB, dort Anhang II. zur Kategorie Nutzer.</p> <p><input type="checkbox"/> gemäß Anlage Nr. _____</p>
8.	Nutzerkreis	<p><input type="checkbox"/> Keine Beschränkung</p> <p><input checked="" type="checkbox"/> <u>Seniorenamt Nürnberg</u> (z.B. Alle Mitarbeiter in der Finanzverwaltung)</p> <p><input type="checkbox"/> _____</p>
9.	Nutzungsort	<p><input type="checkbox"/> Abweichend von Ziffer 14.1 EVB-IT Cloud-AGB ist das Recht zur Nutzung der Leistung örtlich auf das Gebiet der Vertragsstaaten der EU und des EWR sowie der Schweiz beschränkt</p>

Vertragsnummer/Kennung Auftraggeber 2026002573

Vertragsnummer/Kennung Auftragnehmer _____

10.	Identitäts- und Berechtigungsmanagement (IDM)	<input checked="" type="checkbox"/> C5 Zusatzkriterium IDM-02: Der Auftragnehmer bietet dem Auftraggeber einen Self-Service an, mit welchem diese Zugangs- und Zugriffsberechtigungen eigenständig vergeben und ändern können. <input checked="" type="checkbox"/> Der Auftragnehmer sorgt durch technische Maßnahmen dafür, dass die Nutzer keine Leistungen beauftragen können, welche nicht vom Leistungsumfang des Vertrages umfasst sind.
11.	Sonstiger Nutzungsumfang/Lizenzmetrik	<input type="checkbox"/> Gerätemetrik _____ (z.B. Anzahl zugreifender PC mobilerer Endgeräte) <input type="checkbox"/> Andere Metrik gemäß Anlage Nr. _____ (z.B. Anzahl Bescheide pro Zeiteinheit, Datenvolumen, Nutzungsdauer) <input checked="" type="checkbox"/> Eine Erweiterung/Reduzierung des Nutzungsumfangs ist jederzeit möglich. <input type="checkbox"/> Gemäß Anlage zur Einbeziehung auftragnehmerseitiger AGB, dort Anhang II. zur Kategorie Sonstiger Nutzungsumfang/Lizenzmetrik. <input type="checkbox"/> _____
12.	Endgeräte/Zugang	<input checked="" type="checkbox"/> webbasiert <input type="checkbox"/> webbasiert optimiert für mobile Endgeräte <input type="checkbox"/> nicht unterstützte Browser: _____ <u>Anforderungen an webbasierten Zugang:</u> <input type="checkbox"/> keine Plug-Ins, Add-Ons <input type="checkbox"/> zugelassene Plug-Ins, Add-Ons <input type="checkbox"/> sonstige Sicherheitseinstellungen (ggf. Anlage) <input type="checkbox"/> Terminalserver/ graphischer Remote Zugriff (zum Beispiel RDS oder RDP): _____ <input type="checkbox"/> VPN <input type="checkbox"/> VPN-Anforderungen: _____ <input type="checkbox"/> API <input type="checkbox"/> API-Anforderungen: _____ Über native Zugriffssoftware _____ (Name) für <input checked="" type="checkbox"/> PC/Notebooks, <input checked="" type="checkbox"/> Windows ab Version <u>Windows 11 23H2</u> <input type="checkbox"/> andere: _____ <input checked="" type="checkbox"/> mobile Geräte (Apps) <input checked="" type="checkbox"/> iOS <input type="checkbox"/> Android <input type="checkbox"/> andere mobile OS (Bezeichnung) _____ <input type="checkbox"/> besondere Systemvoraussetzungen beim Auftraggeber _____ <input checked="" type="checkbox"/> technische Anforderungen für den Zugang gemäß Anlage <u>1</u> <u>Leistungsverzeichnis</u> <input type="checkbox"/> Der Auftragnehmer wird den Auftraggeber auf dessen Anforderung bei deren Installation durch telefonische Anleitung und, soweit durch den Auftraggeber der Zugang ermöglicht wird, durch Remoteservice unterstützen. Dies gilt auch für neue Programmstände der Zugriffssoftware. <input type="checkbox"/> Gemäß Anlage zur Einbeziehung auftragnehmerseitiger AGB, dort Anhang II. zur Kategorie Endgeräte/Zugang. <input type="checkbox"/> _____

Vertragsnummer/Kennung Auftraggeber 2026002573

Vertragsnummer/Kennung Auftragnehmer _____

13.	Speicher- Größe (für Speicherung von Auftrag- geberdaten)	<input type="checkbox"/> Keine Speicherung beim Auftragnehmer <input checked="" type="checkbox"/> Speicherung beim Auftragnehmer <input type="checkbox"/> feste Größe: _____ GB <input type="checkbox"/> dynamisch: mind. _____ GB bis maximal: _____GB <input type="checkbox"/> dynamische Anpassung im laufenden Betrieb (kein Neustart) <input checked="" type="checkbox"/> keine Limitierung des Speicherumfangs
14.	Art der Anbindung	<input type="checkbox"/> MPLS <input type="checkbox"/> xDSL: _____(gewünschte DSL-Variante) <input type="checkbox"/> Ethernet Connect _____ (z.B. Glasfaser) <input type="checkbox"/> IPSec: _____ <input type="checkbox"/> Direktverbindung: <input type="checkbox"/> SD-WAN: _____ <input checked="" type="checkbox"/> TLS Version <u>ab 1.2</u> <input checked="" type="checkbox"/> gemäß Anlage Nr. <u>1</u> <input type="checkbox"/> Redundante Anbindung
15.	Bandbreite der Anbindung des Auftragnehmers an das Internet, die für den Auftraggeber zur Verfügung steht	<input type="checkbox"/> _____ Mbit/s <input type="checkbox"/> asynchron Uplink: _____Mbit/s Downlink: _____Mbit/s <input type="checkbox"/> dynamisch: mind. _____ Mbit/s bis maximal: _____ Mbit/s <input type="checkbox"/> _____

Vertragsnummer/Kennung Auftraggeber 2026002573

Vertragsnummer/Kennung Auftragnehmer _____

16.	Datensicherung*	<p>Ergänzend zu Ziffer 7 EVB-IT Cloud-AGB gilt Folgendes:</p> <p><input checked="" type="checkbox"/> Der Auftragnehmer ist zur Erstellung von Backups der Daten des Auftraggebers verpflichtet.</p> <p><input checked="" type="checkbox"/> Gegenstand des Backups</p> <p style="padding-left: 20px;"><input type="checkbox"/> ist das Image Backup (komplettes Image der virtuellen Maschinen)</p> <p style="padding-left: 20px;"><input type="checkbox"/> sind folgende Daten sämtliche Anwendungsdaten)</p> <p style="padding-left: 20px;"><input checked="" type="checkbox"/> sind alle Anwendungsdaten, welche für die Wiederherstellung eines funktionsfähigen Systemzustandes zum Sicherungszeitpunkt erforderlich sind</p> <p><input type="checkbox"/> Das Backup erfolgt in folgendem Format: _____.</p> <p><input checked="" type="checkbox"/> Das Backup erfolgt <u>täglich</u></p> <p><input type="checkbox"/> Das Backup erfolgt an folgendem Ort _____ (z.B. gesondertem Server oder anderem Rechenzentrum, jeweils gemäß Standortvorgabe in Ziffer 4 EVB-IT Cloud-AGB auf _____ (Server, Band).</p> <p><input type="checkbox"/> Eine Kopie des Backups erfolgt an folgendem Ort _____ (z.B. gesondertem Server oder anderem Rechenzentrum, jeweils gemäß Standortvorgabe in Ziffer 4 EVB-IT Cloud-AGB) auf _____ (Server, Band).</p> <p><input checked="" type="checkbox"/> Eine Löschung des Backups erfolgt</p> <p style="padding-left: 20px;"><input checked="" type="checkbox"/> frühestens nach <u>6 Wochen</u></p> <p style="padding-left: 20px;"><input type="checkbox"/> gemäß Anlage Nr. _____</p> <p><input type="checkbox"/> Weitere Regelungen zur Datenlöschung gelten gemäß Anlage Nr. _____ (während der Vertragslaufzeit) oder nach Vertragsende wenn vereinbart.</p> <p><input type="checkbox"/> Eine Löschung des Backups erfolgt gemäß Anlage Nr. _____</p> <p><input type="checkbox"/> Regelungen zum Backup gemäß Anlage Nr. _____. (z.B. Backup-Konzept)</p> <p><input type="checkbox"/> Abweichend von Ziffer 7.2 EVB-IT Cloud-AGB ist der Auftragnehmer nicht verpflichtet, einzelne vom Auftraggeber zuvor gelöschten Dateien wiederherzustellen, sondern lediglich den Datenbestand insgesamt auf den vorherigen und soweit vorhanden und vom Auftraggeber gewünscht, auf die davor liegenden Stände wiederherzustellen</p> <p><input type="checkbox"/> Der wiederhergestellte Stand wird dem Auftraggeber auf dessen Wunsch gesondert zur Verfügung gestellt wird.</p> <p><input type="checkbox"/> Zusätzlich zum C5 Basiskriterium OPS-08 ist der Auftragnehmer verpflichtet, den Auftraggeber auf dessen Anforderung über die Ergebnisse der durchgeführten Wiederherstellungstests zu informieren. Wiederherstellungstests sind in das Notfallmanagement des Auftragnehmers eingebettet.</p> <p><input type="checkbox"/> Weitere Regelungen zur Datenlöschung gemäß Anlage Nr. _____ (während der Vertragslaufzeit oder nach Vertragsende).</p> <p><input type="checkbox"/> Gemäß Anlage zur Einbeziehung auftragnehmerseitiger AGB, dort Anhang II. zur Kategorie Datensicherung*.</p> <p><input type="checkbox"/> _____</p> <p><input type="checkbox"/> Der Auftraggeber ist für folgende Datensicherungen* selbst verantwortlich, wobei der Auftragnehmer die dazu erforderlichen Funktionalitäten zur Verfügung stellt: _____</p>
-----	-----------------	---

Vertragsnummer/Kennung Auftraggeber 2026002573

Vertragsnummer/Kennung Auftragnehmer _____

17.	Datenexport/ Datenimport	<p><input type="checkbox"/> Zusätzlich zu Ziffer 7.3 EVB-IT Cloud-AGB gilt:</p> <p><input type="checkbox"/> Für folgende Teile der Leistung _____ (z.B. Datenbankdaten) erfolgt unabhängig von einem ggf. vereinbarten Backup ein Datenexport durch den Auftragnehmer. Der Datenexport erfolgt _____ (z.B. täglich, wöchentlich) in folgendem Format _____ (z.B. .csv, .vhd) an folgendem Ort _____ (z.B. gesonderter Server oder anderes Rechenzentrum) auf _____ (Server, Band).</p> <p><input type="checkbox"/> Für folgende Teile der Leistung _____ (z.B. Datenbankdaten) erfolgt ein Datenimport durch den Auftragnehmer. Der Datenimport erfolgt _____ (z.B. täglich, wöchentlich) in folgendem Format _____ (z.B. .csv, .vhd) von folgendem Ort _____ (z.B. gesonderter Server oder anderes Rechenzentrum gemäß Standortvorgabe in Ziffer 4 EVB-IT Cloud-AGB) von _____ (Server, Band).</p> <p><input type="checkbox"/> Für den Datenexport bzw. Datenimport verwendet der Auftragnehmer folgenden Standard _____.</p> <p><input type="checkbox"/> Dem Auftraggeber stehen für den eigenen Datenimport und Datenexport folgende Möglichkeiten zur Verfügung: _____ (z.B. Nennung der Schnittstelle und deren Spezifikation).</p>
18.	IT Sicherheit	<p><input checked="" type="checkbox"/> Abweichend von Ziffer 1.2 EVB-IT Cloud-AGB ist nicht nur die Einhaltung der C5 Basiskriterien, sondern auch der C5 Zusatzkriterien (siehe Anlage 1 Leistungsverzeichnis – Reiter SaaS Lösung) geschuldet</p> <p><input type="checkbox"/> Abweichend von Ziffer 1.2 EVB-IT Cloud-AGB ist nicht nur die Einhaltung der C5 Basiskriterien, sondern auch der folgenden C5 Zusatzkriterien geschuldet</p> <p><input type="checkbox"/> CRY-03: Die für die Verschlüsselung verwendeten privaten Schlüssel sind ausschließlich und ohne Ausnahme dem Kunden nach geltenden rechtlichen und regulatorischen Verpflichtungen und Anforderungen bekannt.</p> <p><input type="checkbox"/> AM-05: Physische Assets der internen und externen Mitarbeiter unterliegen einer zentralen Verwaltung. Die zentrale Verwaltung ermöglicht eine Software-, Daten- und Richtlinienverteilung sowie eine Remote-Deaktivierung, -Löschung, oder -Sperrung.</p> <p><input type="checkbox"/> OPS-22: Sicherheitspatches werden ab dem Zeitpunkt ihrer Verfügbarkeit* in Abhängigkeit des nach der jüngsten Version des Common Vulnerability Scoring Systems (CVSS) eingeordneten Schweregrades der dadurch adressierten Schwachstellen eingespielt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Kritisch (CVSS = 9.0 - 10.0): 3 Stunden • Hoch (CVSS = 7.0 - 8.9): 3 Tage • Mittel (CVSS = 4.0 - 6.9): 1 Monat • Niedrig (CVSS = 0.1 - 3.9): 3 Monate <p><input checked="" type="checkbox"/> Abweichend bzw. ergänzend zu Ziffer 6.2 EVB-IT Cloud-AGB wird vereinbart, dass</p> <p><input type="checkbox"/> das vom Auftragnehmer implementierte Sicherheitskonzept und sein ISMS auf ISO 27001 und BSI IT-Grundschutz in der jeweils geltenden Fassung basiert.</p> <p><input type="checkbox"/> das Notfall-Management gemäß</p> <p><input type="checkbox"/> BSI-Standard 100-4 bzw. nach dessen Inkrafttreten BSI Standard 200-4</p>

Vertragsnummer/Kennung Auftraggeber 2026002573

Vertragsnummer/Kennung Auftragnehmer _____

		<p><input type="checkbox"/> ISO 22301</p> <p><input type="checkbox"/> _____</p> <p>erfolgt.</p> <p><input type="checkbox"/> die Parteien für den Not- und Krisenfall besondere Vereinbarungen gemäß Anlage Nr. _____ treffen, die auch die erforderliche Beteiligung des BSI einschließen.</p> <p><input checked="" type="checkbox"/> der Auftragnehmer die Umsetzung der Vorgaben zur IT-Sicherheit</p> <p><input type="checkbox"/> durch entsprechende Zertifikate</p> <p><input type="checkbox"/> durch folgende Zertifikate _____</p> <p><input checked="" type="checkbox"/> wie beschrieben in Anlage 1, „Anforderungen an eine Software-as-a-Service(SaaS)-Lösung“</p> <p>nachweisen muss.</p> <p><input checked="" type="checkbox"/> der Auftragnehmer auf Anforderung des Auftraggebers die verwendeten Verschlüsselungs- und Authentifikationsmechanismen offenlegt.</p> <p><input type="checkbox"/> Abweichend von Ziffer 1.2 EVB-IT Cloud-AGB wird vereinbart, dass die aus Anlage Nr. _____ ersichtlichen C5 Basiskriterien nicht geschuldet werden. Soweit nicht in der Anlage konkrete Alternativen vorgesehen sind, sieht der Auftragnehmer angemessene Alternativen zur Erfüllung der entsprechenden Anforderungen vor.</p> <p><input type="checkbox"/> Dem Auftraggeber ist eine Schnittstelle zum Monitoring* der Leistungen und der Cloud-Infrastruktur zur Verfügung zu stellen.</p> <p><input type="checkbox"/> Der Schutzbedarf der vertragsgegenständlichen Daten des Auftraggebers ergibt sich aus Anlage Nr. _____.</p> <p><input type="checkbox"/> Ein CERT des Auftraggebers kann angebunden werden gemäß Anlage Nr. _____.</p> <p><input type="checkbox"/> Zusätzlich zum C5 Basiskriterium OPS-19 finden Penetrationstests nicht nur einmal jährlich, sondern halbjährlich statt. Diese müssen darüber hinaus zwingend durch unabhängige Externe durchgeführt werden. Internes Personal für Penetrationstests darf die externen Dienstleister dabei unterstützen.</p> <p><input type="checkbox"/> Ergibt das Prüfungsergebnis gemäß Ziffer 6.4.2 EVB-IT Cloud AGB keine oder nur unwesentliche Beanstandungen, trägt der Auftraggeber die beim Auftragnehmer anfallenden notwendigen Kosten des Auftragnehmers (auch interne Kosten) und etwaiger Unterauftragnehmer bis zu einem Höchstbetrag von _____ Euro netto je Prüfung.</p> <p><input type="checkbox"/> Dem Auftraggeber steht das Prüfungsrecht gemäß Ziffer 6.4.2 EVB-IT Cloud AGB anlassunabhängig zu. Ergibt das Prüfungsergebnis keine Beanstandungen, trägt der Auftraggeber die beim Auftragnehmer anfallenden notwendigen Kosten bis zu einem Höchstbetrag von _____ Euro netto.</p>
19.	Verfügbarkeit*	<p><input type="checkbox"/> Abweichend von Ziffer 8 EVB-IT Cloud-AGB</p> <p><input type="checkbox"/> schuldet der Auftragnehmer während der Betriebszeit* eine Verfügbarkeit* von mindestens der Verfügbarkeitsklasse* _____ im Bezugszeitraum,</p> <p><input type="checkbox"/> ist der Bezugszeitraum* der _____</p> <p><input type="checkbox"/> verstehen sich alle Zeitangaben als Angaben statt nach mitteleuropäischer Zeit (MEZ) bzw. Sommerzeit (MESZ) nach _____</p> <p><input type="checkbox"/> ist die Betriebszeit* die Zeit von _____ bis _____ (hier Tage angeben) von _____ bis _____ Uhr;</p> <p><input type="checkbox"/> besteht in der Zeit von _____ bis _____ Uhr eine Kernbetriebszeit* den besonderen Leistungsmerkmalen gemäß Anlage Nr. _____</p> <p><input type="checkbox"/> ist die Zeit von _____ bis _____ Uhr am _____ (hier Tag angeben) Zeit geplanter Nichtverfügbarkeit (z.B. für Wartungsarbeiten) und wird bei der</p>

Vertragsnummer/Kennung Auftraggeber 2026002573

Vertragsnummer/Kennung Auftragnehmer _____

		<p>Berechnung der Verfügbarkeit* nicht berücksichtigt,</p> <p><input type="checkbox"/> In Ergänzung zu Ziffer 8 der EVB-IT Cloud-AGB und der Definition zur Verfügbarkeit* gilt die Leistung auch dann als nicht verfügbar, wenn im</p> <p style="margin-left: 20px;"> <input type="checkbox"/> Durchschnitt einer Stunde in der Betriebszeit <input type="checkbox"/> Durchschnitt für die Betriebszeit eines Tages <input type="checkbox"/> _____ </p> <p>folgendes gegeben ist:</p> <p style="margin-left: 20px;"> <input type="checkbox"/> Das Antwortzeitverhalten der Funktion _____ (z.B. Bezeichnung einer konkreten Abfrage und der Ausgabe einer entsprechenden Antwort) ist schlechter als _____ (z.B. Sekunden, Minuten). <input type="checkbox"/> Der Datendurchsatz (die übertragene Datenmenge) am Übergabepunkt _____ (z.B. der Ausgangsrouten des Auftragnehmers zum Internet) beträgt weniger als _____ (z.B. 1 GB), pro _____ (z.B. Sekunden, Minuten). <input type="checkbox"/> Die Paketverzögerung (der Zeitbedarf, um ein IP-Paket von _____ nach _____ zu senden) beträgt mehr als _____ (z.B. 4 Millisekunden). <input type="checkbox"/> Der Round Trip Delay (RTD) beträgt mehr als _____ Millisekunden. <input type="checkbox"/> Die Paketverlustrate (die Zahl der IÜ-Pakete, die pro _____ Zeiteinheit verloren gehen, weil sie nicht rechtzeitig an ihren Bestimmungsort gelangen) beträgt mehr als _____ (z.B. 20 Prozent). <input type="checkbox"/> Weniger als _____ Nutzer können gleichzeitig die Leistung vollumfänglich nutzen. </p> <p><input type="checkbox"/> Anstelle der Verfügbarkeitsregelung in Ziffer 8 EVB-IT Cloud-AGB und der Definition zur Verfügbarkeit* gilt Anlage Nr. _____.</p> <p><input type="checkbox"/> Ergänzend zu Ziffer 8 EVB-IT Cloud-AGB liegt eine die Verfügbarkeit* ausschließende</p> <p style="margin-left: 20px;"> <input type="checkbox"/> betriebsverhindernde Störung* insbesondere auch vor, wenn _____, <input type="checkbox"/> betriebsbehindernde Störung*, insbesondere auch vor, wenn _____. </p>																		
20.	Gutschriften bei Nichtverfügbarkeit	<p><input type="checkbox"/> Für den Fall der Nichteinhaltung der vereinbarten Verfügbarkeit* die folgende Gutschrift zugunsten des Auftraggebers vereinbart:</p> <table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse; margin: 10px 0;"> <thead> <tr> <th colspan="2" style="text-align: center;">Unterschreitung in Prozentpunkten^a</th> <th style="text-align: center;">Gutschrift in Prozent der für den vereinbarten Bezugszeitraum geschuldeten Vergütung^a</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td style="text-align: center;">> 0</td> <td style="text-align: center;">< 1</td> <td style="text-align: center;">_____</td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">> = 1</td> <td style="text-align: center;">< 2</td> <td style="text-align: center;">_____</td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">> = 2</td> <td style="text-align: center;">< 3</td> <td style="text-align: center;">_____</td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">> = 3</td> <td style="text-align: center;">< 4</td> <td style="text-align: center;">_____</td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">> = 4</td> <td></td> <td style="text-align: center;">_____</td> </tr> </tbody> </table> <p><input type="checkbox"/> Gemäß Anlage zur Einbeziehung auftragnehmerseitiger AGB, dort Anhang II. zur Kategorie Gutschriften bei Nichtverfügbarkeit*.</p> <p><input type="checkbox"/> _____</p> <p><input type="checkbox"/> Messpunkte für die Feststellung der Verfügbarkeit* sind die folgenden: _____</p>	Unterschreitung in Prozentpunkten ^a		Gutschrift in Prozent der für den vereinbarten Bezugszeitraum geschuldeten Vergütung ^a	> 0	< 1	_____	> = 1	< 2	_____	> = 2	< 3	_____	> = 3	< 4	_____	> = 4		_____
Unterschreitung in Prozentpunkten ^a		Gutschrift in Prozent der für den vereinbarten Bezugszeitraum geschuldeten Vergütung ^a																		
> 0	< 1	_____																		
> = 1	< 2	_____																		
> = 2	< 3	_____																		
> = 3	< 4	_____																		
> = 4		_____																		

Vertragsnummer/Kennung Auftraggeber 2026002573

Vertragsnummer/Kennung Auftragnehmer _____

21.	Reaktions- und Wiederherstellungszeiten*	<p><input checked="" type="checkbox"/> Es werden folgende Reaktions- und Wiederherstellungszeiten* vereinbart:</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th>Störungsklasse</th> <th>Reaktionszeit* in Stunden</th> <th>Wiederherstellungszeit* in Stunden</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>1</td> <td>2</td> <td>3</td> </tr> <tr> <td>Schwerwiegende Störung*</td> <td><u>4</u></td> <td><u>8</u></td> </tr> <tr> <td>erhebliche Störung*</td> <td><u>4</u></td> <td><u>24</u></td> </tr> <tr> <td>Leichte Störung*</td> <td><u>48</u></td> <td><u>120</u></td> </tr> </tbody> </table>	Störungsklasse	Reaktionszeit* in Stunden	Wiederherstellungszeit* in Stunden	1	2	3	Schwerwiegende Störung*	<u>4</u>	<u>8</u>	erhebliche Störung*	<u>4</u>	<u>24</u>	Leichte Störung*	<u>48</u>	<u>120</u>
Störungsklasse	Reaktionszeit* in Stunden	Wiederherstellungszeit* in Stunden															
1	2	3															
Schwerwiegende Störung*	<u>4</u>	<u>8</u>															
erhebliche Störung*	<u>4</u>	<u>24</u>															
Leichte Störung*	<u>48</u>	<u>120</u>															
22.	Protokollierung	<p>Der Auftragnehmer führt folgende Protokolle:</p> <p><input type="checkbox"/> Protokolle über die Zugriffe auf die vom Auftraggeber genutzten Leistungen einschließlich der entsprechenden Daten und Datensicherungen*. Protokolliert werden muss dabei mindestens, durch wen, wann, wie und wie lange ein Zugriff erfolgte.</p> <p><input checked="" type="checkbox"/> Protokolle über sämtliche Zugriffe auf Infrastrukturkomponenten. Protokolliert werden müssen dabei insbesondere: An- und Abmeldungen, Installation, Deinstallation und Modifikation von Anwendungen, Änderungen von Berechtigungen und Änderungen im Benutzermanagement. Die Erfassung und Protokollierung weiterer Daten (auch Metadaten) erfolgt in dem im Vertrag vereinbarten Umfang.</p> <p><input checked="" type="checkbox"/> Protokolle über den Sicherheitsstatus des Cloud-Managementsystems (Vollständigkeit, Verfügbarkeit*, Integrität und Vertraulichkeit der verarbeiteten Daten).</p> <p><input checked="" type="checkbox"/> Protokolle über Art und Zeitpunkte der durchgeführten Datensicherungsmaßnahmen und Rücksicherungen.</p> <p>Der Auftraggeber hat das jederzeitige Recht, diese Protokolle einzusehen und in elektronisch bearbeitbarer Form abrufen zu können.</p> <p><input checked="" type="checkbox"/> Die Protokolle sind mindestens:</p> <p style="margin-left: 40px;"><input checked="" type="checkbox"/> sechs Monate aufzubewahren.</p> <p style="margin-left: 40px;"><input type="checkbox"/> _____ Monate aufzubewahren.</p> <p><input type="checkbox"/> Die Protokolle sind revisionssicher aufzubewahren.</p> <p><input type="checkbox"/> Gemäß Anlage zur Einbeziehung auftragnehmerseitiger AGB, dort Anhang II. zur Kategorie Protokollierung.</p>															
23.	Aktualisierung	<p><input checked="" type="checkbox"/> Die Leistungen sind mit jeweils allgemein verfügbaren und vom Hersteller regulär supporteten Programmständen* zu erbringen. Der Auftragnehmer ist zu deren Bereitstellung verpflichtet.</p> <p><input checked="" type="checkbox"/> Der Auftragnehmer ist verpflichtet, folgende Programmstände* zu installieren und zu integrieren, sobald verfügbar:</p> <p style="margin-left: 40px;"><input checked="" type="checkbox"/> Updates*</p> <p style="margin-left: 40px;"><input checked="" type="checkbox"/> Upgrades*</p> <p style="margin-left: 40px;"><input checked="" type="checkbox"/> neue Releases/Versionen*</p> <p style="margin-left: 40px;"><input checked="" type="checkbox"/> neue Firmwarestände</p> <p><input type="checkbox"/> Der Auftragnehmer ist verpflichtet, Programmstände* zur Umsetzung von Änderungen solcher Rechtsvorschriften und technischer Normen gemäß Anlage Nr. _____ zu installieren und zu integrieren. Der Auftragnehmer stellt die geschuldeten Programmstände* innerhalb angemessener Zeit vor,</p>															

Vertragsnummer/Kennung Auftraggeber 2026002573

Vertragsnummer/Kennung Auftragnehmer _____

		<p>spätestens aber mit dem Inkrafttreten der jeweiligen Vorschrift oder Norm bzw. dem Zeitpunkt der vorgesehenen Änderung bzw. Anpassung. Erfolgt dies nicht spätestens zu diesen Terminen, ist der Auftragnehmer unbeschadet davon verpflichtet, dem Auftraggeber eine Übergangslösung bereitzustellen. Soweit ihm beides zu diesen Terminen zeitlich nicht zumutbar ist, haben sie innerhalb einer angemessenen Frist zu erfolgen.</p>
24.	Reporting	<p><input type="checkbox"/> Abweichend von Ziffer 9.1 EVB-IT Cloud-AGB erfolgt das Reporting nicht monatlich, sondern</p> <p><input type="checkbox"/> täglich</p> <p><input type="checkbox"/> wöchentlich</p> <p><input type="checkbox"/> quartalsweise</p> <p><input checked="" type="checkbox"/> Ergänzend zu Ziffer 9 EVB-IT Cloud-AGB hat das Reporting folgende Inhalte:</p> <p><input type="checkbox"/> die durchgeführten Einspielungen neuer Programmstände* (z.B. Sicherheitspatches)</p> <p><input type="checkbox"/> eine Nutzungsstatistik</p> <p><input type="checkbox"/> über die max. Anzahl der gleichzeitigen Nutzer, der Nutzer und der Zugriffe insgesamt</p> <p><input type="checkbox"/> über die Fallzahlen des Systems, soweit vergütungsrelevant</p> <p><input type="checkbox"/> über erfolgte Zugriffe auf Backup-Daten (insbesondere Nutzer, Zeitpunkt und Umfang des Zugriffs)</p> <p><input type="checkbox"/> gemäß Anlage Nr. _____</p> <p><input checked="" type="checkbox"/> sämtliche für die Leistungen relevante Sicherheitsvorfälle (Zeitpunkt, Art, und Umfang des Vorfalls) und die vom Auftragnehmer getroffenen Maßnahmen zu deren Beseitigung</p> <p><input type="checkbox"/> die durchgeführten Backups und Datenexporte sowie ihre erfolgreiche Verifikation.</p> <p><input type="checkbox"/> weitere Angaben gemäß Anlage _____</p> <p><input type="checkbox"/> Zusätzlich zu Ziffer 9 EVB-IT Cloud-AGB ist für den Auftraggeber während der Nutzung der Leistung in Echtzeit einsehbar, wie viele Cloud-Ressourcen (Virtueller Speicher, Virtuelles Netzwerk, Virtuelle CPU Last, Virtuelles Storage) aktuell in Gebrauch sind (d.h. eine Darstellung der Auslastung der aktuell sich in Gebrauch befindlichen Cloud-Ressourcen).</p> <p><input type="checkbox"/> Gemäß Anlage zur Einbeziehung auftragnehmerseitiger AGB, dort Anhang II. zur Kategorie Reporting.</p>
25.	Mitwirkungsleistungen des Auftraggebers	<p><input type="checkbox"/> Zusätzlich zu bzw. abweichend von Ziffer 17 EVB-IT Cloud-AGB werden folgende Mitwirkungsleistungen des Auftraggebers vereinbart:</p> <p><input type="checkbox"/> _____</p> <p><input type="checkbox"/> gemäß Anlage Nr. _____</p>

2. Sonderkriterien für IaaS* und PaaS*

Lfd.	Anzahl gleicher Systeme	Parameter	Ausprägung
1	2	3	4
1	fest: _____ minimal: _____	Rechenleistung	
		CPU-Anzahl	_____

Vertragsnummer/Kennung Auftraggeber 2026002573

Vertragsnummer/Kennung Auftragnehmer _____

	maximal: _____	vCPU-Anzahl	_____
		Leistungsklasse bzw. nähere Beschreibung	_____
		Speicher	
		Arbeitsspeicher	<input type="checkbox"/> feste Größe: _____ GB <input type="checkbox"/> dynamisch: mind. _____ GB bis maximal: _____ GB <input type="checkbox"/> _____ <input type="checkbox"/> dynamische Anpassung im laufenden Betrieb (kein Neustart)
		(Festplatten-)Speicher- Größe	<input type="checkbox"/> feste Größe: _____ GB <input type="checkbox"/> dynamisch: mind. _____ GB bis maximal: _____ GB <input type="checkbox"/> dynamische Anpassung im laufenden Betrieb (kein Neustart)
		(Festplatten-)Speicher-Typ	<input type="checkbox"/> SATA-Festplatte <input type="checkbox"/> SSD <input type="checkbox"/> SAS <input type="checkbox"/> shared Storage <input type="checkbox"/> _____
		Performanceanforderungen	<input type="checkbox"/> Leistung in Total IOPS: _____ <input type="checkbox"/> Datenrate in MB/s mind.: _____ <input type="checkbox"/> Latenz in ms maximal: _____
		Betriebssystem	
		Bezeichnung	_____ (z.B. Linux Red Hat 6 64 bit)
		Installationsart	<input type="checkbox"/> Standardinstallation <input type="checkbox"/> kundenspezifische Ausprägung gemäß Anlage Nr. _____ (z.B. besondere Härungsmaßnahmen)
		Sofern auftraggeberseitig ein Betriebssystem installiert wird, ist Treiberunterstützung für folgende Betriebssysteme des Auftraggebers geschuldet:	_____ (z.B. Linux Red Hat 6 64 bit) _____ (z.B. Windows 10)
		Virtualisierung	
		unterstützte Virtualisierungs-umgebungen	_____ (z.B. VMware ESX, HyperV)
		Kommunikationssicherheit	
2			<input type="checkbox"/> COS-06 C5 Zusatzkriterium: Die sichere Trennung durch physisch getrennte Netze oder durch stark verschlüsselte VLANs ist sichergestellt. Zur Definition einer starken Verschlüsselung ist die Technische Richtlinie TR-02102 des BSI zu berücksichtigen.

Vertragsnummer/Kennung Auftraggeber _____2026002573_____

Vertragsnummer/Kennung Auftragnehmer _____

3. Erweiterung und Reduzierung der Leistung

- ☐ Ein weiteres gleiches System jedoch maximal bis zur vereinbarten Maximalanzahl gleicher Systeme, ist innerhalb von _____ (Tagen, Wochen) nach Anforderung durch den Auftraggeber betriebsbereit bereitzustellen.
- ☐ Das System ist nach Anforderung innerhalb von _____ (Tagen, Wochen) durch den Auftragnehmer zu deaktivieren, soweit dadurch nicht die Minimalanzahl gleicher Systeme unterschritten wird.

Vertrag über Cloudleistungen

Inhaltsangabe

1	Gegenstand und Bestandteile des Vertrages.....	2
1.1	Vertragsgegenstand	2
1.2	Vertragsbestandteile	2
2	Überblick über die vereinbarten Leistungen	3
3	Gegenstand der Leistungen	3
3.1	Leistungen gemäß Ziffer 1.1 EVB-IT Cloud-AGB	3
3.2	Einmalige Leistungen	4
3.3	Leistungen auf Abruf.....	5
3.4	Ticketsystem.....	5
4	Fälligkeit und Zahlung der Vergütung	5
4.1	Fälligkeit der Vergütung	5
4.2	Zahlung der Vergütung	6
4.3	Rechnungsadresse	6
4.4	Preisanpassung	6
5	Ergänzende Vereinbarungen bei Vergütung von Leistungen von Personen nach Aufwand	7
5.1	Vereinbarung der Preiskategorien bei Vergütung nach Aufwand durch auftragnehmerseitig eingesetztes Personal	7
5.2	Abweichende Regelungen für die Bestimmung und Vergütung von Personentagesätzen	7
5.3	Besondere Bestimmungen zur Vergütung nach Aufwand	7
6	Abweichende Haftungsregelungen	7
7	Beauftragte und Ansprechpartner	8
7.1	Beauftragte des Auftragnehmers (Name, Mailadresse)	8
7.2	Ansprechpartner für Fragen zum Vertrag (Name, Mailadresse)	8
8	Weitere Regelungen	8
8.1	Besondere Anforderungen an Mitarbeiter des Auftragnehmers	8
8.2	Allgemeine Sicherheitsanforderungen	8
8.3	Prüfrechte	8
8.4	Unterauftragnehmer	8
8.5	Vertraulichkeit	8
8.6	Haftpflichtversicherung	8
9	Sonstige Vereinbarungen.....	8

Vertragsnummer/Kennung Auftraggeber 2026002573

Vertragsnummer/Kennung Auftragnehmer _____

Vertrag über Cloudleistungen

zwischen Stadt Nürnberg, vertreten durch den Oberbürgermeister, dieser vertreten durch die Dienststelle Seniorenamt (Pflegestützpunkt) Auftraggeber
 und _____ Auftragnehmer
 Vertragsnummer: _____
 Vertragsnummer: _____

wird folgender Vertrag geschlossen:

1 Gegenstand und Bestandteile des Vertrages

1.1 Vertragsgegenstand

Gegenstand des Vertrages sind folgende Cloudleistungen SaaS Lösung zur Dokumentation der Pflegeberatung im Pflegestützpunkt Nürnberg.

Grundlegend für die Leistungsanforderungen sind die Dokumentationspflichten und Qualitätsanforderungen für Pflegestützpunkte, die sich aus dem Rahmenvertrag zur Errichtung und Finanzierung von Pflegestützpunkten nach § 7c SGB XI in Bayern einschließlich der dazugehörigen Anhänge ergeben.

1.2 Vertragsbestandteile

Es gelten als Vertragsbestandteile:

1.2.1 dieser Vertragstext mit den folgenden Anlagen:

Anlagen zum EVB-IT Cloudvertrag			
Anlage Nr.	Bezeichnung	Datum/Version	Anzahl Seiten
1	2	3	4
1	<u>Leistungsverzeichnis Dokumentationssoftware Pflegeberatung Cloud</u>	_____	_____
2	<u>Angebot mit der Nummer N.N.</u>	_____	_____
3	Kriterienkatalog für Cloudleistungen (ggf. mehrere Kriterienkataloge, dann Anlage Nr. 3a, 3b etc.) ■	_____	_____
4	Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung (AVV) inklusive der technischen und organisatorischen Maßnahmen (TOM)	_____	_____
5	EVB-IT Dienstleistungs-AGB	_____	_____

☒ Es gelten die Anlagen in obiger Reihenfolge.

1.2.2 die Ergänzenden Vertragsbedingungen für Cloudleistungen (EVB-IT Cloud-AGB) in der bei Bereitstellung der Vergabeunterlagen geltenden Fassung

1.2.3 und danach die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) in der bei Bereitstellung der Vergabeunterlagen geltenden Fassung

Vertragsnummer/Kennung Auftraggeber 2026002573

Vertragsnummer/Kennung Auftragnehmer _____

Die EVB-IT Cloud-AGB stehen unter www.cio.bund.de und die VOL/B unter www.bmwi.de zur Einsichtnahme bereit.
Für alle in diesem Vertrag genannten Beträge gilt einheitlich der Euro als Währung. Die vereinbarten Vergütungen verstehen sich zuzüglich der gesetzlichen Umsatzsteuer, soweit Umsatzsteuerpflicht besteht.

1.2.4 Rangfolge der Nutzungsrechtsregelungen

Vereinbarte Nutzungsrechte gelten in folgender Rangfolge:

- Rechte Regelungen des Auftraggebers gemäß Anlage Nr. 3 (z.B. Anlage Nr. 3 Kriterienkatalog(e) für Cloudleistung oder Anlage Nr. 1 Leistungsbeschreibung)
- Ziffer 14 EVB-IT Cloud-AGB
- die Nutzungsrechtsregelungen aus den auftragnehmerseitigen AGB* zu Art und Umfang der Cloudleistungen die gemäß Nummer 1.2.4 einbezogen wurden. Diese gelten aber nur, soweit sie den sonstigen vertraglichen Regelungen weder entgegenstehen noch diese beschränken.

2 Überblick über die vereinbarten Leistungen

- ☒ Besondere initiale Leistungen (Setup)
- ☒ Software as a Service* (SaaS*), Platform as a Service* (PaaS*)
- ☐ Infrastructure as a Service* (IaaS*)
- ☐ Managed Cloud Services* (MCS*)
- ☒ Leistungen bei Vertragsende
- ☒ Sonstige Leistungen

3 Gegenstand der Leistungen

Art, Umfang und Termine der zu erbringenden Leistungen ergeben sich aus der folgenden Tabelle (Termin- und Leistungsplan):

3.1 Leistungen gemäß Ziffer 1.1 EVB-IT Cloud-AGB

Lfd. Nr.	Produkt/Leistung: (Produkt- und Leistungsbeschreibung und/oder Verweis auf Kriterienkatalog(e) für Cloudleistung in Anlage Nr. 3)	Menge	MVD ¹	Beginn ²	Ende/Termin ³	Abweichende Kündigungsfrist in Monaten ⁴	Automatische Verlängerung um Anzahl Monate ⁵	Monatlicher Preis oder, abweichendes Preismodell gemäß Anlage ⁶
1	2		3	4	5	6	7	8
<u>1</u>	<u>SaaS Lösung zur Dokumentation der Pflegeberatung</u>	<u>1</u>	<u>12 Monate</u>	<u>Siehe Nr. 6 Kriterienkatalog</u>	_____	_____	<u>12 Monate</u>	_____
<u>2</u>	<u>Sonstige Leistung:</u> Anwenderschulung für alle Nutzer zum Zeitpunkt der Einführung	<u>1</u>		<u>Siehe Nr. 6 Kriterienkatalog</u>				
<u>3</u>	<u>Sonstige Leistung:</u> optional Poweruser / Admin Schulung zum Zeitpunkt der Einführung	<u>1</u>		<u>Siehe Nr. 6 Kriterienkatalog</u>				

Vertragsnummer/Kennung Auftraggeber 2026002573

Vertragsnummer/Kennung Auftragnehmer _____

<u>4</u>	<u>optional</u> <u>Dienstleistungspaket 120h</u> <u>(Customizing / Beratung</u> <u>/Dienstleistung)</u>	<u>1</u>	_____	<u>Siehe</u> <u>Nr. 6</u> <u>Kriterie</u> <u>nkatal</u> <u>og</u>	_____	_____	_____	<u>X pro</u> <u>Personen</u> <u>stunde</u>
<u>5</u>	<u>optional Dienstleistung</u> <u>(Einbindung von Vorlagen)</u>	<u>Bis zu</u> <u>30</u> <u>Vorla</u> <u>gen</u>	_____	<u>Siehe</u> <u>Nr. 6</u> <u>Kriterie</u> <u>nkatal</u> <u>og</u>	_____	_____	_____	_____
<u>6</u>	<u>2Faktor Authentifizierung</u>	<u>bis zu</u> <u>16</u> <u>Nutze</u> <u>r</u> <u>(Mind</u> <u>estme</u> <u>nge:</u> <u>10,</u> <u>Gesc</u> <u>hätzt:</u> <u>12,</u> <u>Maxi</u> <u>mal</u> <u>16)</u>	_____	<u>Siehe</u> <u>Nr. 6</u> <u>Kriterie</u> <u>nkatal</u> <u>og</u>	_____	_____	_____	_____
<u>7</u>	<u>Optional Hardware-Token</u> <u>oder vergleichbar für die 2</u> <u>Faktor Authentifizierung</u>	<u>bis zu</u> <u>16</u> <u>Nutze</u> <u>r</u>	_____	<u>Siehe</u> <u>Nr. 6</u> <u>Kriterie</u> <u>nkatal</u> <u>og</u>	_____	_____	_____	_____

¹ MVD = Mindestvertragsdauer

² wenn keine Vorgabe für Beginn, dann Feld leer lassen. In diesem Fall gilt der Vertragsschluss als Beginn

³ z.B. festes Datum ggf. mit Uhrzeit oder „nach 48 Monaten“ (wenn Vertrag unbefristet, dann Feld leer lassen)

⁴ Wenn abweichend von Ziffer 20.1 der EVB-IT Cloud-AGB

⁵ Die Leistungsdauer verlängert sich um die vereinbarten Monate, wenn sie nicht mit einer Frist von drei Monaten zum Laufzeitende gekündigt wird.

⁶ Hier Einbeziehung eines Preisblattes möglich, insbesondere bei abweichendem Preismodell

3.2 Einmalige Leistungen

3.2.1 Initiale Leistungen

3.2.1.1 Art und Umfang der initialen Leistung

☒ Der Auftragnehmer schuldet initiale Leistungen zur Herbeiführung der Betriebsbereitschaft*.

☒ Einzelheiten gemäß Anlage Nr. 1
Leistungsverzeichnis Dokumentationssoftware Pflegeberatung Cloud.

☐ Die Leistungen werden nicht auf der Grundlage dieses Vertrages erbracht, sondern im Rahmen eines gesonderten Vertrages gemäß Anlage Nr. _____.

☐ Weitere Regelungen zur initialen Leistung gemäß Anlage Nr. _____

3.2.1.2 Vergütung der initialen Leistung

Die initialen Leistungen werden nicht gesondert vergütet, soweit nicht nachfolgend abweichend geregelt:

☒ Die Vergütung für die initialen Leistungen erfolgt zu einem Pauschalpreis in Höhe von xxx Euro.

☐ Die Vergütung für die initialen Leistungen erfolgt nach Aufwand gemäß Kategorie(n) _____ aus Nummer 5.1

☐ mit einer Obergrenze in Höhe von _____ Euro.

Vertragsnummer/Kennung Auftraggeber 2026002573

Vertragsnummer/Kennung Auftragnehmer _____

3.2.2 Sonstige einmalige Leistungen**3.2.2.1 Art und Umfang der sonstigen Leistungen**

- ☒ Der Auftragnehmer erbringt die in Anlage Nr. 1
Leistungsverzeichnis Dokumentationssoftware Pflegeberatung Cloud („initiale Schulung der Nutzer“)
beschriebenen sonstigen Leistungen.

3.2.2.2 Vergütung der sonstigen Leistungen

- ☐ Die Vergütung für die sonstigen Leistungen erfolgt zu einem Pauschalpreis in Höhe von _____ Euro.
- ☐ Die Vergütung für die sonstigen Leistungen erfolgt nach Aufwand gemäß Kategorie(n) _____ aus Nummer 5.1
- ☐ mit einer Obergrenze in Höhe von _____ Euro.

3.2.3 Leistungen bei Vertragsende**3.2.3.1 Art und Umfang der Leistungen bei Vertragsende**

- ☒ Der Auftragnehmer ist gemäß Ziffer 13.2 EVB-IT Cloud-AGB im zumutbaren Umfang zur Erbringung von Leistungen verpflichtet, die erforderlich sind, um einen neuen Auftragnehmer oder den Auftraggeber in die Lage zu versetzen, die Leistungen zu übernehmen.
- ☐ Abweichend/ergänzend von bzw. zu Ziffer 13.2 EVB-IT Cloud-AGB schuldet der Auftragnehmer im Zusammenhang mit dem Vertragsende folgende Leistungen: _____

3.2.3.2 Vergütung der Leistungen bei Vertragsende

- ☐ Die Vergütung der Leistungen bei Vertragsende erfolgt zu einem Pauschalpreis in Höhe von 0 Euro.
- ☐ Die Vergütung der Leistungen bei Vertragsende erfolgt nach Aufwand gemäß Kategorie(n) _____ aus Nummer 5.1
- ☐ mit einer Obergrenze in Höhe von _____ Euro.

3.3 Leistungen auf Abruf

Die Leistungen gemäß Nummer 3.1 (hier Nummer 3.1 lfd. Nr. 2 - 7 oder Nummer 3.2.2 eintragen) werden auf Abruf erbracht.

- ☒ Der Mindestvorlauf für den Abruf beträgt 7 Tage (Stunden/Tage).
- ☐ Die geschätzte Abnahme beträgt _____ (Menge) pro _____ (z.B. Vertragsmonat/Vertragsquartal/Vertragsjahr/Vertragslaufzeit); die Höchstmenge bzw. der Höchstwert beträgt _____ (Menge/Euro).
- ☐ Die vereinbarte Mindestabnahme beträgt _____ (Menge) pro _____ (z.B. Vertragsmonat, Vertragsquartal, Vertragsjahr, Vertragslaufzeit).

Der Auftraggeber ist nicht zum Abruf verpflichtet. Dies gilt nicht für die hier ggf. vereinbarte Mindestabnahme.

3.4 Ticketsystem

- ☐ Für die Meldung, Klassifizierung und Bestätigung von Störungen*, sonstigen Meldungen und Anfragen sowie die Beobachtung und Überwachung des Bearbeitungsfortschritts verwenden die Parteien das Ticketsystem _____
- ☐ des Auftragnehmers,
- ☐ des Auftraggebers,
- welches
- ☐ unter der Web-Adresse _____ erreichbar ist.
- ☐ wie folgt zur Verfügung gestellt wird _____.

4 Fälligkeit und Zahlung der Vergütung**4.1 Fälligkeit der Vergütung**

Die Vergütung für wiederkehrende Leistungen ist abweichend von Ziffer 16.1 EVB-IT Cloud-AGB nicht monatlich nachträglich bis zum 15. eines jeden Monats fällig, sondern:

Vertragsnummer/Kennung Auftraggeber 2026002573

Vertragsnummer/Kennung Auftragnehmer _____

- ☐ quartalsweise bis zum 15. des zweiten Monats des laufenden Quartals
- ☒ jährlich bis zum Vertragsbeginn des laufenden Jahres
- ☐ einmalig zum _____
- ☐ _____

Die Vergütung für Leistungen nach Zeitaufwand ist abweichend von Ziffer 16.2.1 EVB-IT Cloud-AGB nicht monatlich nachträglich bis zum 15. eines jeden Monats fällig, sondern:

☐ _____

4.2 Zahlung der Vergütung

- ☐ Abweichend von Ziffer 16.3 EVB-IT Cloud-AGB ist eine fällige Vergütung nicht 30 Tage, sondern _____ Tage nach Zugang einer prüffähigen Rechnung zu zahlen.

4.3 Rechnungsadresse

- ☒ Die Rechnung ist nach den Vorgaben der E-Rechnungsverordnung elektronisch einzureichen.
In der Rechnung bzw. zur Rechnungserstellung ist die Leitweg-ID 09564000-5110001-82 anzugeben. Zudem müssen bei der Rechnung alle Pflichtfelder sowie die Zusatzfelder
Rechnungsversand: via Mail (XRechnung oder PDF) an: stadt@rechnung.nuernberg.de oder postalisch an
Stadt Nürnberg
Pflegestützpunkt
SenA/Verwaltung
Leitweg-ID: 09564000-5110001-82
Postfach 90 01 48
90403 Nürnberg
gefüllt sein.
Eine Rechnung, die entgegen vorstehender Regelung nicht elektronisch gestellt wird, begründet keinen Verzug nach § 286 Abs. 3 BGB.
- ☐ Die Rechnungsanschrift ergibt sich aus Anlage Nr. _____.

4.4 Preisanpassung

- ☒ Es wird eine Preisanpassung vereinbart:
- ☒ gemäß Ziffer 16.5 EVB-IT-Cloud-AGB:
- ☒ für den monatlichen Pauschalpreis gemäß Nummer 3.1 Position 1.
- ☐ für die folgenden weiteren Vergütungen: _____.
- ☐ gemäß Anlage Nr. _____.

Vertragsnummer/Kennung Auftraggeber 2026002573

Vertragsnummer/Kennung Auftragnehmer _____

5 Ergänzende Vereinbarungen bei Vergütung von Leistungen von Personen nach Aufwand

5.1 Vereinbarung der Preiskategorien bei Vergütung nach Aufwand durch auftragnehmerseitig eingesetztes Personal

Lfd. Nr.	Bezeichnung der Personalkategorie	Vergütung für Tätigkeiten innerhalb der Geschäftszeit		Zuschläge in Prozent auf die Vergütungssätze aus Spalten 3 und 4 für Tätigkeiten innerhalb nachfolgender Zeiten				
		Stunden-satz	Tagessatz	Arbeitstage Montag bis Freitag außerhalb der Geschäfts-zeit	Samstag		Sonn- und Feiertage am Erfüllungsort	
					von _____ bis _____	von _____ bis _____	von _____ bis _____	von _____ bis _____
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Kategorie 1				_____ %	_____ %	_____ %	_____ %	_____ %
Kategorie 2				_____ %	_____ %	_____ %	_____ %	_____ %
Kategorie 3				_____ %	_____ %	_____ %	_____ %	_____ %

Festlegung der Geschäftszeiten:

Arbeitstag	Geschäftszeit			
Montag bis Donnerstag	von		bis	Uhr
Freitag	von		bis	Uhr

- ☐ weitere Vereinbarungen (z.B. zu Reisekosten abweichend von Ziffer 16.2.1 EVB-IT Cloud-AGB) gemäß Anlage Nr. _____.

5.2 Abweichende Regelungen für die Bestimmung und Vergütung von Personentagessätzen

- ☐ Abweichend von Ziffer 16.2.3 Satz 2 EVB-IT Cloud-AGB können bei entsprechendem Nachweis für einen Personentag bis zu 10 Stunden abgerechnet werden.
- ☐ Abweichend von Ziffer 16.2.3 Sätze 2 und 3 EVB-IT Cloud-AGB kann ein voller Tagessatz nur in Rechnung gestellt werden, wenn mindestens 10 Stunden geleistet wurden. Werden weniger als 10 Zeitstunden pro Tag geleistet, sind diese anteilig in Rechnung zu stellen.
- ☐ weitere Vereinbarungen gemäß Anlage Nr. _____.

5.3 Besondere Bestimmungen zur Vergütung nach Aufwand

- ☐ Abweichend von Ziffer 16.2.1 EVB-IT Cloud-AGB werden Nebenkosten/Reisekosten/Reisezeiten/Materialkosten gemäß Anlage Nr. _____ vergütet.
- ☐ Weitere besondere Bestimmungen zur Vergütung nach Aufwand sind in Anlage Nr. _____ vereinbart.

6 Abweichende Haftungsregelungen

- ☐ Abweichend von Ziffer 19.1 EVB-IT Cloud-AGB gelten für die Haftung bei leicht fahrlässigen Pflichtverletzungen die Regelungen gemäß Anlage Nr. _____.
- ☐ Abweichend von Ziffer 19.2 EVB-IT Cloud-AGB haftet der Auftragnehmer auch für entgangenen Gewinn.

Vertragsnummer/Kennung Auftraggeber 2026002573

Vertragsnummer/Kennung Auftragnehmer _____

7 Beauftragte und Ansprechpartner**7.1 Beauftragte des Auftragnehmers (Name, Mailadresse)**

- ☒ Informationssicherheit: Informationssicherheit@stadt.nuernberg.de
- ☒ Datenschutz: Datenschutzbeauftragter@stadt.nuernberg.de
- ☐ Geheimschutz: _____.

7.2 Ansprechpartner für Fragen zum Vertrag (Name, Mailadresse)beim Auftragnehmer N.N.

beim Auftraggeber XXX@stadt.nuernberg.de ; 0911 231-XXX

8 Weitere Regelungen**8.1 Besondere Anforderungen an Mitarbeiter des Auftragnehmers**

- ☐ Für die Aufgaben gemäß Anlage Nr. _____ ist nur Personal einzusetzen, welches bereit ist, sich aufgrund des Verpflichtungsgesetzes verpflichten zu lassen.
- ☐ Mindestanforderungen an das einzusetzende Personal des Auftragnehmers (z.B. Sicherheitsüberprüfung nach SÜG) ergeben sich aus Anlage Nr. _____.

8.2 Allgemeine Sicherheitsanforderungen

Der Auftragnehmer verpflichtet sich für die Laufzeit des Vertrages

- ☒ bei der Erbringung der vertraglichen Leistungen die Regelungen zur IT-Sicherheit gemäß Anlage Nr. 1 (Leistungsbeschreibung – Anlage 1) zu beachten.
- ☐ der Geheimschutzbetreuung gemäß Anlage Nr. _____ zu unterstellen.
- ☐ die Regelungen des Auftraggebers zur Sicherheit am Einsatzort gemäß Anlage Nr. _____ zu beachten.
- ☐ folgende weitere Regelungen einzuhalten: _____.

8.3 Prüfrechte

- ☒ Ergänzend zu Ziffer 6.4 EVB-IT Cloud-AGB und unbeschadet der gesetzlichen Regelungen, sind nicht nur der Auftraggeber und vom Auftraggeber zur Berufsverschwiegenheit verpflichtete Prüfungsgesellschaften, sondern auch
 - ☒ die Aufsichtsorgane des Auftraggebers
 - ☐ das BSI
 - ☐ folgende von ihm benannte Prüfer _____zur Prüfung der Einhaltung der Maßnahmen berechtigt. Der Auftragnehmer gewährt die dafür notwendigen Zutritts-, Einsichts- und Auskunftsrechte und unterstützt im erforderlichen Ausmaß.
- ☒ Ergänzend zu bzw. abweichend von Ziffer 6.4 EVB-IT Cloud-AGB ergeben sich Regelungen zu Prüfrechten aus Anlage Nr. 1.

8.4 Unterauftragnehmer

- ☒ In Bezug auf den Einsatz von Unterauftragnehmern gilt anstelle von Ziffer 15.1 EVB-IT Cloud-AGB die Ziffer 15.3 EVB-IT Cloud-AGB.

8.5 Vertraulichkeit

- ☐ Ergänzend zu bzw. abweichend von Ziffer 6.3 EVB-IT Cloud-AGB ergeben sich Regelungen zur Vertraulichkeit aus Anlage Nr. _____.

8.6 Haftpflichtversicherung

- ☐ Der Nachweis einer Haftpflichtversicherung gemäß Ziffer 21 EVB-IT Cloud-AGB wird vereinbart.

9 Sonstige Vereinbarungen

- ☐ Sonstige Vereinbarungen: _____
- ☐ Die sonstigen Vereinbarungen ergeben sich aus Anlage Nr. _____.

Vereinbarung über Auftragsverarbeitung



Zwischen der

Stadt Nürnberg

vertreten durch den Oberbürgermeister

dieser vertreten durch

Dienststelle

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

- nachfolgend: „Verantwortlicher“ -

und

Firma bzw. Name

ggf. vertreten durch

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

- nachfolgend: „Auftragsverarbeiter“ -

- beide nachfolgend gemeinsam: „Vertragsparteien“ -

wird die folgende Vereinbarung über Auftragsverarbeitung gemäß Art. 28 DSGVO (kurz: **AVV**)
zum/zur

*ggf. Angabe zum Hauptvertrag/Auftrag
(falls nicht vorhanden, einfach leer lassen)*

geschlossen:

Präambel

Die Vertragsparteien sind ein Auftragsverhältnis eingegangen. Um die sich aus den Hauptvertrag/Auftrag ergebenden Rechte und Pflichten gemäß den Vorgaben der europäischen Datenschutz-Grundverordnung (Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG – DSGVO), des Bayerischen Datenschutzgesetzes (BayDSG) und des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) zu konkretisieren, schließen die Vertragsparteien die nachfolgende Vereinbarung.

§ 1 Anwendungsbereich

Die Vereinbarung findet Anwendung auf die Erhebung, Verarbeitung und Löschung (im Folgenden: Verarbeitung) aller personenbezogener Daten (im Folgenden: Daten), die Gegenstand des Hauptvertrags/Auftrags sind oder im Rahmen von dessen Durchführung anfallen oder dem Auftragsverarbeiter bekannt werden. Nicht unter den Anwendungsbereich fallen Daten von Mitarbeitern des Auftragsverarbeiters, soweit sie ausschließlich das Beschäftigungsverhältnis mit dem Auftragsverarbeiter betreffen.

§ 2 Konkretisierung des Auftragsinhalts

- (1) ☐ Gegenstand, Umfang, Art und Zweck der vorgesehenen Verarbeitung von Daten bestimmen sich nach dem Hauptvertrag/Auftrag.
- ☐ Gegenstand, Umfang, Art und Zweck der vorgesehenen Verarbeitung von Daten sind:

Gegenstand, Umfang, Art und Zweck der Datenverarbeitung

- (2) Folgende Datenarten oder -kategorien sind Gegenstand der Verarbeitung durch den Auftragsverarbeiter:

»

Beschreibung der Datenarten / -kategorien

(z. B. Personaldaten, Stammdaten, Kontaktdaten; NICHT: einzelne Datenfelder!)

- (3) Der Kreis der durch den Umgang mit ihren Daten betroffenen Personen

☐ ist

konkret beschrieben¹.

☐ umfasst die folgenden Personengruppe(n):

»

Beschreibung der Personengruppen
(z. B. Beschäftigte, Bürger, Nutzer)

§ 3 Verantwortlichkeit und Weisungsbefugnis

- (1) Die Vertragsparteien sind für die Einhaltung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen verantwortlich. Der Verantwortliche kann jederzeit die Herausgabe, Berichtigung, Anpassung, Löschung und Einschränkung der Verarbeitung der Daten verlangen. Der Auftragsverarbeiter erwirbt durch diesen Vertrag keine Rechte an den in seinen Besitz gelangenden Daten.
- (2) Zur Gewährleistung des Schutzes der Rechte der betroffenen Personen unterstützt der Auftragsverarbeiter den Verantwortlichen angemessen, insbesondere durch die Gewährleistung geeigneter technischer und organisatorischer Maßnahmen.
- (3) Soweit sich eine betroffene Person zwecks Geltendmachung eines Betroffenenrechts unmittelbar an den Auftragsverarbeiter wendet, wird der Auftragsverarbeiter dieses Ersuchen unverzüglich an den Verantwortlichen weiterleiten.
- (4) Der Auftragsverarbeiter darf Daten ausschließlich im Rahmen der Weisungen des Verantwortlichen verarbeiten, sofern er nicht zu einer anderen Verarbeitung durch das Recht der Union oder des Mitgliedstaates, dem der Auftragsverarbeiter unterliegt, hierzu verpflichtet ist (z. B. Ermittlungen von Strafverfolgungs- oder Staatsschutzbehörden); in einem solchen Fall teilt der Auftragsverarbeiter dem Verantwortlichen diese rechtlichen Anforderungen vor der Verarbeitung mit, sofern das betreffende Recht eine solche Mitteilung nicht wegen eines wichtigen öffentlichen Interesses verbietet (Art. 28 Abs. 3 Satz 2 lit. a DSGVO). Eine Weisung ist die auf einen bestimmten Umgang des Auftragsverarbeiters mit Daten gerichtete schriftliche, elektronische oder mündliche Anordnung des Verantwortlichen. Die Anordnungen sind zu dokumentieren. Die Weisungen werden zunächst durch die Leistungsvereinbarung definiert und können von dem Verantwortlichen danach in dokumentierter Form durch eine einzelne Weisung geändert, ergänzt oder ersetzt werden.
- (5) Der Auftragsverarbeiter hat den Verantwortlichen unverzüglich zu informieren, wenn er der Meinung ist, eine Weisung verstoße gegen datenschutzrechtliche Vorschriften. Der Auftragsverarbeiter ist berechtigt, die Durchführung der entsprechenden Weisung solange auszusetzen, bis sie von Seiten des Verantwortlichen bestätigt oder geändert wird.

Die weisungsberechtigten Personen auf Seiten des Verantwortlichen sowie die zum Empfang der Weisungen berechtigten Personen auf Seiten des Auftragsverarbeiters sowie die vorgesehenen Informationswege sind im Anhang Kommunikation festgelegt.

¹ Sind die von der Auftragsverarbeitung betroffenen Personengruppen (z. B. Beschäftigte, Bürger, Kunden) im Hauptvertrag/Auftrag, in der Leistungsbeschreibung oder einem anderen Dokument konkret angegeben, bitte dieses Dokument hier angeben, zusammen mit der genauen Fundstelle (z. B. Ziffer XY, § Z)

- (6) Änderungen des Verarbeitungsgegenstandes mit Verfahrensänderungen sind gemeinsam abzustimmen und zu dokumentieren. Auskünfte an Dritte oder die betroffene Person darf der Auftragsverarbeiter nur nach vorheriger ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung durch den Verantwortlichen erteilen. Der Auftragsverarbeiter verwendet die Daten für keine anderen Zwecke und ist insbesondere nicht berechtigt, sie an Dritte weiterzugeben. Kopien und Duplikate werden ohne Wissen des Verantwortlichen nicht erstellt.
- (7) Der Verantwortliche führt das Verzeichnis von Verarbeitungstätigkeiten i.S.d. Art. 30 Abs. 1 DSGVO. Der Auftragsverarbeiter stellt dem Verantwortlichen auf dessen Wunsch Informationen zur Aufnahme in das Verzeichnis zur Verfügung. Der Auftragsverarbeiter führt entsprechend den Vorgaben des Art. 30 Abs. 2 DSGVO ein Verzeichnis zu allen Kategorien von im Auftrag des Verantwortlichen durchgeführten Tätigkeiten der Verarbeitung.
- (8) Die Verarbeitung der Daten im Auftrag des Verantwortlichen findet ausschließlich auf dem Gebiet der Europäischen Union (EU) oder eines Vertragsstaats des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) statt.

Eine Verarbeitung außerhalb der EU bzw. des EWR ist nur zulässig, wenn sichergestellt ist, dass unter Berücksichtigung der Voraussetzungen des Kapitels V der DSGVO das durch die DSGVO gewährleistete Schutzniveau nicht unterlaufen wird und bedarf der vorherigen ausdrücklichen schriftlichen Zustimmung des Verantwortlichen. Die grundlegenden Voraussetzungen für die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung bleiben unberührt.

- (9) Der Auftragsverarbeiter stellt sicher, dass ihm unterstellte natürliche Personen, die Zugang zu Daten haben, diese nur auf Anweisung des Verantwortlichen verarbeiten. Eine Verarbeitung von Daten außerhalb der Betriebsräume des Auftragsverarbeiters (z. B. Telearbeit, Heimarbeit, Home-Office, mobiles Arbeiten) bedarf der vorherigen ausdrücklichen schriftlichen Zustimmung des Verantwortlichen, die erst nach Festlegung angemessener technischer und organisatorischer Maßnahmen für die Verarbeitungssituation erteilt werden kann.

§ 4 Pflichten des Auftragsverarbeiters

- (1) Der Auftragsverarbeiter stellt sicher, dass sich die zur Verarbeitung der Daten befugten Personen zur Vertraulichkeit verpflichtet haben oder einer angemessenen gesetzlichen Verschwiegenheitspflicht unterliegen und weist dies dem Verantwortlichen auf Wunsch nach. Dies umfasst auch die Belehrung über die datenschutzrechtlichen Bestimmungen und Vorgaben sowie die in diesem Auftragsverarbeitungsverhältnis bestehende Weisungs- und Zweckbindung. Es wird ausschließlich Personal eingesetzt, das über ausreichende Sachkunde für die ordnungsgemäße Abwicklung der Aufgaben verfügt.
- (2) Die Vertragsparteien unterstützen sich gegenseitig beim Nachweis und der Dokumentation der ihnen obliegenden Rechenschaftspflicht im Hinblick auf die Grundsätze ordnungsgemäßer Datenverarbeitung einschließlich der Umsetzung der notwendigen technischen und organisatorischen Maßnahmen (Art. 5 Abs. 2, Art. 24 Abs. 1 DSGVO). Der Auftragsverarbeiter stellt dem Verantwortlichen hierzu bei Bedarf entsprechende Informationen zur Verfügung.
- (3) Der Auftragsverarbeiter hat eine/n Datenschutzbeauftragte/n zu benennen, die/der ihre/seine Tätigkeit entsprechend den gesetzlichen Vorschriften ausübt. Die Kontaktdaten der/des Datenschutzbeauftragten sind dem Verantwortlichen zum Zwecke der direkten Kontaktaufnahme mitzuteilen (→ Anhang Kommunikation).
- (4) Der Auftragsverarbeiter informiert den Verantwortlichen unverzüglich über Kontrollen und Maßnahmen durch die Aufsichtsbehörden oder falls eine Aufsichtsbehörde im Rahmen ihrer

Zuständigkeit bei dem Auftragsverarbeiter anfragt, ermittelt oder sonstige Erkundigungen einzieht.

- (5) Der Auftragsverarbeiter verpflichtet sich zur vertraulichen Behandlung aller Kenntnisse über den Verantwortlichen sowie die verarbeiteten Daten. Diese Verpflichtung bleibt auch nach Beendigung dieser Vereinbarung bestehen.
- (6) Darüber hinaus verpflichtet sich der Auftragsverarbeiter dazu, die folgenden, dem Verantwortlichen obliegenden besonderen Geheimhaltungspflichten zu beachten:

»

*Optional: Angabe von besonderen Geheimhaltungspflichten
(z. B. Sozialgeheimnis, Bankgeheimnis)*

Diese Verpflichtung gilt auch über das Ende des Vertragsverhältnisses hinaus fort.

§ 5 Technisch-organisatorische Maßnahmen und deren Kontrolle

- (1) Die Vertragsparteien vereinbaren die in dem Anhang Technisch-organisatorische Maßnahmen (TOM) zu dieser Vereinbarung niedergelegten konkreten technischen und organisatorischen Sicherheitsmaßnahmen. Der Anhang ist Gegenstand dieser Vereinbarung.
- (2) Technische und organisatorische Maßnahmen unterliegen dem technischen Fortschritt. Insofern ist es dem Auftragsverarbeiter gestattet, alternative adäquate Maßnahmen umzusetzen. Dabei darf das Sicherheitsniveau der im Anhang Technisch-organisatorische Maßnahmen (TOM) festgelegten Maßnahmen nicht unterschritten werden. Wesentliche Änderungen sind zu dokumentieren und dem Verantwortlichen mitzuteilen.
- (3) Der Auftragsverarbeiter wird dem Verantwortlichen alle erforderlichen Informationen zur Verfügung stellen, die zum Nachweis der Einhaltung der in dieser Vereinbarung getroffenen und der gesetzlichen Vorgaben erforderlich sind. Er wird insbesondere Überprüfungen / Inspektionen, die vom Verantwortlichen oder einem anderen von diesem beauftragten Prüfer durchgeführt werden, ermöglichen und deren Durchführung unterstützen. Der Nachweis der Umsetzung solcher Maßnahmen, die nicht nur den konkreten Auftrag betreffen, kann dabei auch durch Vorlage eines aktuellen Testats, von Berichten hinreichend qualifizierter und unabhängiger Instanzen (z.B. Wirtschaftsprüfer, unabhängige Datenschutzauditoren), durch die Einhaltung genehmigter Verhaltensregeln nach Art. 40 DSGVO, einer Zertifizierung nach Art. 42 DSGVO oder einer geeigneten Zertifizierung durch IT-Sicherheits- oder Datenschutzaudit (z.B. nach BSI-Grundschutz) erbracht werden. Der Auftragsverarbeiter verpflichtet sich, den Verantwortlichen über den Ausschluss von genehmigten Verhaltensregeln gemäß Art. 41 Abs. 4 DSGVO, den Widerruf einer Zertifizierung gemäß Art. 42 Abs. 7 und jede andere Form der Aufhebung oder wesentlichen Änderung der vorgenannten Nachweise unverzüglich zu unterrichten.
- (4) Der Verantwortliche kann sich jederzeit zu Prüfzwecken in den Betriebsstätten des Auftragsverarbeiters zu den üblichen Geschäftszeiten ohne Störung des Betriebsablaufs von der Angemessenheit der Maßnahmen zur Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben oder der zur Durchführung dieses Vertrages erforderlichen technischen und organisatorischen Erfordernisse überzeugen.
- (5) Der Auftragsverarbeiter stellt dem Verantwortlichen darüber hinaus alle erforderlichen Informationen zur Verfügung, die er für die Prüfungen nach Absatz 4 sowie für eine Abschätzung

der Folgen der vorgesehenen Verarbeitungsvorgänge für den Schutz der Daten (Datenschutz-Folgenabschätzung i.S.d. Art. 35 DSGVO) benötigt.

- (6) Der Auftragsverarbeiter hat im Benehmen mit dem Verantwortlichen alle erforderlichen Maßnahmen zur Sicherung der Daten bzw. der Sicherheit der Verarbeitung, insbesondere auch unter Berücksichtigung des Stands der Technik, sowie zur Minderung möglicher nachteiliger Folgen für Betroffene zu ergreifen.
- (7) Der Verantwortliche ist verpflichtet, alle im Rahmen des Vertragsverhältnisses erlangten Kenntnisse von Geschäftsgeheimnissen und Datensicherheitsmaßnahmen des Auftragnehmers vertraulich zu behandeln. Diese Verpflichtung gilt auch über das Ende des Vertragsverhältnisses hinaus fort.

§ 6 Mitteilung bei Verstößen durch den Auftragsverarbeiter

Der Auftragsverarbeiter unterrichtet den Verantwortlichen umgehend bei schwerwiegenden Störungen seines Betriebsablaufes, bei Verdacht auf Verstößen gegen diese Vereinbarung sowie gesetzliche Datenschutzbestimmungen sowie bei Verstößen gegen solche Bestimmungen oder anderen Unregelmäßigkeiten bei der Verarbeitung der Daten des Verantwortlichen. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die Meldepflicht nach Art. 33 Abs. 2 DSGVO sowie auf korrespondierende Pflichten des Verantwortlichen nach Art. 33 und Art. 34 DSGVO. Der Auftragsverarbeiter sichert zu, den Verantwortlichen erforderlichenfalls bei seinen Pflichten nach Art. 33 und 34 DSGVO angemessen zu unterstützen. Meldungen nach Art. 33 oder 34 DSGVO für den Verantwortlichen darf der Auftragsverarbeiter nur nach vorheriger Weisung gemäß § 3 dieser Vereinbarung durchführen.

§ 7 Löschung und Rückgabe von Daten

- (1) Überlassene Datenträger und Datensätze verbleiben im Eigentum des Verantwortlichen.
- (2) Nach Abschluss der vertraglich vereinbarten Leistungen oder früher nach Aufforderung durch den Verantwortlichen, jedoch spätestens mit Beendigung des Hauptvertrags/Auftrags, hat der Auftragsverarbeiter sämtliche in seinen Besitz gelangte Unterlagen, erstellte Verarbeitungs- und Nutzungsergebnisse sowie Datenbestände (wie auch hiervon gefertigte Kopien oder Reproduktionen), die im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis stehen, dem Verantwortlichen auszuhändigen oder nach vorheriger Zustimmung des Verantwortlichen datenschutzgerecht zu vernichten. Gleiches gilt für Test- und Ausschussmaterial. Ein Löschungsprotokoll ist dem Verantwortlichen auf Anforderung vorzulegen.
- (3) Der Auftragsverarbeiter kann Dokumentationen, die dem Nachweis der auftrags- und ordnungsgemäßen Datenverarbeitung dienen, entsprechend der jeweiligen Aufbewahrungsfristen bis zu deren Ende auch über das Vertragsende hinaus aufbewahren. Alternativ kann er sie zu seiner Entlastung bei Vertragsende dem Verantwortlichen übergeben. Für die nach Satz 1 aufbewahrten Daten gelten nach Ende der Aufbewahrungsfrist die Pflichten nach Absatz 2.

§ 8 Unterauftragnehmer

- (1) Der Auftragsverarbeiter darf weitere Auftragsverarbeiter (Unterauftragnehmer) nur mit vorheriger ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung des Verantwortlichen in Anspruch nehmen.

- ☐ Die zur Erfüllung dieses Vertrages hinzugezogenen Unterauftragnehmer sind

im Anhang Unterauftragnehmer

im Einzelnen bezeichnet. Mit deren Beauftragung erklärt sich der Verantwortliche einverstanden.

- ☐ Der Auftragsverarbeiter setzt keine Unterauftragnehmer ein. Sofern künftig Unterauftragnehmer eingesetzt werden sollen, gilt die nachfolgende Regelung.

Sofern es sich um eine allgemeine schriftliche Genehmigung handelt, informiert der Auftragsverarbeiter den Verantwortlichen unverzüglich über jede beabsichtigte Änderung in Bezug auf die Hinzuziehung oder die Ersetzung von Subunternehmen. Der Verantwortliche kann gegen derartige Änderungen Einspruch erheben.

Nicht als Leistungen von Unterauftragnehmern im Sinne dieser Regelung gelten Dienstleistungen, die der Auftragsverarbeiter bei Dritten als Nebenleistung zur Unterstützung der Auftragsdurchführung in Anspruch nimmt, beispielsweise Telekommunikationsdienstleistungen. Der Auftragsverarbeiter ist jedoch verpflichtet, zur Gewährleistung des Schutzes und der Sicherheit der Daten des Verantwortlichen auch bei fremd vergebenen Nebenleistungen angemessene und gesetzeskonforme vertragliche Vereinbarungen zu treffen sowie Kontrollmaßnahmen zu ergreifen.

- (2) Wenn Unterauftragnehmer durch den Auftragsverarbeiter eingeschaltet werden, hat der Auftragsverarbeiter sicherzustellen, dass seine vertraglichen Vereinbarungen mit dem Unterauftragnehmer so gestaltet sind, dass das Datenschutzniveau mindestens der Vereinbarung zwischen dem Verantwortlichen und dem Auftragsverarbeiter entspricht und alle vertraglichen und gesetzlichen Vorgaben beachtet werden; dies gilt insbesondere auch im Hinblick auf den Einsatz geeigneter technischer und organisatorischer Maßnahmen zur Gewährleistung eines angemessenen Sicherheitsniveaus der Verarbeitung.
- (3) Dem Verantwortlichen sind in der vertraglichen Vereinbarung mit dem Unterauftragnehmer Kontroll- und Überprüfungsrechte entsprechend dieser Vereinbarung einzuräumen. Ebenso ist der Verantwortlichen berechtigt, auf schriftliche Anforderung vom Auftragsverarbeiter Auskunft über den Inhalt des mit dem Unterauftragnehmer geschlossenen Vertrages und die darin enthaltene Umsetzung der datenschutzrelevanten Verpflichtungen des Unterauftragnehmers zu erhalten.
- (4) Kommt der Unterauftragnehmer seinen datenschutzrechtlichen Verpflichtungen nicht nach, so haftet der Auftragsverarbeiter gegenüber dem Verantwortlichen für die Einhaltung der Pflichten des Unterauftragnehmers. Der Auftragsverarbeiter hat in diesem Falle auf Verlangen des Verantwortlichen die Beschäftigung des Unterauftragnehmers ganz oder teilweise zu beenden oder das Vertragsverhältnis mit dem Unterauftragnehmer zu lösen, wenn und soweit dies nicht unverhältnismäßig ist.

§ 9 Datenschutzkontrolle

Der Auftragsverarbeiter verpflichtet sich, der/dem Datenschutzbeauftragten des Verantwortlichen sowie der zuständigen Aufsichtsbehörde zur Erfüllung ihrer jeweiligen gesetzlichen zugewiesenen Aufgaben im Zusammenhang mit diesem Hauptauftrag/Auftrag jederzeit Zugang zu den üblichen Geschäftszeiten zu gewähren. Der Auftragsverarbeiter unterwirft sich zusätzlich zu der für ihn bestehenden gesetzlichen Datenschutzaufsicht der Kontrolle der für den Verantwortlichen bestehenden Datenschutzaufsicht und der Kontrolle durch die/den Datenschutzbeauftragten des Verantwortlichen mit Ausnahme der Bereiche, die keinerlei Bezug zur Auftragserfüllung haben. Er duldet insbesondere Betretungs-, Einsichts- und Fragerechte der Genannten. Er wird seine Mitarbeiter anweisen, mit den Genannten zu kooperieren, insbesondere deren Fragen wahrheitsgemäß und vollständig zu beantworten. Die nach Gesetz bestehenden Verschwiegenheitspflichten und Zeugnisverweigerungsrechte der Genannten bleiben davon unberührt.

§ 10 Laufzeit und Kündigung

- (1) Diese Vereinbarung wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.
- (2) Die ordentliche Kündigung dieser Vereinbarung ist ausgeschlossen. Die Vereinbarung endet automatisch mit Beendigung des zugrundeliegenden Hauptvertrags/Auftrags, soweit im Hauptvertrag/Auftrag oder in einzelnen Regelungen dieses AVV nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist.
- (3) Der Auftraggeber und der Auftragnehmer können den Vertrag jederzeit fristlos und außerordentlich kündigen, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn ein schwerwiegender Verstoß
 - ✓ gegen die Bestimmungen dieses Vertrages und die Mindestanforderungen des Verantwortlichen (A-Kriterien des Leistungsverzeichnisses) oder
 - ✓ gegen die Bestimmungen der DSGVO, des BayDSG oder anderweitiger Datenschutzvorschriften

vorliegt oder wenn die Einhaltung dieses Vertrages oder der gesetzlichen Bestimmungen trotz Abmahnung durch die andere Vertragspartei nicht mehr ausreichend erscheint.

§ 11 Vertragsstrafe

Für Verstöße des Auftragsverarbeiters gegen die Regelungen dieser Vereinbarung wird eine Vertragsstrafe in Höhe von²

--- €

Betrag in Euro

vereinbart.

² wenn keine Vertragsstrafe vereinbart werden soll, einfach leer lassen.

§ 12 Sonstiges

- (1) Sollte Eigentum des Auftraggebers beim Auftragnehmer durch Maßnahmen Dritter, etwa durch Pfändung, durch ein Konkurs- oder Vergleichsverfahren oder durch sonstige Ereignisse gefährdet werden, so hat der Auftragnehmer den Auftraggeber unverzüglich zu verständigen. Alle Kundendaten sind in diesem Zusammenhang rechtzeitig vor Eintritt dieser Maßnahmen von den betroffenen Systemen zu entfernen.
- (2) Die Einrede des Zurückbehaltungsrechts i.S.v. § 273 BGB wird hinsichtlich der verarbeiteten Daten und der zugehörigen Datenträger ausgeschlossen.

§ 13 Gerichtsstand und Schlussbestimmungen

- (1) Gerichtsstand ist, soweit im Hauptvertrag/Auftrag nichts Abweichendes geregelt ist, Nürnberg.
- (2) Änderungen und Ergänzungen dieser Anlage und aller ihrer Bestandteile – einschließlich etwaiger Zusicherungen des Auftragsverarbeiters – bedürfen einer schriftlichen Vereinbarung und des ausdrücklichen Hinweises darauf, dass es sich um eine Änderung bzw. Ergänzung dieser Bedingungen handelt. Dies gilt auch für den Verzicht auf dieses Formerfordernis.
- (3) Sollten einzelne Regelungen dieser Vereinbarung unwirksam oder undurchführbar sein, wird davon die Wirksamkeit der übrigen Regelungen nicht berührt. An die Stelle der unwirksamen oder undurchführbaren Regelung tritt diejenige wirksame und durchführbare Regelung, deren Wirkungen der Zielsetzung am nächsten kommt, die die Vertragsparteien mit der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung verfolgt haben. Die vorstehenden Bestimmungen gelten entsprechend für den Fall, dass sich die Vereinbarung als lückenhaft erweist.

Nürnberg, den

Datum, Ort

i.A.

Unterschrift Verantwortlicher

Name, Vorname, Funktion

Datum, Ort

Unterschrift Auftragsverarbeiter

Name, Vorname, Funktion

Anhang: Anhang Kommunikation
Anhang Technisch-organisatorische Maßnahmen (TOM)
Anhang Unterauftragnehmer

Anhang Kommunikation

zur Vereinbarung über Auftragsverarbeitung

Verantwortlicher	Auftragsverarbeiter
1. Datenschutzbeauftragter Herr Thomas Birk Theresienstraße 9 90403 Nürnberg Tel.: 0911 231-5115 E-Mail: datenschutz@stadt.nuernberg.de Vorrangiger Kommunikationsweg: <input checked="" type="checkbox"/> E-Mail <input type="checkbox"/> Post <input type="checkbox"/> Fax <input type="checkbox"/> Telefon	1. Datenschutzbeauftragter [Name] [Adresse] Tel.: [...] E-Mail: [...] Vorrangiger Kommunikationsweg: <input type="checkbox"/> E-Mail <input type="checkbox"/> Post <input type="checkbox"/> Fax <input type="checkbox"/> Telefon
2. Operativer und fachlicher Ansprechpartner und dessen Stellvertreter für die Auftragsverarbeitung <input type="checkbox"/> Ansprechpartner: [Name, Kontaktdaten] Stellvertreter: [Name, Kontaktdaten] <input type="checkbox"/> Ansprechpartner und stellvertretender Ansprechpartner ergeben sich aus dem Hauptvertrag Vorrangiger Kommunikationsweg jeweils: <input type="checkbox"/> E-Mail <input type="checkbox"/> Post <input type="checkbox"/> Fax <input type="checkbox"/> Telefon	2. Operativer und fachlicher Ansprechpartner und dessen Stellvertreter für die Auftragsverarbeitung <input type="checkbox"/> Ansprechpartner: [Name, Kontaktdaten] Stellvertreter: [Name, Kontaktdaten] <input type="checkbox"/> Ansprechpartner und stellvertretender Ansprechpartner ergeben sich aus dem Hauptvertrag Vorrangiger Kommunikationsweg jeweils: <input type="checkbox"/> E-Mail <input type="checkbox"/> Post <input type="checkbox"/> Fax <input type="checkbox"/> Telefon
3. Weisungsberechtigte Personen <input type="checkbox"/> Weisungsberechtigt sind die in Ziffer 2. genannten Ansprechpartner. <input type="checkbox"/> Weisungsberechtigt sind die im Hauptvertrag genannten Ansprechpartner. <input type="checkbox"/> Weisungsberechtigt sind die folgenden Personen: → [Name, Kontaktdaten] Vorrangiger Kommunikationsweg für die Erteilung von Weisungen ist: <input type="checkbox"/> E-Mail <input type="checkbox"/> Post <input type="checkbox"/> Fax <input type="checkbox"/> Ticketsystem nach dem Hauptvertrag	3. Weisungsempfänger <input type="checkbox"/> Weisungsempfänger sind die in Ziffer 2. genannten Ansprechpartner. <input type="checkbox"/> Weisungsempfänger sind die im Hauptvertrag genannten Ansprechpartner. <input type="checkbox"/> Weisungsempfänger sind die folgenden Personen: → [Name, Kontaktdaten]

Anhang Technisch-organisatorische Maßnahmen (TOM)

zur Vereinbarung über Auftragsverarbeitung

§ 1 Technische und organisatorische Sicherheitsmaßnahmen

Die Vertragspartner sind verpflichtet, geeignete technische und organisatorische Maßnahmen so durchzuführen, dass die Verarbeitung der Daten im Einklang mit den gesetzlichen Anforderungen erfolgt und der Schutz der Rechte der betroffenen Person in angemessener Form gewährleistet ist.

§ 2 Innerbehördliche oder innerbetriebliche Organisation des Auftragsverarbeiters

Der Auftragsverarbeiter wird seine innerbehördliche oder innerbetriebliche Organisation so gestalten, dass sie den besonderen Anforderungen des Datenschutzes gerecht wird. Dabei sind insbesondere Maßnahmen zu treffen, die je nach der Art der zu schützenden Daten oder Datenkategorien geeignet sind diesen Schutz zu gewährleisten.

§ 3 Konkretisierung der Einzelmaßnahmen

- (1) ☐ Die TOMs werden in der Anlage

des Auftragsverarbeiters dargestellt, auf die hier verwiesen wird.

- ☐ Im Einzelnen werden folgende Maßnahmen festgelegt, die der Umsetzung der Vorgaben des Art. 32 DSGVO dienen:

1. Vertraulichkeit	
Kriterium	Umgesetzte Maßnahmen
<u>Zutrittskontrolle</u> ✓ Unbefugten ist der Zutritt zu Datenverarbeitungsanlagen, mit denen personenbezogene Daten verarbeitet werden, zu verwehren. (Beispiele: Zutrittskontrollsystem, Ausweisleser, Schlüssel, Werkschutz, Videoüberwachung, Pforte)	✓
<u>Zugangskontrolle</u> ✓ Es ist zu verhindern, dass Datenverarbeitungssysteme von Unbefugten genutzt werden können. (Beispiele: Passwortschutz, Verschlüsselung, automatische Bildschirmsperre)	✓
<u>Zugriffskontrolle</u> ✓ Es ist zu gewährleisten, dass die zur Benutzung eines Datenverarbeitungssystems Berechtigten ausschließlich auf die ihrer Zugriffsberechtigung unterliegenden Daten zugreifen können, und dass personenbezogene Daten bei der Verarbeitung nicht unbefugt gelesen, kopiert, verändert oder gelöscht werden können. (Beispiele: Berechtigungskonzept nach dem Need-to-Know-Grundsatz, Protokollierung von Zugriffen, Verschlüsselung, datenschutzkonforme Vernichtung/Löschung)	✓

1. Vertraulichkeit	
Kriterium	Umgesetzte Maßnahmen
<u>Trennungskontrolle</u> ✓ Es ist sicherzustellen, dass zu unterschiedlichen Zwecken verarbeitete Daten voneinander getrennt verarbeitet werden. <i>(Beispiele: Mandantentrennung (logisch oder physisch), Festlegung von Datenbankrechten, Trennung von Produktiv- und Testsystemen)</i>	✓
<u>Pseudonymisierung</u> ✓ Es ist sicherzustellen, dass Daten ohne Hinzuziehen zusätzlicher Informationen nicht mehr einer bestimmten Person zugeordnet werden können (sofern umsetzbar).	✓
2. Integrität	
Kriterium	Umgesetzte Maßnahmen
<u>Weitergabekontrolle</u> ✓ Es ist zu gewährleisten, dass personenbezogene Daten bei der elektronischen Übermittlung oder beim physischen Transport nicht unbefugt gelesen, kopiert, verändert oder gelöscht werden können. <i>(Beispiele: E-Mail-Verschlüsselung, Einsatz von VPN, Protokollierung von Zugriffen, sichere Transportbehälter, Dokumentation der Empfänger, Anonymisierung/Pseudonymisierung vor Übermittlung)</i>	✓
<u>Eingabekontrolle</u> ✓ Es ist sicherzustellen, dass nachträglich festgestellt werden kann, ob und von wem welche Daten in Datenverarbeitungssysteme eingegeben, verändert oder gelöscht worden sind.	✓
3. Verfügbarkeit und Belastbarkeit	
Kriterium	Umgesetzte Maßnahmen
<u>Verfügbarkeitskontrolle</u> ✓ Personenbezogene Daten müssen gegen zufällige Zerstörung oder Verlust geschützt werden. <i>(Beispiele: Backup- und Recovery-Konzept, regelmäßige Datensicherung, Feuer- und Rauchmeldeanlagen, Serverraumüberwachung, USV, Videoüberwachung Serverraum, IT-Notfallplan, schnelle Wiederherstellbarkeit)</i>	✓
4. Verfahren zur regelmäßigen Überprüfung, Bewertung und Evaluierung	
Kriterium	Umgesetzte Maßnahmen
<u>Datenschutz-Management</u> <i>(Beispiele: Software-gestütztes Datenschutz-Management, zentrale Dokumentation relevanter Verfahrensanweisungen und Formulare, einschlägige Zertifizierungen, regelmäßige Datenschutz-Audits, Auftragnehmer-Audits, Datenschutzbeauftragter, formalisierter Prozess zur Bearbeitung von Betroffenenanfragen, Datenschutz-Schulungen)</i>	✓

4. Verfahren zur regelmäßigen Überprüfung, Bewertung und Evaluierung	
Kriterium	Umgesetzte Maßnahmen
<u>Incident-Response-Management</u> <i>(Beispiele: Einsatz von Firewall, Einsatz von Spam-Filtern, Einsatz von Virenscannern, Intrusion-Detection-System, Intrusion-Prevention-System, dokumentierter Prozess zu Erkennung und Meldung von Datenschutz- und IT-Sicherheits-Vorfällen)</i>	✓
<u>Datenschutzfreundliche Voreinstellungen</u> ✓ Es werden nicht mehr personenbezogene Daten erhoben, als für den jeweiligen Zweck erforderlich.	✓
<u>Auftragskontrolle</u> ✓ Sicherstellung, dass bei Einsatz externer Dienstleister die personenbezogenen Daten von diesen datenschutzkonform und nur entsprechend der Weisung des Auftraggebers verarbeitet werden. <i>(Beispiele: kritische Auswahl der Dienstleister nach Sorgfaltsgesichtspunkten, Prüfung der technisch-organisatorischen Maßnahmen vor Auftragserteilung, Abschluss von Auftragsverarbeitungsverträgen, schriftliche Weisungen an den Auftragsverarbeiter, Verpflichtung der Mitarbeiter des Auftragsverarbeiters auf die Vertraulichkeit, Vereinbarung wirksamer Kontrollrechte für den Auftraggeber)</i>	✓

- (2) Es ist ein Verfahren zu etablieren, das eine regelmäßige Überprüfung, Bewertung und Evaluierung der Wirksamkeit der zum Einsatz kommenden technischen und organisatorischen Maßnahmen durch die Vertragsparteien ermöglicht.

Anhang Unterauftragnehmer zur Vereinbarung über Auftragsverarbeitung

Der Auftragsverarbeiter setzt die nachfolgend angegebenen Unterauftragnehmer ein:

Name und Adresse des Dienstleisters	Gegenstand des Auftrags	Bei Sitz bzw. Datenverarbeitung in Drittland: Drittland benennen

**Ergänzende Vertragsbedingungen für IT-Dienstleistungen
– EVB-IT Dienstleistungs-AGB –**

Inhaltsangabe

1	Gegenstand des Vertrages	2
2	Zusammenarbeit der Vertragspartner / Ausschluss von Arbeitnehmerüberlassung und Scheinselbstständigkeit	2
3	Rechte an den Leistungsergebnissen	3
4	Erfindungen	5
5	Service- und Reaktionszeiten*	6
6	Dokumentations- und Berichtspflichten	6
7	Mitteilungspflichten des Auftragnehmers	6
8	Personal des Auftragnehmers, Unterauftragnehmer	6
9	Vergütung	7
10	Verzug/ Reaktionszeiten/ Vertragsstrafen	8
11	Schlechtleistung	9
12	Schutzrechte Dritter	9
13	Haftungsbeschränkung	9
14	Mitwirkung des Auftraggebers	10
15	Laufzeit und Kündigung	10
16	Pflichten nach Vertragsende	10
17	Änderung der Leistung nach Vertragsschluss	11
18	Haftpflchtversicherung	11
19	Datenschutz, Geheimhaltung und Sicherheit	11
20	Zurückbehaltungsrechte	12
21	Textform	12
22	Anwendbares Recht	12

Ergänzende Vertragsbedingungen für IT-Dienstleistungen
– EVB-IT Dienstleistungs-AGB –

1 Gegenstand des Vertrages

- 1.1 Gegenstand des Vertrages sind die dort vereinbarten Dienstleistungen des Auftragnehmers. Werkvertragliche Leistungen sind nicht Gegenstand des Vertrages.
- 1.2 Der Auftragnehmer schuldet eine sorgfältige Leistungserbringung, die dem zum Zeitpunkt der Leistungserbringung jeweils aktuellen Stand der Technik auf dem Gebiet der Beauftragung entspricht, soweit nichts anderes vereinbart ist. Die Leistung ist in deutscher Sprache zu erbringen, soweit nichts anderes vereinbart ist. Der Auftragnehmer ist zur Neutralität bei der Leistungserbringung verpflichtet.
- 1.3 Werden die Leistungen auf Abruf des Auftraggebers geschuldet und ist keine Mindestabnahme vereinbart, besteht kein Anspruch auf Abruf. Soweit kein Mindestvorlauf vereinbart ist, hat der Auftragnehmer unverzüglich nach Abruf mit der Leistung zu beginnen.
- 1.4 Der Auftragnehmer ist nicht zur rechtsgeschäftlichen Vertretung des Auftraggebers berechtigt, soweit nicht ausdrücklich etwas anderes vereinbart ist.
- 1.5 Der Auftragnehmer ist zur Erbringung der vereinbarten Leistungen mit Hilfe von automatisierten Verfahren nur dann berechtigt, wenn er im Angebot das zu verwendende Produkt benennt und gleichzeitig den Tatsachen entsprechend gewährleistet, dass dieses Produkt keine Kommunikationsfunktionen zu Dritten und keine andere, den Interessen des Auftraggebers zuwiderlaufende, Funktionalität aufweist. Insbesondere darf das Produkt keine Funktionalitäten zum Ausspähen von Daten enthalten, keine Informationen über die IT-Systeme des Auftraggebers, deren Daten, deren Lizenzierung oder das Benutzerverhalten an Dritte übermitteln, zu anderen Zwecken als für die Erbringung der Leistungen oder derart speichern, dass Dritte darauf Zugriff nehmen könnten. Die Auswechslung bzw. der Einsatz eines neuen Releases des Produktes bedarf der ausdrücklichen Einwilligung des Auftraggebers im Einzelfall. Der Auftraggeber wird einwilligen, wenn der Auftragnehmer in Bezug auf das neu einzusetzende Produkt die oben genannte Gewährleistung übernommen hat. Liegen zureichende tatsächliche Anhaltspunkte dafür vor, dass das Produkt den vorgenannten Anforderungen nicht entspricht und kann der Auftragnehmer diese nicht ausräumen, kann der Auftraggeber den Einsatz des Produktes untersagen.
- 1.6 Soweit der Auftragnehmer Leistungen an Hard- und/oder Software (einschließlich Firmware) erbringt, dürfen diese Leistungen weder die Integrität, Vertraulichkeit und Verfügbarkeit der ITK-Infrastruktur oder Teile davon gefährden, noch den Vertraulichkeits- oder Sicherheitsinteressen des Auftraggebers zuwiderlaufen durch

- ☐ unerwünschtes Absetzen/Ausleiten von Daten,
- ☐ unerwünschte Veränderung/Manipulation von Daten oder der Ablauflogik oder
- ☐ unerwünschtes Einleiten von Daten oder unerwünschte Funktionserweiterungen.

Unerwünscht ist eine mögliche Aktivität, wenn sie so weder vom Auftraggeber in seiner Leistungsbeschreibung oder im Rahmen der Leistungserbringung gefordert, noch vom Auftragnehmer unter konkreter Beschreibung der Aktivität und ihrer Funktionsweise angeboten, noch im Einzelfall vom Auftraggeber ausdrücklich autorisiert („opt-in“) wurde.

2 Zusammenarbeit der Vertragspartner / Ausschluss von Arbeitnehmerüberlassung und Scheinselbstständigkeit

- 2.1 Die Vertragspartner werden durch organisatorische Maßnahmen gewährleisten, dass die im Rahmen der Leistungserbringung eingesetzten Mitarbeiter des Auftragnehmers ausschließlich dessen Direktionsrecht und Disziplinargewalt unterstehen. Es erfolgt keine Eingliederung des zur Leistungserbringung eingesetzten Mitarbeiters des Auftragnehmers in die Organisation des Auftraggebers.
- 2.2 Beide Parteien benennen je einen verantwortlichen Ansprechpartner in Bezug auf sämtliche Belange im Zusammenhang mit dem Dienstvertrag. Der Auftraggeber wird Anforderungen an die zu erbringende Leistung ausschließlich dem vom Auftragnehmer benannten verantwortlichen Ansprechpartner

übermitteln und den übrigen vom Auftragnehmer eingesetzten Personen keine Weisungen erteilen. Die vom Auftragnehmer eingesetzten Personen treten in kein Arbeitsverhältnis zum Auftraggeber, auch soweit sie Leistungen in dessen Räumen erbringen.

- 2.3 Der Auftragnehmer bestimmt grundsätzlich Ort und Zeit der Leistung selbst. Jedoch sind zeitliche, räumliche und fachliche Anforderungen zu beachten, soweit sie sich aus der Leistungsbeschreibung ergeben oder in zwischen den Parteien abgestimmten Termin- oder Leistungsplänen enthalten oder zur Erreichung des Zwecks der Beauftragung erforderlich sind. Für die zur Erbringung der Leistungen notwendigen Arbeitsmittel ist der Auftragnehmer selbst verantwortlich, soweit nicht anders vereinbart.

- 2.4 Ist der Auftragnehmer eine natürliche Person und erbringt er die Leistungen in eigener Person, gilt Folgendes:

- ☐ Der Auftragnehmer wird im eigenen Namen und auf eigene Rechnung gegenüber dem Auftraggeber tätig. Er erklärt, rechtlich und wirtschaftlich selbstständig zu sein und insbesondere als Unternehmer in erheblichem Umfang für andere Vertragspartner tätig zu sein. Er verpflichtet sich diesbezügliche Änderungen während der Dauer des Dienstvertrages dem Auftraggeber unverzüglich mitzuteilen.
- ☐ Der Auftragnehmer ist selbst für seine Alters- und Krankheitsvorsorge verantwortlich.
- ☐ Der Auftragnehmer ist verpflichtet, geschuldete Umsatzsteuer ordnungsgemäß an das Finanzamt abzuführen sowie Vergütungen eigenständig und ordnungsgemäß zu versteuern.

3 Rechte an den Leistungsergebnissen

- 3.1 Soweit im Vertrag nichts anderes vereinbart ist, räumt der Auftragnehmer dem Auftraggeber jeweils zum Zeitpunkt der Erbringung der Leistung

- ☐ das nicht ausschließliche,
- ☐ örtlich unbeschränkte,
- ☐ in jeder beliebigen Umgebung (auch Systemumgebung) ausübbar,
- ☐ übertragbar,
- ☐ dauerhafte, unwiderrufliche und unkündbare,
- ☐ für nicht gewerbliche Zwecke unterlizenzierbare,
- ☐ für gewerbliche Zwecke an wie in §§ 99 bis 101 GWB definierte Auftraggeber unterlizenzierbare

Recht ein, die Leistungsergebnisse im Original oder in abgeänderter, übersetzter, bearbeiteter oder umgestalteter Form

- ☐ zu nutzen, das heißt insbesondere dauerhaft oder temporär zu speichern und zu laden, sie anzuzeigen und ablaufen zu lassen, auch soweit hierfür Vervielfältigungen notwendig werden,
- ☐ abzuändern, zu übersetzen, zu bearbeiten oder auf anderem Wege umzugestalten,
- ☐ auf einem beliebigen Medium oder in anderer Weise zu speichern, zu vervielfältigen, auszustellen, insbesondere nichtöffentlich oder öffentlich wiederzugeben, auch durch Senden, Bild-, Ton- und sonstige Informationsträger und Funksendungen, sowie öffentlich mit Ausnahme eines Quellcodes* zugänglich zu machen,
- ☐ in Datenbanken, Datennetzen und Online-Diensten einzusetzen, einschließlich des Rechts, die Leistungsergebnisse, den Nutzern der vorgenannten Datenbanken, Netze und Online-Dienste zur Recherche und zum Abruf mittels vom Auftraggeber gewählter Tools bzw. zum Herunterladen zur Verfügung zu stellen,
- ☐ durch Dritte nutzen und bearbeiten oder für den Auftraggeber betreiben zu lassen, nicht nur für eigene Zwecke zu nutzen, sondern auch zur Erbringung von Leistungen an Dritte einzusetzen,
- ☐ in körperlicher oder unkörperlicher Form zu verbreiten, jedoch gewerblich an nur an wie in §§ 99 bis 101 GWB definierte Auftraggeber.

Im Hinblick auf Software erstreckt sich das Nutzungsrecht auch auf deren Objekt- und Quellcode* und die zugehörigen Dokumentationen.

- 3.2 Macht der Auftraggeber von seinem Recht zur Übertragung des Nutzungsrechts an Leistungsergebnissen ganz oder teilweise Gebrauch oder überlässt er Dritten im Rahmen seines Unterlizenzierungs- oder Verbreitungsrechts die Nutzung, hat er seine vertraglichen Verpflichtungen bezüglich Inhalt und Umfang der Nutzungsrechte dem Dritten aufzuerlegen. Eine Haftung des Auftragnehmers gegenüber Dritten im Zusammenhang mit einer Unterlizenzierung oder Verbreitung ist ausgeschlossen.

Soweit der Auftraggeber seine Nutzungsrechte an den Dritten übertragen hat, ist er nicht mehr zur Nutzung berechtigt. Der Auftraggeber ist jedoch berechtigt, eine Kopie ausschließlich für Prüf- und Archivierungszwecke zu behalten und zu nutzen.

- 3.3 Das Nutzungsrecht bezieht sich auf die Leistungsergebnisse in allen Entwicklungs-, Zwischen- und Endstufen sowie auf sonstige für die Ausübung der Nutzungsrechte notwendige Materialien wie beispielsweise Analysen, Lasten- bzw. Pflichtenhefte, Konzepte und Beschreibungen.

- 3.4 Der Auftragnehmer wird dem Urheberrecht unterliegende, vorbestehende Werke (z.B. Softwareteile, Vorlagen, Konzepte oder Dokumentationen) nur dann in die Leistungsergebnisse integrieren, wenn er hierfür zuvor eine Zustimmung des Auftraggebers erhalten hat. Mit der Integration der vorbestehenden Werke erhält der Auftraggeber die Rechte gemäß Ziffer 3.1. Die Verbreitung und Unterlizenzierung von vorbestehenden Werken ist zu vergüten, wenn der Auftragnehmer bei Einholung der Zustimmung des Auftraggebers die Vergütung für die Einräumung dieser Rechte beziffert hat. Solange der Auftraggeber diese Rechte an den vorbestehenden Werken nicht ausübt, wird die Vergütung für deren Verbreitung oder Unterlizenzierung nicht fällig.

Soweit es sich bei dem vorbestehenden Werk um Software handelt, ist das Recht zur Bearbeitung hierfür ausgeschlossen, wenn die folgenden Voraussetzungen erfüllt sind:

- ☐ Der Auftragnehmer hat bei Einholung der Zustimmung des Auftraggebers mitgeteilt, dass er statt des Quellcodes* der vorbestehenden Werke nur deren Objektcode* überlassen werde und ihn darauf hingewiesen, dass er daran kein Bearbeitungsrecht erhält und der Auftragnehmer überlässt auch tatsächlich nur den Objektcode*.
- ☐ Der Auftragnehmer versetzt den Auftraggeber in die Lage, mit entsprechend qualifiziertem Personal aus den im Quellcode* überlassenen Teilen der Leistungsergebnisse und den nur im Objektcode* überlassenen vorbestehenden Werken die ausführbare Individualsoftware zu erzeugen.
- ☐ Es besteht kein gesetzliches Bearbeitungsrecht.

Für den Einsatz von Werkzeugen* gilt Ziffer 3.5.

Soweit es sich um Software handelt, ist die Verbreitung und Unterlizenzierung der vorbestehenden Werke nur zusammen mit den Leistungsergebnissen in der überlassenen oder in abgeänderter, übersetzter, bearbeiteter oder umgestalteter Form zulässig.

- 3.5 Für den Fall, dass der Auftragnehmer nicht am Markt erhältliche Werkzeuge* für die Erstellung der Leistungsergebnisse verwendet bzw. entwickelt hat und ohne diese Werkzeuge* die Bearbeitung und Umgestaltung der Leistungsergebnisse nicht oder nur mit unzumutbarem Aufwand möglich ist, übergibt er dem Auftraggeber ein Vervielfältigungsstück dieses Werkzeuges* spätestens zum Ende der Erbringung der entsprechenden Leistung und räumt ihm an diesem

- ☐ das nicht ausschließliche,
- ☐ örtlich unbeschränkte,
- ☐ in jeder beliebigen Umgebung (auch Systemumgebung) ausübbares,
- ☐ nur gemeinsam mit den Leistungsergebnissen, zu deren Bearbeitung bzw. Umgestaltung es dient, übertragbares,
- ☐ dauerhafte, unwiderrufliche und unkündbare

Recht ein, das Werkzeug* im Original ausschließlich zum Zwecke der Fehlerbeseitigung und Weiterentwicklung zur Bearbeitung und Umgestaltung der Leistungsergebnisse einzusetzen und hierfür das Werkzeug*

- ☐ zu nutzen, das heißt insbesondere, es dauerhaft oder temporär zu speichern und zu laden, es anzuzeigen und ablaufen zu lassen, auch soweit hierfür Vervielfältigungen notwendig werden,
- ☐ durch Dritte nutzen oder für den Auftraggeber betreiben zu lassen,
- ☐ nicht nur für eigene Zwecke zu nutzen, sondern auch zur Erbringung von Leistungen an Dritte einzusetzen.

Der Auftraggeber ist darüber hinaus berechtigt, ein weiteres Vervielfältigungsstück herzustellen und dieses gemeinsam mit den jeweiligen Leistungsergebnissen zu verbreiten und dem Dritten die Rechte aus dieser Ziffer 3.5 mit Ausnahme des Unterlizenzierungs-, Verbreitungs- und Vervielfältigungsrechts einzuräumen.

Statt des vom Auftragnehmer verwendeten Werkzeuges*, kann dieser dem Auftraggeber eine reduzierte Version dieses Werkzeuges* übergeben und ihm die in dieser Ziffer 3.5 aufgeführten Rechte daran einräumen, wenn damit die Leistungsergebnisse ebenso gut bearbeitet und umgestaltet werden können.

Der Auftragnehmer ist nicht zur Überlassung des Werkzeuges* verpflichtet, wenn er nachweisen kann, dass die Leistungsergebnisse mit einem am Markt erhältlichen anderen Werkzeug* ebenso gut bearbeitet und umgestaltet werden können, wie mit dem von ihm verwendeten Werkzeug* und er dem Auftraggeber die Bezugsquelle nennt.

- 3.6 Soweit nichts anderes vereinbart ist, wird der Auftragnehmer im Falle der Erstellung oder Bearbeitung von Software den jeweils aktuellen Stand dieser Software, einschließlich der Quellcodes* am Ende eines jeden Tages, an dem die Software verändert wurde, in einem vom Auftraggeber zur Verfügung gestellten Quellcoderepository abspeichern oder, soweit kein Quellcoderepository vereinbart ist, dem Auftraggeber auf einem anderen geeigneten Medium übergeben. Zum Quellcode* gehören die fachgerechte Kommentierung des Quellcodes* und Beschreibung der notwendigen Systemparameter sowie sonstige notwendige Informationen, die den Auftraggeber in die Lage versetzen, mit Fachpersonal den Quellcode* zu bearbeiten, um eine selbstständige Weiterentwicklung der vom Auftragnehmer erstellten Software vorzunehmen.
- 3.7 Soweit es sich bei den Leistungsergebnissen um Sachen handelt oder sich Leistungsergebnisse in Sachen verkörpern, überträgt der Auftragnehmer dem Auftraggeber das Eigentum an den Leistungsergebnissen.

4 Erfindungen

Soweit im Vertrag nichts anderes vereinbart ist, gilt für Erfindungen des Auftragnehmers, die anlässlich der Vertragserfüllung gemacht werden, folgende Regelung:

- ☐ Der Auftragnehmer kann über die Erfindung und die daraus fließenden und damit in Zusammenhang stehenden Rechte frei verfügen und die Erfindung als Patent oder Gebrauchsmuster anmelden. Der Auftragnehmer räumt dem Auftraggeber bereits hiermit unentgeltlich ein einfaches, nicht ausschließliches, übertragbares, unterlizenzierbares und dinglich wirkendes Nutzungsrecht an jetzt und in Zukunft angemeldeten oder erteilten Patenten und Gebrauchsmustern in Verbindung mit der Nutzung der von der Erfindung betroffenen Leistungsergebnisse ein. Soweit dies im Einzelfall nicht ausreichend ist, räumt der Auftragnehmer Nutzungsrechte in dem Umfang ein, der erforderlich ist, damit der Auftraggeber oder ein berechtigter Dritter die Rechte an den Leistungsergebnissen vertragsgemäß ausüben kann.
- ☐ Der Auftragnehmer hat auf seine Kosten sicherzustellen, dass die Ausübung der dem Auftraggeber zustehenden Nutzungsrechte an den Leistungsergebnissen weder durch ihn noch durch den Erfinder oder einen etwaigen Rechtsnachfolger beeinträchtigt werden kann. Insbesondere wird er zu diesem Zwecke etwaige Diensterfindungen in Anspruch nehmen.

5 Service- und Reaktionszeiten*

- 5.1 Sind keine Servicezeiten* vereinbart, gelten die Zeiträume von Montag bis Freitag von 8:00 Uhr bis 17:00 Uhr (mit Ausnahme der gesetzlichen Feiertage am vereinbarten Ort oder, soweit kein Ort vereinbart ist, beim Auftraggeber) als Servicezeiten*.
- 5.2 Sind keine Reaktionszeiten* vereinbart, ist mit den Leistungen unverzüglich nach Zugang der entsprechenden Meldung oder Eintritt des vereinbarten Ereignisses innerhalb der vereinbarten Servicezeiten* zu beginnen.
- 5.3 Hält der Auftragnehmer vereinbarte Reaktionszeiten* nicht ein, gerät er nach deren Überschreitung auch ohne Mahnung in Verzug, es sei denn, er hat die Fristüberschreitung nicht zu vertreten.

6 Dokumentations- und Berichtspflichten

- 6.1 Der Auftragnehmer dokumentiert die durchgeführten Leistungen zeitnah in angemessener Art und Weise, soweit nicht anders vereinbart, in deutscher Sprache in einem üblichen elektronischen Format und macht sie dem Auftraggeber mit Abschluss der Leistung zugänglich. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, zu jeder Zeit Einblick in den aktuellen Stand der Dokumentation zu gewähren.
- 6.2 Auf Verlangen erstattet der Auftragnehmer dem Auftraggeber während der Vertragsdauer Bericht über den Stand der Leistungen.

7 Mitteilungspflichten des Auftragnehmers

- 7.1 Der Auftragnehmer wird dem Auftraggeber unverzüglich mitteilen, wenn eine Vorgabe oder Forderung des Auftraggebers oder eine sich aus den vertraglichen Pflichten des Auftragnehmers ergebende Handlung in wesentlichem Umfang fehlerhaft, unvollständig, widersprüchlich oder nicht wie vereinbart ausführbar ist bzw. eine für den Auftraggeber wirtschaftlichere Lösung besteht. Sofern mit zumutbarem Aufwand möglich, hat er dem Auftraggeber gleichzeitig die ihm erkennbaren Folgen mitzuteilen. Er haftet für die Nichterfüllung dieser Pflichten aber dann nicht, wenn er diese Umstände anlässlich der Erbringung seiner Leistungen nicht hätte erkennen müssen.
Der Auftragnehmer ist nicht verpflichtet, Untersuchungen und Prüfungen vorzunehmen, die nicht für die Erbringung der Leistungen erforderlich sind. Im Übrigen bleiben die Pflichten des Auftragnehmers aus § 241 Abs. 2 BGB unberührt.
- 7.2 Sobald dem Auftragnehmer erkennbar ist, dass er die vereinbarten Termine oder Ausführungsfristen nicht einhalten kann, wird er dies dem Auftraggeber unverzüglich mitteilen.
- 7.3 Die vereinbarten Mitwirkungsleistungen des Auftraggebers müssen vom Auftragnehmer rechtzeitig angefordert werden.

8 Personal des Auftragnehmers, Unterauftragnehmer

- 8.1 Die zur Erbringung der Leistungen eingesetzten Personen müssen vereinbarungsgemäß, unabhängig davon jedoch mindestens dem Vertragszweck und der Aufgabenstellung entsprechend, qualifiziert sein. Unabhängig davon wird der Auftragnehmer gewährleisten, dass die für die Leistungserbringung vorgesehenen Mitarbeiter über die Qualifikation verfügen, die mindestens seinen diesbezüglichen Angaben sowie den Anforderungen des Auftraggebers im Vergabeverfahren entspricht. Soweit vereinbart, ist der Auftragnehmer verpflichtet, für die Erbringung von ggf. geschuldeten Leistungen vor Ort nur Personen einzusetzen, welche bereit sind, sich aufgrund des Verpflichtungsgesetzes verpflichten zu lassen. Die Kommunikation mit dem Auftraggeber erfolgt in deutscher Sprache, soweit nichts anderes vereinbart ist.
- 8.2 Der Auftragnehmer darf zur Leistungserbringung Unterauftragnehmer nur einsetzen oder eingesetzte Unterauftragnehmer nur auswechseln, wenn der Auftraggeber dem ausdrücklich zustimmt. Die Zustimmung kann nicht aus sachwidrigen Gründen verweigert werden. Die Einarbeitung des neuen Unterauftragnehmers erfolgt auf Kosten des Auftragnehmers. Für die im Angebot des Auftragnehmers benannten Unterauftragnehmer gilt die Zustimmung des Auftraggebers als erteilt.
- 8.3 Der Auftragnehmer darf zur Vertragserfüllung eingesetzte Personen

- ☐ in vereinbarten Schlüsselpositionen nur mit Einwilligung des Auftraggebers auswechseln; der Auftraggeber wird seine Einwilligung unverzüglich erklären, wenn die Ablösung zwingend erforderlich ist und der Auftragnehmer eine qualifizierte Ersatzperson anbietet. Zwingend erforderlich ist die Ablösung, wenn der weitere Einsatz unmöglich ist.
- ☐ die nicht auf Schlüsselpositionen eingesetzt sind, auch ohne Einwilligung des Auftraggebers, jedoch nur unter angemessener Berücksichtigung der Interessen des Auftraggebers, durch eine qualifizierte Ersatzperson auswechseln.

Die Ersatzperson gilt nur dann als qualifiziert, wenn sie mindestens über die vertraglich vorausgesetzte Eignung verfügt. Eine höhere Qualifikation der Ersatzperson begründet keinen Anspruch auf Erhöhung der Vergütung. Dies gilt insbesondere auch dann, wenn die Ersatzperson einer teureren Kategorie zuzuordnen wäre. Die durch den Austausch und die Einarbeitung der Ersatzperson entstehenden Kosten gehen zu Lasten des Auftragnehmers.

- 8.4 Der Auftraggeber kann mit Begründung den Austausch einer vom Auftragnehmer zur Vertragserfüllung eingesetzten Person verlangen, wenn diese mehr als unerheblich gegen vertragliche Pflichten verstoßen hat. In diesen Fällen gilt Ziffer 8.3 entsprechend.

9 Vergütung

- 9.1 Der Pauschal festpreis ist die einseitig nicht änderbare Gesamtvergütung, die für die Leistung geschuldet ist. Materialkosten, Reisezeiten, Reisekosten und Nebenkosten* sind im Pauschal festpreis enthalten. Nachforderungen durch den Auftragnehmer sind ausgeschlossen, soweit die Parteien keine Änderung der Leistungen vereinbaren.

- 9.2 Ist eine Vergütung nach Aufwand vereinbart, gilt Folgendes:

- 9.2.1 Es wird lediglich der Zeitaufwand vergütet. Reisezeiten, Reisekosten, Materialkosten und/oder Nebenkosten* werden entsprechend der vertraglichen Vereinbarung vergütet. Vom Auftraggeber zu vertretende Wartezeiten des Auftragnehmers werden wie Arbeitszeiten vergütet. Der Auftragnehmer muss sich jedoch das anrechnen lassen, was er durch die Nichterbringung seiner Leistung erspart oder durch anderweitige Verwendung seiner Dienste erwirbt oder zu erwerben böswillig unterlässt. Die Zahlung einer Vergütung nach Aufwand setzt vom Auftragnehmer unterschriebene Nachweise über die Leistungen und die weiteren geltend gemachten Kosten, z.B. entsprechend Muster 1 – Leistungsnachweis Dienstleistung - voraus.

- 9.2.2 Es werden nur die für die jeweilige Leistung vereinbarten bzw. abgerufenen Kategorien vergütet. Ist für eine Leistung keine bestimmte Kategorie vereinbart, werden nur die Kategorien vergütet, die zur Erfüllung erforderlich sind. Satz 1 und 2 gelten auch dann, wenn die Leistung durch eine Person erbracht wird, die einer teureren als der erforderlichen Kategorie zuzuordnen ist.

- 9.2.3 Ist bei Vergütung nach Aufwand eine Obergrenze vereinbart, teilt der Auftragnehmer dem Auftraggeber jeweils unaufgefordert den Bearbeitungsstand und den voraussichtlichen Restaufwand mit, wenn die Obergrenze zu ca. 75% und zu 100% erreicht ist oder wenn sich abzeichnet, dass Hinderungsgründe der vollständigen Erbringung der Leistung innerhalb der Obergrenze entgegenstehen. Unabhängig hiervon ist der Auftragnehmer auch bei Überschreitung der Obergrenze zur vollständigen Erbringung der vereinbarten Leistung verpflichtet. Dies gilt nicht, wenn der Auftragnehmer die Überschreitung nicht zu vertreten hat. Der Auftragnehmer ist jedoch in diesem Fall verpflichtet, die vereinbarte Leistung gegen zusätzliche Vergütung nach Aufwand zu den vereinbarten Sätzen vollständig zu erbringen, sofern der Auftraggeber dies verlangt.

- 9.2.4 Je Kalendertag wird nicht mehr als ein Tagessatz vergütet, soweit nichts anderes vereinbart ist. Ein vereinbarter Tagessatz kann nur dann in Rechnung gestellt werden, wenn mindestens acht Zeitstunden geleistet wurden. Werden weniger als acht Zeitstunden pro Tag geleistet, sind diese anteilig in Rechnung zu stellen. Ist ein Stundensatz vereinbart, werden angefangene Stunden anteilig vergütet.

Pausen sind auszuweisen und werden nicht vergütet. Werden mehr als sechs Zeitstunden geleistet, wird vermutet, dass der Auftragnehmer eine halbstündige Pause eingelegt hat. Dies gilt nicht, wenn

Die mit * gekennzeichneten Begriffe sind am Ende der EVB-IT Dienstleistungs-AGB definiert.

der Auftragnehmer mit dem Leistungsnachweis nachweist, keine Pause gemacht zu haben. Soweit der Auftraggeber nicht ausdrücklich zugestimmt hat oder etwas anderes vereinbart wurde, sind Leistungen nur in den Zeiten zu erbringen, für die weder ein Zuschlag noch ein anderer erhöhter Vergütungssatz vereinbart ist. Wird der Auftragnehmer ohne eine solche Zustimmung oder Vereinbarung tätig, kann er weder einen Zuschlag noch einen erhöhten Vergütungssatz verlangen.

- 9.3 Die Vergütung zum Pauschalpreis ist nach Erbringung der Leistung fällig. Im Vertrag können Abschlagszahlungen vereinbart werden. Die Vergütung für Leistungen nach Aufwand ist monatlich nachträglich fällig, soweit nichts anderes vereinbart ist.
- 9.4 Eine fällige Vergütung ist innerhalb von 30 Tagen nach Zugang einer prüffähigen Rechnung zu zahlen, soweit nichts anderes vereinbart ist.
- 9.5 Ist eine Preisanpassung für die Leistungen vereinbart, gilt, falls keine anderweitige Regelung vorgesehen ist, Folgendes: Eine Erhöhung der Vergütung kann erstmalig 12 Monate nach Vertragsbeginn, weitere Erhöhungen frühestens jeweils 12 Monate nach Wirksamwerden der vorherigen Erhöhung angekündigt werden. Eine Erhöhung wird drei Monate nach der Ankündigung wirksam. Die Erhöhung hat angemessen und nicht entgegen der für die Leistung relevanten Markttendenz zu sein und darf maximal 3% der zum Zeitpunkt der Ankündigung der Erhöhung geltenden Vergütung betragen.
- 9.6 Alle Preise verstehen sich, soweit Umsatzsteuerpflicht besteht, zuzüglich der geltenden gesetzlichen Umsatzsteuer.

10 Verzug/ Reaktionszeiten*/ Vertragsstrafen

- 10.1 Der Termin- und Leistungsplan ist im Vertrag festgelegt oder wird nach Vertragsschluss zwischen den Parteien abgestimmt. Soweit nicht anders vereinbart, sind solche Termine verbindlich einzuhalten. Bei Verzögerungen, die der Auftragnehmer nicht zu vertreten hat, verschieben sich die von der Verzögerung betroffenen Ausführungsfristen angemessen; die gesetzlichen Ansprüche der Parteien bleiben hiervon unberührt.
- 10.2 Der Auftraggeber kann im Fall des Verzuges den Verzögerungsschaden verlangen. Ferner kann der Auftraggeber den Vertrag ganz oder teilweise entsprechend den gesetzlichen Vorschriften, d.h. bei einer Teilkündigung nur bezogen auf die in Verzug befindliche Leistung, kündigen, wenn er dem Auftragnehmer erfolglos eine angemessene Frist zur Leistung gesetzt hat. Der Auftragnehmer ist in diesem Fall dem Auftraggeber zum Ersatz des durch die Kündigung des Vertrages entstehenden Schadens verpflichtet. Anstelle des durch die Kündigung entstehenden Schadens, kann der Auftraggeber Ersatz vergeblicher Aufwendungen im Sinne von § 284 BGB verlangen. Die Fristsetzung ist in den gesetzlich genannten Fällen gem. §§ 281 Abs. 2, 323 Abs. 2 BGB entbehrlich. Es gelten die Sätze 4 und 5 der Ziffer 15.2 entsprechend.
- 10.3 Des Weiteren ist der Auftraggeber für den Fall der Überschreitung eines im Vertrag als vertragsstrafenrelevant vereinbarten Termins berechtigt, für jeden Werktag, an dem sich der Auftragnehmer mit der Einhaltung des Termins in Verzug befindet, eine Vertragsstrafe in Höhe von 0,2% des Auftragswertes* für die in Verzug befindliche Leistung zu verlangen. Insgesamt darf die Summe der aufgrund dieser Regelung zu zahlenden Vertragsstrafen jedoch nicht mehr als 5% des Auftragswertes* für die in Verzug befindliche Leistung betragen.
- 10.4 Soweit vereinbart, ist der Auftraggeber für den Fall der Überschreitung vereinbarter Reaktionszeiten* berechtigt, für jeweils angefangene 25% Überschreitung der Reaktionszeit* innerhalb der Servicezeiten* eine Vertragsstrafe in Höhe von 0,1% der jährlichen Vergütung maximal jedoch 1% der jährlichen Gesamtvergütung pro Verzugsfall zu verlangen. Dies gilt nicht, soweit der Auftragnehmer die Überschreitung nicht zu vertreten hat. Insgesamt darf die Summe der aufgrund dieser Regelung pro Vertragsjahr zu zahlenden Vertragsstrafe nicht mehr als 5% der jährlichen Gesamtvergütung pro Vertragsjahr betragen.
- 10.5 § 341 Abs. 3 BGB findet mit der Maßgabe Anwendung, dass die Strafe bis zum Ablauf von zwölf Monaten seit ihrer Verwirkung geltend gemacht werden kann. Die Summe aller zu zahlenden Ver-

tragsstrafen beträgt maximal 5% des Auftragswertes*. Die Vertragsstrafen werden auf Schadensersatzansprüche angerechnet.

11 Schlechtleistung

Wird eine Leistung nicht vertragsgemäß erbracht, ist der Auftraggeber berechtigt, vom Auftragnehmer zu verlangen, die Leistung ohne Mehrkosten für den Auftraggeber innerhalb angemessener Frist vertragsgemäß zu erbringen. Dies gilt nicht, wenn der Auftragnehmer die Pflichtverletzung nicht zu vertreten hat.

Die sonstigen Ansprüche des Auftraggebers, insbesondere auf Schadens- oder Aufwendungsersatz und sein Recht zur Kündigung aus wichtigem Grund gemäß Ziffer 15.2, bleiben hiervon unberührt.

12 Schutzrechte Dritter

12.1 Macht ein Dritter gegenüber dem Auftraggeber Ansprüche wegen der Verletzung von Schutzrechten durch die Leistungen des Auftragnehmers geltend und wird deren Nutzung hierdurch beeinträchtigt oder untersagt, haftet der Auftragnehmer unbeschadet der Rechte des Auftraggebers gemäß Ziffer 11 wie folgt:

- ☐ Der Auftragnehmer kann nach seiner Wahl und auf seine Kosten entweder die Leistungen so ändern oder ersetzen, dass sie das Schutzrecht nicht verletzen, aber im Wesentlichen doch den vereinbarten Funktions- und Leistungsmerkmalen in für den Auftraggeber zumutbarer Weise entsprechen, oder den Auftraggeber von Ansprüchen gegenüber dem Schutzrechtsinhaber freistellen.
- ☐ Ist die Änderung und der Ersatz dem Auftragnehmer unmöglich oder nur zu unverhältnismäßigen Bedingungen möglich, hat er das Recht, die betroffenen Leistungen gegen Erstattung der entrichteten Vergütung zurückzunehmen. Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber dabei eine angemessene Auslauffrist zu gewähren, es sein denn, dies ist nur zu unzumutbaren rechtlichen oder sonstigen Bedingungen möglich.

12.2 Die Parteien werden sich wechselseitig unverzüglich über geltend gemachte Ansprüche Dritter verständigen. Der Auftraggeber wird die behauptete Schutzrechtsverletzung nicht anerkennen und jegliche Auseinandersetzung einschließlich etwaiger außergerichtlicher Regelungen entweder dem Auftragnehmer überlassen oder nur im Einvernehmen mit dem Auftragnehmer führen. Der Auftragnehmer erstattet dem Auftraggeber notwendige Verteidigungskosten und sonstige Schäden, soweit dem Auftraggeber aus Rechtsgründen die geeigneten Abwehrmaßnahmen und Vergleichsverhandlungen vorbehalten bleiben bzw. bleiben müssen. Der Auftraggeber hat in diesem Fall Anspruch auf einen Vorschuss in Höhe der geschätzten Verteidigungskosten.

12.3 Soweit der Auftraggeber die Schutzrechtsverletzung selbst zu vertreten hat, sind Ansprüche gegen den Auftragnehmer ausgeschlossen.

13 Haftungsbeschränkung

Sofern keine andere vertragliche Haftungsvereinbarung vorliegt, gelten für alle gesetzlichen und vertraglichen Schadens- und Aufwendungsersatzansprüche des Auftraggebers folgende Regelungen:

- 13.1 Bei leicht fahrlässigen Pflichtverletzungen wird die Haftung für den Vertrag insgesamt grundsätzlich auf den Auftragswert* beschränkt. Beträgt der Auftragswert* weniger als 50.000,- €, wird die Haftung auf 50.000,- € beschränkt. Im Falle von Sachschäden ist die Haftung auf eine Million Euro beschränkt, wenn der Auftragswert* geringer als eine Million Euro ist.
- 13.2 Bei Verlust von Daten haftet der Auftragnehmer nur für denjenigen Aufwand, der bei ordnungsgemäßer und regelmäßiger Datensicherung* durch den Auftraggeber für die Wiederherstellung der Daten erforderlich gewesen wäre. Die Beschränkung gilt nicht, wenn und soweit die Datensicherung* Bestandteil der vom Auftragnehmer zu erbringenden Leistungen ist.
- 13.3 Ansprüche aus entgangenem Gewinn sind ausgeschlossen, soweit nichts anderes vereinbart ist.

- 13.4 Die Haftungsbeschränkungen gelten nicht für Ansprüche wegen Vorsatz und grober Fahrlässigkeit, bei der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit, bei Arglist, soweit das Produkthaftungsgesetz zur Anwendung kommt, sowie bei Garantieverprechen, soweit bzgl. letzteren nichts anderes geregelt ist.

14 Mitwirkung des Auftraggebers

- 14.1 Der Auftraggeber wird dem Auftragnehmer die erforderlichen Informationen und Unterlagen aus seiner Sphäre rechtzeitig zur Verfügung stellen. Der Auftraggeber wird den Mitarbeitern des Auftragnehmers Zugang zu seinen Räumlichkeiten und der dort vorhandenen informationstechnischen Infrastruktur rechtzeitig gewähren und die bei ihm vorhandenen Dokumentationen rechtzeitig übergeben, jeweils soweit dies zur Erbringung der Leistung erforderlich ist und die gesetzlichen und vereinbarten persönlichen Voraussetzungen (z.B. Sicherheitsüberprüfungen nach Sicherheitsüberprüfungsgesetz - SÜG -) erfüllt sind. Kommt der Auftraggeber seinen Mitwirkungsleistungen trotz Aufforderung des Auftragnehmers nicht, nicht rechtzeitig oder unvollständig nach, kann der Auftragnehmer ein Angebot unterbreiten, diese Leistungen selbst anstelle des Auftraggebers zu erbringen. Sonstige Ansprüche des Auftragnehmers bleiben unberührt.
- 14.2 Bei vereinbartem Teleservice* wird der Auftraggeber entsprechend den Festlegungen in einer Teleservicevereinbarung die notwendigen technischen Einrichtungen auf seiner Seite bereitstellen und den Zugriff auf das System ermöglichen.
- 14.3 Die ordnungsgemäße Datensicherung* obliegt dem Auftraggeber.

15 Laufzeit und Kündigung

- 15.1 Ist die Dauer des Dienstvertrages weder vereinbart, noch aus der Beschaffenheit oder dem Zweck der Leistungen zu entnehmen, kann dieser von jeder Partei mit einer Frist von drei Monaten zum Ablauf eines Kalendermonats ganz oder teilweise gekündigt werden, frühestens jedoch zum Ende einer im Vertrag vereinbarten Mindestvertragsdauer. Im Vertrag kann eine andere Kündigungsfrist vereinbart werden.
- 15.2 Zudem kann der Vertrag von jedem Vertragspartner bei Vorliegen eines wichtigen Grundes - ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist - innerhalb einer angemessenen Zeit ab Kenntnis des Kündigungsgrundes ganz oder teilweise gekündigt werden. Ein wichtiger Grund liegt vor, wenn Tatsachen gegeben sind, aufgrund derer dem Kündigenden unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalles und unter Abwägung der Interessen der Vertragspartner die Fortsetzung des Vertrages nicht mehr zugemutet werden kann. Besteht der wichtige Grund in der Verletzung einer vertraglichen Pflicht, ist die Kündigung erst nach erfolglosem Ablauf einer zur Abhilfe gesetzten Frist oder nach erfolgloser Abmahnung zulässig, soweit nicht gemäß § 314 i.V.m. § 323 Absatz 2 BGB eine Fristsetzung entbehrlich ist. Im Falle der Kündigung aus wichtigem Grund hat der Auftragnehmer Anspruch auf Vergütung für die bis zum Wirksamwerden der Kündigung aufgrund des Vertrages erbrachten Leistungen. Die Vergütung entfällt aber für solche Leistungen, für die der Auftraggeber darlegt, dass sie für ihn aufgrund der Kündigung ohne Interesse sind.

16 Pflichten nach Vertragsende

- 16.1 Mit Vertragsende hat der Auftragnehmer unverzüglich und unaufgefordert sämtliche vom Auftraggeber erhaltenen Unterlagen, Hilfsmittel, Materialien oder Gegenstände herauszugeben, die ihm zum Zwecke der Vertragsausführung bestimmungsgemäß nicht dauerhaft überlassen wurden. Dies gilt auch für alle Kopien. Des Weiteren sind alle Leistungsergebnisse in jeder Form an den Auftraggeber zu übergeben; soweit die Einräumung ausschließlicher Rechte vereinbart ist, gilt dies inklusive der erstellten Kopien.
- 16.2 Der Auftraggeber ist berechtigt, an Stelle der Herausgabe ganz oder teilweise die sichere Löschung oder Vernichtung zu verlangen. Diese ist dem Auftraggeber auf Verlangen und nach seiner Wahl durch entsprechende Erklärung oder anderweitig nachzuweisen. Gesetzliche Aufbewahrungspflichten bleiben unberührt.

17 Änderung der Leistung nach Vertragsschluss

Der Auftraggeber kann nach Vertragsschluss jederzeit Änderungen des Umfangs der Leistungen verlangen, es sei denn, dies ist für den Auftragnehmer unzumutbar. Das Änderungsverfahren ist auf einem Formular gemäß Muster 2 - Änderungsverfahren Dienstleistung - zu dokumentieren, soweit nichts anderes vereinbart ist. Ändert sich der Umfang der vereinbarten Leistungen des Auftragnehmers, kann der Auftragnehmer verlangen, dass der Vertrag entsprechend angepasst wird. Unbeschadet dessen gilt § 2 der VOL/B (Fassung 2003).

18 Haftpflichtversicherung

- 18.1 Soweit vereinbart, weist der Auftragnehmer auf Verlangen des Auftraggebers nach, dass er über eine im Rahmen und Umfang marktübliche Industriehaftpflichtversicherung oder eine vergleichbare Versicherung aus einem Mitgliedsstaat der EU verfügt.
- 18.2 Der Auftragnehmer wird diesen Versicherungsschutz bis zum Ende des EVB-IT Dienstvertrages aufrechterhalten. Kommt der Auftragnehmer dieser Verpflichtung nicht nach, ist der Auftraggeber nach erfolgloser angemessener Fristsetzung zur Kündigung des Vertrages berechtigt, wenn ihm ein Festhalten am Vertrag nicht mehr zuzumuten ist. Weitergehende Ansprüche des Auftraggebers, insbesondere Schadensersatzansprüche, bleiben hiervon unberührt.

19 Datenschutz, Geheimhaltung und Sicherheit

- 19.1 Werden personenbezogene Daten im Auftrag durch den Auftragnehmer erhoben, verarbeitet oder genutzt, wird der Auftragnehmer auf Verlangen des Auftraggebers eine den gesetzlichen Vorschriften genügende Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung abschließen.
- 19.2 Der Auftragnehmer sorgt dafür, dass alle Personen, die von ihm mit der Bearbeitung oder Erfüllung des Vertrages betraut sind, die gesetzlichen Bestimmungen über den Datenschutz beachten. Die nach Datenschutzrecht erforderliche Verpflichtung auf das Datengeheimnis ist spätestens vor der erstmaligen Aufnahme der Tätigkeit vorzunehmen und dem Auftraggeber auf Verlangen nachzuweisen.
- 19.3 Der Auftraggeber kann den Vertrag ganz oder teilweise außerordentlich kündigen, wenn der Auftragnehmer seinen Pflichten gemäß Ziffern 19.1 und 19.2 schuldhaft innerhalb einer gesetzten angemessenen Frist nicht nachkommt oder dem Auftraggeber ein weiteres Festhalten am Vertrag nicht zumutbar ist, weil der Auftragnehmer Datenschutzvorschriften vorsätzlich oder grob fahrlässig verletzt hat.
- 19.4 Die Parteien sind verpflichtet, alle im Rahmen des Vertragsverhältnisses erlangten vertraulichen Informationen, Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse vertraulich zu behandeln, insbesondere nicht an Dritte weiterzugeben oder anders als zu vertraglichen Zwecken zu verwerten. Der Erfahrungsaustausch des Auftraggebers mit und innerhalb der öffentlichen Hand bleibt unbenommen, ebenso wie die Erfüllung gesetzlicher Pflichten des Auftraggebers. Unberührt bleibt die Pflicht zum vertraulichen Umgang mit auf der Grundlage des Vertrages erlangten Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen.
- 19.5 Der Auftragnehmer ist berechtigt, vertrauliche Informationen nur an solche Unterauftragnehmer weiterzugeben, deren Einsatz der Auftraggeber ausdrücklich zugestimmt hat, wenn und soweit diese vertraulichen Informationen für die Erbringung der jeweiligen Leistungen durch den Unterauftragnehmer erforderlich sind („need-to-know“-Prinzip). Dies gilt nur, wenn sich der Unterauftragnehmer zuvor dem Auftragnehmer gegenüber mindestens in gleichem Umfang zur Vertraulichkeit verpflichtet hat, wie der Auftragnehmer gegenüber dem Auftraggeber. Dabei muss die Weitergabe der vertraulichen Informationen durch den Unterauftragnehmer ausgeschlossen sein; soweit nicht der Auftraggeber jeweils zuvor einer Weitergabe ausdrücklich zugestimmt hat.
- 19.6 Vertrauliche Informationen sind Informationen, die ein verständiger Dritter als schützenswert ansehen würde oder die als vertraulich gekennzeichnet sind; dies können auch solche Informationen sein, die während einer mündlichen Präsentation oder Diskussion bekannt werden. Vertrauliche Informationen dürfen ausschließlich zum Zweck der Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Vertrag eingesetzt

werden. Die Verpflichtung zur Vertraulichkeit gilt nicht für Informationen, die den Parteien bereits rechtmäßig bekannt sind oder außerhalb des Vertrages ohne Verstoß gegen eine Vertraulichkeitsverpflichtung bekannt werden.

20 Zurückbehaltungsrechte

Zurückbehaltungs- und Leistungsverweigerungsrechte des Auftragnehmers sind ausgeschlossen, es sei denn, der Auftraggeber bestreitet die zugrunde liegenden Gegenansprüche nicht oder diese sind rechtskräftig festgestellt.

21 Textform

Soweit nichts anderes geregelt ist, bedürfen vertragliche Mitteilungen und Erklärungen mindestens der Textform.

22 Anwendbares Recht

Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss der Normen, die in eine andere Rechtsordnung verweisen und unter Ausschluss des Übereinkommens der Vereinten Nationen über Verträge über den internationalen Warenkauf (CISG*).

Begriffsbestimmungen

Auftragswert	Der Auftragswert ist die Summe aller Vergütungen aus dem Vertrag.
CISG	United Nations Convention on Contracts for the International Sale of Goods (Übereinkommen der Vereinten Nationen über Verträge über den internationalen Warenkauf).
Datensicherung	Datensicherung umfasst alle technischen und organisatorischen Maßnahmen zur Sicherstellung der Verfügbarkeit, Integrität und Konsistenz der auf dem IT-System gespeicherten und für Verarbeitungszwecke genutzten Daten und Software.
Nebenkosten	Aufwendungen des Auftragnehmers, die zur Leistungserbringung notwendig und keine Reisekosten sind.
Objektcode	Zwischenergebnis eines Compiler- bzw. Übersetzungsvorgangs des Quellcodes* eines Programms.
Quellcode	Code eines Programms in der Fassung der Programmiersprache.
Reaktionszeit	Zeitraum, innerhalb dessen der Auftragnehmer mit der Leistung zu beginnen hat. Der Zeitraum beginnt mit dem Zugang der entsprechenden Meldung oder Eintritt des vereinbarten Ereignisses während der vereinbarten Servicezeiten* und läuft ausschließlich während der vereinbarten Servicezeiten*. Geht eine Meldung außerhalb der vereinbarten Servicezeiten* ein oder tritt das vereinbarte Ereignis außerhalb der Servicezeiten* ein, beginnt die Reaktionszeit* mit Beginn der nächsten Servicezeit*.
Servicezeit	Zeiten, innerhalb derer der Auftraggeber Anspruch auf vertraglich geschuldete Leistungen durch den Auftragnehmer hat.
Teleservice	Leistungen unter Inanspruchnahme von technischen Einrichtungen zur Fernkommunikation von einem Standort außerhalb des Einsatzortes der Leistungen.
Werkzeug	Hilfsmittel für die Entwicklung und Bearbeitung der Leistungen.

Rahmenvertrag zur Arbeit und zur Finanzierung der Pflegestützpunkte nach § 7c Abs. 6 SGB XI in Bayern

zwischen

- der AOK Bayern – Die Gesundheitskasse
- den Ersatzkassen
 - o Techniker Krankenkasse (TK)
 - o BARMER
 - o DAK-Gesundheit
 - o Kaufmännische Krankenkasse – KKH
 - o Handelskrankenkasse (hkk)
 - o HEK - Hanseatische Krankenkassegemeinsamer Bevollmächtigter mit Abschlussbefugnis:
Verband der Ersatzkassen e. V. (vdek), Askanischer Platz 1, 10963 Berlin,
-vertreten durch den Leiter der vdek-Landesvertretung Bayern
- dem BKK Landesverband Bayern
- der IKK classic
- der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau (SVLFG) als Landwirtschaftliche Kranken- und Pflegekasse
- der KNAPPSCHAFT, Regionaldirektion München

und

- dem Bezirk Mittelfranken
- dem Bezirk Niederbayern
- dem Bezirk Oberbayern
- dem Bezirk Oberfranken
- dem Bezirk Oberpfalz
- dem Bezirk Schwaben
- dem Bezirk Unterfranken sowie
- dem Bayerischen Bezirketag
- dem Bayerischen Landkreistag
- dem Bayerischen Städtetag und
- dem Bayerischen Gemeindetag

Präambel

Zur wohnortnahen Beratung, Versorgung und Betreuung der Bevölkerung werden in Bayern Pflegestützpunkte im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften des § 7c Sozialgesetzbuch (SGB) XI eingerichtet. Hierzu vereinbaren die Landesverbände der Pflegekassen mit den Landesverbänden der Krankenkassen sowie den Ersatzkassen und den für die Hilfe zur Pflege zuständigen Trägern der Sozialhilfe nach dem Zwölften Sozialgesetzbuch und den Kommunalen Spitzenverbänden auf Landesebene einen Rahmenvertrag zur Arbeit und Finanzierung der Pflegestützpunkte nach § 7c Abs. 6 SGB XI. Dieser Rahmenvertrag ersetzt die Rahmenvereinbarung zur Einrichtung und zum Betrieb von Pflegestützpunkten (PSP) nach § 92 c SGB XI im Freistaat Bayern vom 30.10.2009.

§ 1 Vertragsgegenstand

- (1) Gegenstand dieses Vertrages ist die Errichtung und der Betrieb von Pflegestützpunkten in den kreisfreien Städten und den Landkreisen in Bayern. Dieser Rahmenvertrag regelt die Anforderungen, um die Aufgaben qualitätsgesichert übernehmen zu können einschließlich der Finanzierung der Pflegestützpunkte gemäß § 7c SGB XI.
- (2) Anzustreben ist eine wohnortnahe Beratung, sodass Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen oder weiteren von ihnen beauftragten Personen unnötige Wege zu unterschiedlichen Ansprechpartnern erspart bleiben, indem sie Informationen über erforderliche Hilfen und Unterstützungsleistungen möglichst aus einer Hand erhalten.
- (3) Pflegestützpunkte tragen zur Sicherstellung und Vernetzung von wohnortnahen Angeboten der Pflege, Versorgung, Betreuung und Beratung bei. Die vorhandenen Beratungsstrukturen werden bei der Arbeit des Pflegestützpunktes eingebunden. Erkannte Versorgungslücken sind an die zuständigen Leistungsträger und ggf. an die regionalen Ausschüsse nach § 8a SGB XI weiterzuleiten.
- (4) Für die Errichtung von Pflegestützpunkten sind personelle und sachliche Voraussetzungen zu erfüllen. Vorhandene Beratungsstrukturen sind zu berücksichtigen und sollen weiter vernetzt werden. Die Vertragspartner fördern die Bekanntheit und Akzeptanz der Beratungsangebote vor Ort. Zudem ist die Neutralität und bürgernahe Erbringung der Beratungs- und Vermittlungsangebote wichtig.

§ 2 Trägerschaft und Betrieb

- (1) Träger der Pflegestützpunkte sind die beteiligten Kosten- und Leistungsträger (§ 7c Abs. 2 Satz 5 SGB XI). Dies sind die Pflege- und Krankenkassen, die Träger der Hilfe zur Pflege und die Träger der Altenhilfe.
- (2) Die Träger der Pflegestützpunkte handeln bei deren Errichtung und Betrieb gemeinsam, gleichberechtigt und partnerschaftlich.
- (3) Die Ansiedlung von Pflegestützpunkten bei Leistungserbringern wird aus wettbewerbsrechtlichen Gründen abgelehnt. Auf sonstige Dritte kann der Betrieb des Pflegestützpunktes im Einvernehmen der Träger des Pflegestützpunktes übertragen werden, wenn die Neutralität des Pflegestützpunktes gewährleistet ist. Die Übertragung bedarf der vorherigen Zustimmung der Kommission nach § 8.

§ 3 Pflegestützpunktverträge

- (1) Grundlage für die Errichtung eines Pflegestützpunktes ist ein Errichtungsantrag (**Anlage 1**). Der Errichtungsantrag ist an die Kommission nach § 8 zu richten.
 - a. Errichtung:
 - I. Mit dem Errichtungsantrag ist der „Vertrag über die Errichtung und den Betrieb eines Pflegestützpunktes“ mit seinen Anlagen (Muster für einen Stützpunktvertrag, Anlage 2) an den Vertreter des jeweiligen Spitzenverbandes in der Kommission einzureichen.
 - II. Die Kommissionsvertreter leiten diese Unterlagen an die anderen Mitglieder der Kommission weiter und bitten um Stellungnahme.
 - III. Offene und unklare Punkte werden je nach Erforderlichkeit ggf. unter Einbindung der Träger des geplanten Pflegestützpunktes schriftlich oder in einer Sitzung geklärt.
 - IV. Bezirke, Landkreise oder kreisfreie Städte, die die Errichtung eines Pflegestützpunktes prüfen, können Beratungshilfe von ihren Spitzenverbänden erhalten. Dies bezieht auch die Trägerpartner der Kranken- und Pflegekassen vor Ort mit ein.
 - b. Information:

Möchten sich Bezirke, Landkreise oder kreisfreie Städte nur grundsätzlich über Rahmenbedingungen informieren, stehen ihnen ihre Spitzenverbände zur Verfügung.
- (2) Die Träger des Pflegestützpunktes vereinbaren dessen Errichtung in einem schriftlichen Vertrag (Stützpunktvertrag, **Anlage 2**).
- (3) Zu den Inhalten des Stützpunktvertrages sollen insbesondere Regelungen gehören:
 - a. zur Konzeption der Arbeit des Pflegestützpunktes, vor allem über die wohnortnahe und trägerübergreifende Beratung, zur Zusammenarbeit mit Selbsthilfegruppen, ehrenamtlich engagierten Personen und Gruppen,
 - b. zur Organisation einschließlich Regelungen
 - I. zur Kooperation der beteiligten Träger
 - II. zu Abrechnungsmodalitäten
 - III. zur Bereitstellung von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen in Abhängigkeit des gewählten Modells nach §§ 9 ff.
 - IV. zum Datenschutz
 - V. zur Qualitätssicherung und Dokumentation der Arbeit
 - VI. zu den Öffnungszeiten
 - VII. zum Standort
 - VIII. zur Außendarstellung.
- (4) Über die Beteiligung bzw. Einbindung weiterer Akteure und deren Kostenbeteiligung entscheiden die Träger des Pflegestützpunktes gemeinsam, einheitlich und einstimmig. Die Beteiligung und Einbindung ist schriftlich bei den Trägern des jeweiligen Pflegestützpunktes zu beantragen.
- (5) Beteiligen sich neben den Kranken- und Pflegekassen und kommunalen Trägern noch andere Akteure am regionalen Pflegestützpunkt, leisten diese einen angemessenen jährlichen Pauschalbetrag an der Finanzierung des Pflegestützpunktes.

§ 4 Aufgaben der Pflegestützpunkte

- (1) Die Aufgaben der Pflegestützpunkte richten sich nach den Vorgaben des § 7c Abs. 2 SGB XI. Diese sind nachfolgend aufgeführt und von den Pflegestützpunkten zu erfüllen. Für die Aufgabenerfüllung ist eine Netzwerkarbeit der Pflegestützpunkte erforderlich. Zur Klarstellung und Unterscheidung der einzelnen Tätigkeiten wird auf die nachfolgende Beschreibung der Inhalte verwiesen.
- (2) Die umfassende sowie unabhängige **Auskunft und Beratung** zu den Rechten und Pflichten nach dem Sozialgesetzbuch und zur Auswahl und Inanspruchnahme der bundes- und landesrechtlich vorgesehenen Sozialleistungen und sonstigen Hilfsangebote einschließlich der Pflegeberatung nach § 7a SGB XI in Verbindung mit den Richtlinien nach § 17 Abs. 1a SGB XI ist Aufgabe der Pflegestützpunkte; die Pflegeberatung nach § 7a SGB XI ist in begründeten Fällen auch in der Häuslichkeit anzubieten. Für Hausbesuche gelten die Ausführungen in **Anlage 3**. Die Beratungstätigkeit umfasst alle Tätigkeiten, die einen direkten Kontakt zu Klient*innen oder ihren Angehörigen oder weiteren von ihnen beauftragten Personen voraussetzen. Das Spektrum reicht dabei von einer kurzen telefonischen Auskunft bis hin zu einer komplexen Fallsteuerung, die sich über längere Zeit hinweg erstrecken kann. Die einzelnen Inhalte des Tätigkeitsbereichs „Auskunft und Beratung“ beschreiben sich insbesondere wie folgt:
 - a. **Aufklärung und Auskunft** sind Informationen zu Fragen, die mit der Pflegebedürftigkeit im Zusammenhang stehen – insbesondere über die Leistungen der Pflegekassen sowie über Leistungen und Hilfen anderer Träger. Diese Beratung ist fallabschließend und es sind keine Folgekontakte seitens der Pflegestützpunktmitarbeiter*innen notwendig.
 - b. In einer **Beratung** beschäftigen sich die Pflegestützpunktmitarbeiter*innen mit Fragen der Hilfe- und Pflegebedürftigen sowie deren Angehörigen oder weiteren von ihnen beauftragten Personen. Hierbei wird deren persönliche Situation mit einbezogen. Eine Beratung umfasst
 - I. eine Problemanalyse sowie die gemeinsame Erarbeitung einer Zielsetzung
 - II. die daraus abgeleitete Planung von Maßnahmen, die der Zielerreichung dienen (Versorgungsplan)
 - III. Interventionsdurchführung
 - IV. Abschluss der Beratung.
 Lösungen auf eine Fragestellung entstehen in der Beratung im gemeinsamen Abwägen von Lösungsmöglichkeiten zwischen Ratsuchendem und Beratendem. Eine Beratung kann fallabschließend erfolgen oder Folgekontakte mit dem Klienten erforderlich machen.
- (3) Pflegeberatung nach § 7a SGB XI (Case Management) richtet sich an Menschen in komplexen Problemlagen und Versorgungskonstellationen. Es sind Probleme vorhanden, die die Unterstützung von mehreren Akteuren zugleich erforderlich machen. Im Beratungs- und Interventionskontext der Pflegebedürftigkeit liegt ein instabiles Pflegesetting vor. Aufgaben der Pflegeberatung sind insbesondere
 - a. den Hilfebedarf unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Begutachtung durch den Medizinischen Dienst der Krankenversicherung sowie, wenn die anspruchsberechtigte Person zustimmt, die Ergebnisse der Beratung in der eigenen Häuslichkeit nach § 37 Absatz 3 SGB XI systematisch zu erfassen und zu analysieren,
 - b. einen individuellen Versorgungsplan mit den im Einzelfall erforderlichen Sozialleistungen und gesundheitsfördernden, präventiven, kurativen, rehabilitativen oder sonstigen medizinischen sowie pflegerischen und sozialen Hilfen zu erstellen,

- c. auf die für die Durchführung des Versorgungsplans erforderlichen Maßnahmen einschließlich deren Genehmigung durch den jeweiligen Leistungsträger hinzuwirken,
- d. die Durchführung des Versorgungsplans zu überwachen und erforderlichenfalls einer veränderten Bedarfslage anzupassen (Evaluation),
- e. bei besonders komplexen Fallgestaltungen den Hilfeprozess auszuwerten und zu dokumentieren sowie
- f. über Leistungen zur Entlastung der Pflegepersonen zu informieren.

Aufgabe in der Pflegeberatung ist es, das Ressourcen-Netzwerk durch persönliche Befähigung des Klienten zu entwickeln und Personen zu erschließen und zu koordinieren, die den Klienten unterstützen können und möchten. Der Unterstützungsprozess ist in der Regel auf einen längeren Zeitraum angelegt, jedoch keine dauerhafte Begleitung. Die Pflegeberatung endet, wenn der Klient und/oder der pflegende Angehörige in der Lage ist, die Pflege selbst zu organisieren oder der Klient keine weitere Beratung mehr möchte. Die Pflegeberatung kann bei Veränderungen der Situation wieder aufgenommen werden.

- (4) Vernetzung (Care-Management) aufeinander abgestimmter pflegerischer und sozialer Versorgungs- und Betreuungsangebote. Dazu ist es erforderlich, dass der Pflegestützpunkt insbesondere mit den Kranken- und Pflegekassen, Anbietern, Behörden, Angehörigen und sonstigen beteiligten Akteuren in Kontakt steht. Zur Netzwerkarbeit gehören Pflege und Ausbau eines eigenen Netzwerks und Tätigkeiten, die der Gewinnung, Betreuung und Erfassung von Netzwerkpartner*innen und der Pflege einer diesbezüglichen Datenbank dienen sowie die fallunspezifische Weitergabe von Informationen an Netzwerke. Dazu zählt auch die Teilnahme an weiteren Netzwerken, die zur Aufgabenerfüllung erforderlich sind.
- (5) Die Aufgabenerledigung der Pflegestützpunkte ist durch eine adäquate Öffentlichkeitsarbeit zu begleiten. Diese ist gemeinsam und in Abstimmung mit den Trägern des Pflegestützpunktes zu entwickeln und umzusetzen.
- (6) Die für die Pflegestützpunkte vorgesehenen Personalanteile sind ausschließlich für die Aufgaben nach § 4 einzusetzen. Die Mitarbeiter im Pflegestützpunkt dürfen nicht in Leistungsentscheidungen eingebunden sein.

§ 5 Ausstattung der Pflegestützpunkte

- (1) Es ist ausreichend und entsprechend qualifiziertes Personal nach den Empfehlungen des GKV-Spitzenverbandes nach § 7a Abs. 3 Satz 3 SGB XI zur Anzahl, Qualifikation und Fortbildung der Pflegeberaterinnen und Pflegeberater vom 29.08.2008 in der jeweils gültigen Fassung oder einer gleichwertigen Qualifikation einzusetzen.
- (2) Alle Mitarbeiter*innen der Pflegestützpunkte sind in ihrer Beratung und Begleitung von Pflegebedürftigen und deren Angehörigen oder weiteren von ihnen beauftragten Personen zur Neutralität und Unabhängigkeit verpflichtet.
- (3) Die Räumlichkeiten müssen ausreichend und geeignet sein, eine vertrauliche Beratungssituation zu gewährleisten. Eine IT-Infrastruktur (Hard- und Software einschließlich E-Mail-Software und Internet-Anbindung) ist notwendig, ebenso ein Telefonanschluss mit Anrufbeantworter. Das Mobiliar muss die datenschutzkonforme Aufbewahrung der Unterlagen ermöglichen. Auch im Hinblick auf die Räumlichkeiten und die IT-Infrastruktur muss die sächliche Ausstattung den Anforderungen des Sozialdatenschutzes genügen.

- (4) Zur wohnortnahen Versorgung sollen die Standorte der Pflegestützpunkte innerhalb des als wohnortnah definierten Bereichs im Rahmen der Sozialplanung liegen, mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut erreichbar sein und einen barrierefreien Zugang haben. Insbesondere in ländlichen Gebieten können geeignete Angebote durch Außenstellen oder mobile Angebote gemacht werden.

§ 6 Qualitätssicherung

- (1) Bei Errichtung, Ausbau und dem Betrieb von Pflegestützpunkten sind Instrumente zur Qualitätssicherung anzuwenden. Dabei sind die Ebenen der Struktur-, der Prozess- und der Ergebnisqualität zu berücksichtigen.
- (2) Zur Ausgestaltung entsprechender Empfehlungen wird eine Arbeitsgruppe Qualitätssicherung aus Vertreter*innen der Rahmenvertragspartner, unter Einbeziehung von Vertreter*innen aus der Praxis, durch die Kommission nach § 8 eingerichtet. Hierbei soll das aktuelle Papier zur Qualitätssicherung „Zusammenfassung der Ergebnisse des Arbeitskreises Qualitätssicherung der Pflegestützpunkte in Bayern“ als Grundlage dienen (**Anlage 4**).
- (3) Die Arbeitsgruppe Qualitätssicherung wird regelmäßig (mind. einmal jährlich) einberufen und überprüft und überarbeitet ggf. die Empfehlungen zur Qualitätssicherung.
- (4) Die Arbeitsgruppe Qualitätssicherung erarbeitet verbindliche Regelungen mit Zustimmung der Kommission nach § 8 zur Qualitätssicherung, die sowohl die Zuständigkeit als auch die Umsetzung der Qualitätssicherungsmaßnahmen unter Beachtung der strukturierten Zusammenarbeit mit weiteren Beteiligten berücksichtigen.
- (5) Mindestinhalte des Berichtswesens sind in **Anlage 5** festgelegt und in den Jahresberichten der Pflegestützpunkte zu berücksichtigen. Die Jahresberichte sind der Kommission nach § 8 unaufgefordert bis 30.4. zur Verfügung zu stellen.

§ 7 Datenschutz

- (1) Anstellungs- und Betriebsträger der Pflegestützpunkte sind für die Einhaltung des Datenschutzes verantwortlich.
- (2) Zur Weitergabe personenbezogener Daten vom Pflegestützpunkt zu Leistungsträgern muss der jeweils Betroffene oder sein gesetzlicher Vertreter/seine gesetzliche Vertreterin seine Einwilligung erteilen.

§ 8 Kommission Pflegestützpunkte

- (1) Um im Rahmen der Errichtung und des Betriebes von Pflegestützpunkten eine optimale Umsetzung zu erreichen, wird eine Kommission Pflegestützpunkte (Kommission) eingerichtet.
- (2) Die Kommission setzt sich zusammen aus jeweils zwei Vertreter*innen des Bezirkstages, des Städtetages und des Landkreistages sowie jeweils einer/m Vertreter*in der Landesverbände der Kranken- und Pflegekassen sowie der Ersatzkassen. Als oberstes Gremium kann sie neben der Arbeitsgruppe Qualitätssicherung nach § 6 weitere Arbeitsgruppen einrichten und die entsprechenden Arbeitsaufträge formulieren. Die Kommission gibt sich eine Geschäftsordnung, die Näheres zur Besetzung und Administration regelt. Beschlüsse werden einstimmig gefasst. Enthaltungen sind möglich.

- (3) Die Kommission wird im Bedarfsfall Entscheidungen grundsätzlicher Art herbeiführen.
- (4) Die Überprüfung, mögliche Weiterentwicklung und ggf. Vorbereitung der Anpassung des Rahmenvertrags durch die Vertragsparteien unter Berücksichtigung beispielsweise gesetzlicher Änderungen oder neuer Erkenntnisse ist eine kontinuierliche Aufgabe der Kommission.

§ 9 Wahlmöglichkeit bei den Organisationsmodellen

- (1) Es besteht eine beschränkte Wahlmöglichkeit zwischen dem Kooperationsmodell und dem Angestelltenmodell. Das Kooperationsmodell steht, einschließlich der bereits bestehenden Pflegestützpunkte mit Kooperationsmodell, insgesamt maximal 30 Pflegestützpunkten in Bayern zur Verfügung.
- (2) Für das Kooperationsmodell gilt § 10.
- (3) Für das Angestelltenmodell gilt § 11.

§ 10 Kooperationsmodell - Organisation und Finanzierung

- (1) Hier stellen die Pflege- und Krankenkassen sowie die Träger der Hilfe zur Pflege und die Träger der Altenhilfe (kommunalen Träger) das Personal paritätisch. Die Personalausstattung regelt das Betriebskonzept des Pflegestützpunktes.
- (2) Die jeweiligen Personalkosten werden durch die entsendenden Träger – die Pflege- und Krankenkassen einerseits, sowie die Träger der Hilfe zur Pflege und die Träger der Altenhilfe andererseits – unmittelbar getragen.
- (3) Die für den Betrieb des Pflegestützpunktes notwendigen Sachkosten werden zu 1/3 von den Pflegekassen, zu 1/3 von den Krankenkassen, sowie zu 1/3 gemeinsam von den Trägern der Hilfe zur Pflege und den Trägern der Altenhilfe (kommunalen Trägern) getragen.
- (4) Die Abrechnungsmodalitäten richten sich nach Anlage 6.

§ 11 Angestelltenmodell - Organisation und Finanzierung

- (1) Anstellungsträger für das Personal der Pflegestützpunkte sind die Träger der Hilfe zur Pflege und/oder die Träger der Altenhilfe. Ihnen obliegt die Sicherstellung des Betriebes der Pflegestützpunkte (Betriebsträger). Die Träger der Pflegestützpunkte erstellen regelmäßig Berichte gemäß den Maßgaben nach § 6 Abs. 5. Ein Abruf der Vollzeitleistungen ist über eine grundsätzliche Orientierungsgröße von 1 : 60.000 Einwohnern*innen möglich.
- (2) Die Finanzierung erfolgt auf Basis einer Ist-Kosten-Abrechnung. Hierzu wird ein pro Vollzeitkraft im Pflegestützpunkt maximal abrechenbarer Betrag anhand tariflicher Eingruppierungsmerkmale (maximal TVÖD-SUE, S 15, Stufe 6) zuzüglich 20prozentiger Gemeinkosten und zuzüglich einer Sachkostenpauschale von derzeit in Höhe von 9.750€ ermittelt. Dies ergibt insgesamt einen Betrag von 102.220,11 Euro (Stand 30.6.2018). Die Sachkostenpauschale wird mit Hilfe des Verbraucherpreisindex fortgeschrieben. Die Kommission nach § 8 teilt den Pflegestützpunkten jährlich die Höhe der oben genannten Höchstbeträge mit.

Der Bedarf für die diesbezügliche Aufgabenwahrnehmung in den Pflegestützpunkten ist zu dokumentieren. In der Ist-Kosten-Abrechnung sind alle Aufgaben der Pflegestützpunkte inkludiert.

- (3) Die Aufwendungen, die für den Betrieb des Pflegestützpunktes erforderlich sind, werden bis zum maximal abrechenbaren Betrag nach Absatz 1 zu 1/3 von den kommunalen Trägern, zu 1/3 von den Krankenkassen und zu 1/3 von den Pflegekassen getragen.
- (4) Die Abrechnungsmodalitäten richten sich nach **Anlage 6**.

§ 12 Bestandsschutz

Für die bestehenden Pflegestützpunktverträge in Bayern besteht Bestandsschutz. Bei Änderungen des Stützpunktvertrags finden die Regelungen dieses Rahmenvertrags Anwendung.

§ 13 Inkrafttreten und Kündigung

- (1) Dieser Vertrag tritt am 01.01.2020 in Kraft.
- (2) Dieser Vertrag kann von jedem Rahmenvertragspartner mit einer Frist von 3 Monaten zum Ende des Kalenderjahres, frühestens zum 31.12.2020, gekündigt werden. Die Kündigung ist schriftlich gegenüber allen Rahmenvertragspartnern zu erklären. Der Rahmenvertrag gilt nach Kündigung solange weiter, bis ein neuer Rahmenvertrag vereinbart ist.
- (3) Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen der Schriftform und der Zustimmung aller Rahmenvertragspartner.

§ 14 Salvatorische Klausel

Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam sein, berührt dies nicht die Wirksamkeit der übrigen Regelungen des Vertrages. Die Rahmenvertragspartner werden die ungültige Bestimmung durch eine wirksame Bestimmung ersetzen, die dem Zweck der ungültigen Bestimmung möglichst nahe kommt.

Anlagen:

Anlage 1: Errichtungsantrag

Anlage 2: Muster für einen Stützpunktvertrag

Anlage 3: Ausführungen zu den Hausbesuchen

Anlage 4: Qualitätssicherung und Dokumentation der Arbeit

Anlage 5: Mindestinhalte des Berichtswesens

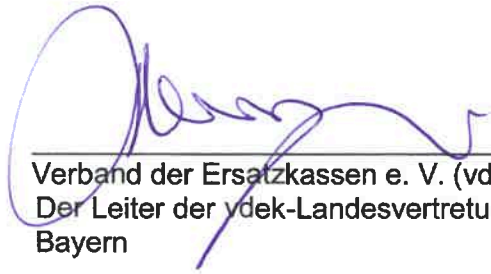
Anlage 6: Abrechnungsmodalitäten

München, den 19.02.2020


AOK Bayern - Die Gesundheitskasse
Zentrale

Postfach 60 05 54 • 81705 München
Carl-Wery-Str. 28 • 81739 München
Telefon (089) 6 27 30 - 0 • Fax (089) 62 73 01 07

AOK Bayern



Verband der Ersatzkassen e. V. (vdek)
Der Leiter der vdek-Landesvertretung
Bayern



BKK Landesverband Bayern



IKK classic



**Sozialversicherung für Landwirtschaft,
Forsten und Gartenbau (SVLFG) als Land-
wirtschaftliche Kranken- und Pflegekasse**



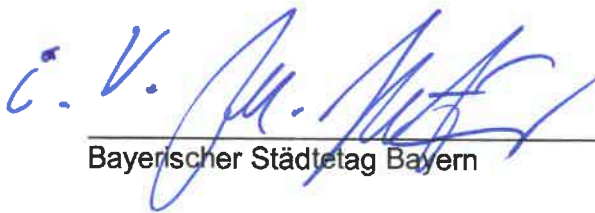
KNAPPSCHAFT, Regionaldirektion München



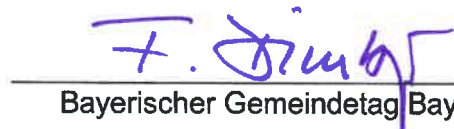
Bayerischer Bezirkstag



Bayerischer Landkreistag Bayern



Bayerischer Städtetag Bayern



Bayerischer Gemeindetag Bayern



Bezirk Mittelfranken




Bezirk Niederbayern


 Bezirk Oberbayern



Bezirk Oberpfalz


 Bezirk Oberfranken



Bezirk Schwaben


 Bezirk Unterfranken

Anlage 1 zum Rahmenvertrag Pflegestützpunkte

Absender (Ansprechpartner):

Name

E-Mail Adresse

Telefon

Landkreis/kreisfreie Stadt

Anschrift

PLZ, Ort

Antrag auf Errichtung eines Pflegestützpunktes

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir beantragen die Errichtung eines Pflegestützpunktes in Form

() des Kooperationsmodells

() des Angestelltenmodells

für folgende Kommunen (Namen kreisfreie Stadt / Landkreis): _____

mit folgender Einwohnerzahl (laut letzter Stand amtlicher Statistik): _____

und übersenden die folgenden ausgefüllten Unterlagen (**Anlagen**):

Vertrag über die Errichtung und den Betrieb eines Pflegestützpunktes (**Anlage 2** zum Rahmenvertrag Pflegestützpunkte, kurz: Stützpunktvertrag)

Betriebskonzept des Pflegestützpunktes (**Anlage 1** zum Stützpunktvertrag)

Datenschutzvereinbarung (**Anlage 2** zum Stützpunktvertrag)

Mit freundlichen Grüßen

Ort, Datum

Unterschrift

Vertrag
über die Errichtung und den Betrieb
eines Pflegestützpunktes in [Kommune]

Auf der Grundlage
des Rahmenvertrags zur Arbeit und zur Finanzierung der Pflegestützpunkte nach
§ 7c Abs. 6 SGB XI in Bayern
wird zum Vollzug des §7c SGB XI zwischen

den Pflege- und Krankenkassen

- AOK Bayern – Die Gesundheitskasse
- BKK Landesverband Bayern, stellvertretend für die Betriebskrankenkassen mit Versicherten in Bayern
- IKK classic
- Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau als Landwirtschaftliche Kranken- und Pflegekasse (SVLFG)
- KNAPPSCHAFT, Regionaldirektion München

den Ersatzkassen

- Techniker Krankenkasse (TK)
- BARMER
- DAK-Gesundheit
- Kaufmännische Krankenkasse – KKH
- Handelskrankenkasse (hkk)
- HEK - Hanseatische Krankenkasse
- gemeinsamer Bevollmächtigter mit Abschlussbefugnis: Verband der Ersatzkassen e. V. (vdek), Askanischer Platz 1, 10963 Berlin, - vertreten durch den Leiter der vdek-Landesvertretung Bayern

und den kommunalen Gebietskörperschaften

[Stadt XY oder Landkreis XY, vertreten durch Frau/Herr:]

Bezirk XY, vertreten durch

folgender Vertrag geschlossen:

§ 1 Gegenstand des Vertrages

- (1) Dieser Vertrag regelt die Errichtung und den Betrieb des Pflegestützpunktes gemäß § 7c SGB XI [in/im der Stadt XY / dem Landkreis XY] unter folgender Adresse

[Adresse des Pflegestützpunktes]

- (2) ¹Die einleitend genannten Vertragspartner sind Träger des in Absatz 1 genannten Pflegestützpunktes. ²Sie handeln gleichberechtigt und partnerschaftlich.
- (3) ¹Die Pflege- und Krankenkassen handeln gemeinsam und einheitlich. ²Die Pflege- und Krankenkassen sowie [der/die Landkreis XY / Stadt XY und der Bezirk XY] bestimmen jeweils einen Stimmberechtigten für die Trägerversammlung.

§ 2 Aufgaben und Leistungen des Pflegestützpunktes

- (1) ¹Der Pflegestützpunkt steht Rat- und Hilfesuchenden für Fragen rund um das Thema Pflege offen. ²Aufgaben und Leistungen des Pflegestützpunktes bestimmen sich nach den Regelungen des Rahmenvertrags. ³Die Leistungen des Pflegestützpunktes werden wettbewerbsneutral erbracht, Bürgerinnen und Bürger können sie kostenfrei in Anspruch nehmen.
- (2) Zur Umsetzung der in Abs. 1 genannten Aufgaben bezieht der Pflegestützpunkt trägerübergreifend die vor Ort bestehenden Leistungserbringer, sonstige Beratungs- und Hilfsangebote, Selbsthilfegruppen und bürgerschaftlich engagierte Personen und Gruppen ein.
- (3) ¹Der Pflegestützpunkt verändert nicht die leistungsrechtlichen Zuständigkeiten und Entscheidungsbefugnisse der Leistungsträger. ²Im Pflegestützpunkt werden keine Leistungsentscheidungen getroffen.

§ 3 Personal des Pflegestützpunktes

Die MitarbeiterInnen im Pflegestützpunkt arbeiten als Team; das bedeutet das gemeinsame Abhalten von Sprechstunden im Pflegestützpunkt und die Beteiligung an den Teambesprechungen im Pflegestützpunkt sowie eine gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit und Durchführen von Veranstaltungen.

Alternative 1: Im Kooperationsmodell:

- (1) ¹Das Personal des Pflegestützpunktes besteht aus qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kranken- und Pflegekassen und den oben genannten kommunalen Gebietskörperschaften oder von diesen beauftragten Stellen.
- (2) Die jeweiligen Anstellungs- und Dienstverhältnisse bleiben unberührt.
- (3) ¹Die Koordination und Steuerung der Arbeitsabläufe im Pflegestützpunkt sowie die Vertretung nach Außen übernimmt ein/e entsprechend qualifizierte/r MitarbeiterIn [der Stadt/des Landkreises]. ²Die Stellvertretung im Sinne des Satzes 1 übernimmt eine Mitarbeiterin/ein Mitarbeiter der Kranken- und Pflegekassen.

Alternative 2: Im Angestelltenmodell:

- (1) Das Personal des Pflegestützpunktes besteht aus qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der oben genannten kommunalen Gebietskörperschaften oder einer von diesen beauftragten Stelle.
- (2) Die Koordination und Steuerung der Arbeitsabläufe im Pflegestützpunkt sowie die Vertretung nach Außen übernimmt ein/e entsprechend qualifizierte/r MitarbeiterIn [der Stadt/des Landkreises].

§ 4 Betriebskonzept des Pflegestützpunktes

- (1) ¹Zum Aufbau des Pflegestützpunktes und zur bedarfsgerechten Abstimmung und Koordination der Aufgaben arbeiten die Träger des Pflegestützpunktes eng und einvernehmlich zusammen. ²Hierzu wird vor Ort ein Lenkungsgremium gegründet, das durch die Pflegestützpunktträger besetzt ist. ³Sie erarbeiten gemeinsam ein Betriebskonzept nach dem Schema der Anlage 1.
- (2) ¹Das Betriebskonzept ist Bestandteil dieses Vertrages. ²Es wird regelmäßig überprüft und kann von den Vertragspartnern einstimmig geändert oder angepasst werden, ohne dass dies den Bestand des Vertrages berührt.

§ 5 Öffnungszeiten, Sprechzeiten, telefonische Erreichbarkeit

- (1) ¹Der Pflegestützpunkt hat feste Öffnungszeiten. ²Die genauen Öffnungszeiten werden im Betriebskonzept festgelegt. ³Die telefonische Erreichbarkeit während der Öffnungszeiten wird sichergestellt.

- (2) Die Träger gewährleisten während der festgelegten Öffnungszeiten eine qualifizierte personelle Besetzung.

§ 6 Beteiligung und Einbindung von Dritten am bzw. in den Pflegestützpunkt

- (1) Mit anderen Beratungsstellen, insbesondere
- der Fachstelle für pflegende Angehörige,
 - der für Selbsthilfegruppen,
 - den ambulanten Pflegediensten,
 - den Trägern der ambulanten und stationären Altenhilfe sowie
 - dem Sozialdienst des ansässigen Krankenhauses

wird eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit angestrebt.

- (2) Über die Beteiligung bzw. Einbindung weiterer Personen und/oder Gruppen sowie die Art und Weise der Einbindung entscheiden die Träger gemeinsam.

§ 7 Qualitätssicherung

- (1) Die Träger des Pflegestützpunktes orientieren sich bei ihrer Aufgabenwahrnehmung an den §§ 4, 5 und 6 des Rahmenvertrags.
- (2) ¹Die Träger des Pflegestützpunktes sorgen für die bedarfsgerechte Fort- und Weiterbildung ihrer Mitarbeitenden. ²Die Kosten tragen im Kooperationsmodell die jeweils entsendenden Träger; beim Angestelltenmodell werden die Kosten innerhalb des nach § 11 Abs. 2 des Rahmenvertrags zur Verfügung stehenden Budgets zu je einem Drittel von Kommunen, Kranken- und Pflegekassen getragen.
- (3) ¹Die Tätigkeit des Pflegestützpunktes ist durch einen Jahresbericht transparent zu machen und der Kommission bis zum 30.4. zur Verfügung zu stellen.
- (4) Die Dokumentation und Datenauswertung erfolgt gemäß Anlage 4 des Rahmenvertrages.

§ 8 Kosten und Finanzierung

Alternative 1: Im Kooperationsmodell:

- (1) Die Kosten des im Pflegestützpunkt eingesetzten Personals, dessen Fahrt- und Fahrzeugkosten werden von den entsendenden Anstellungsträgern getragen.
- (2) Die für den Betrieb des Pflegestützpunktes notwendigen Sachkosten werden zu 1/3 von den Pflegekassen, zu 1/3 von den Krankenkassen, sowie zu 1/3 gemeinsam von den Trägern der Hilfe zur Pflege und den Trägern der Altenhilfe (kommunalen Trägern) getragen.
- (3) ¹Kosten, die nach Eröffnung des Pflegestützpunktes durch Einbindung weiterer oder Erweiterung bereits integrierter Organisationen entstehen, sind durch diese zu tragen. ²Eine Übernahme dieser Kosten durch die Träger des Pflegestützpunktes ist ausgeschlossen.
- (4) ¹Die Abrechnung aller anfallenden Sachkosten erfolgt ausschließlich gemäß Anlage 6 zum Rahmenvertrag. ²Die Kostenverwaltung wird durch den Vertreter/die Vertreterin [der/des Stadt/Landkreises] im Pflegestützpunkt [Ort] übernommen.

Alternative 2: Im Angestelltenmodell:

- (1) Die notwendigen laufenden Personal- und Sachkosten werden innerhalb des nach § 11 Abs. 2 des Rahmenvertrags zur Verfügung stehenden Budgets jeweils zu einem Drittel von den kommunalen Trägern und den Kranken- und den Pflegekassen übernommen.
- (2) Die Abrechnung der notwendigen laufenden Personal- und Sachkosten erfolgt ausschließlich gemäß Anlage 6 zum Rahmenvertrag.

§ 9 Datenschutz/Software

- (1) Für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Pflegestützpunktes gelten die einschlägigen gesetzlichen Datenschutzbestimmungen (§67a ff SGB X) sowie die Regelungen nach § 7a Abs. 6 und § 7c Abs. 5 SGB XI.
- (2) Zur Weitergabe personenbezogener Daten, z.B. vom Pflegestützpunkt zur zuständigen Krankenkasse bzw. Pflegekasse oder zum Sozialberater oder zur Sozialberaterin eines Wohlfahrtsverbandes, muss der jeweils Betroffene oder sein gesetzlicher Vertreter/seine gesetzliche Vertreterin seine Einwilligung vorab erklären.
- (3) Es gilt die Datenschutzvereinbarung (Anlage 2).
- (4) Der Pflegestützpunkt hat ein Datenschutzkonzept und Datensicherheitskonzept zu erstellen.

§ 10 Haftung

Der jeweilige entsendende Träger haftet für sämtliche Personen-, Sach-, Vermögens- und Vertrauensschäden, die im Zusammenhang mit der Durchführung der Aufgaben durch seine Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter nach diesem Vertrag entstehen.

§ 11 Salvatorische Klausel

¹Sollten einzelne Bestimmungen des Vertrages unwirksam sein oder werden, so bleibt die Wirksamkeit des Vertrages im Übrigen davon unberührt. ²Die Vertragsparteien verpflichten sich, die unwirksamen Bestimmungen durch neue, gültige zu ersetzen, die den gleichen inhaltlichen Zweck erfüllen.

§ 12 Inkrafttreten, Kündigung

- (1) Dieser Vertrag tritt am [Datum] in Kraft.
- (2) Alle Vertragsänderungen bedürfen der Schriftform.
- (3) Der Vertrag kann von jeder Vertragspartei mit einer Frist von 3 Monaten zum Ende eines Kalenderjahres, frühestens aber zum [Datum] schriftlich gekündigt werden.
- (4) Sofern ein Träger durch Kündigung seinen Austritt erklärt, wird der Pflegestützpunkt aufgelöst, es sei denn, die verbleibenden Träger beschließen dessen Fortführung.

[Landkreis/kreisfreie Stadt] , den [Datum]

AOK Bayern – Die Gesundheitskasse

.....

BKK Landesverband Bayern
stellvertretend für die Betriebs-
krankenkassen mit Versicherten in Bayern

IKK classic

.....

Sozialversicherung für Landwirtschaft,
Forsten und Gartenbau als Landwirt-
schaftliche Kranken- und Pflegekasse
(SVLFG)

KNAPPSCHAFT, Regionaldirektion
München

.....

Verband der Ersatzkassen e.V. (vdek)
Der Leiter der Landesvertretung Bayern

Bezirk

.....

Anlage 1 Betriebskonzept

Anlage 2 Datenschutzvereinbarung

Anlage 1 zum Stützpunktvertrag

Betriebskonzept des Pflegestützpunktes [in der Kommune] vom [Datum] in der Fassung vom [Datum]

Inhaltsverzeichnis

1. Örtliche Ausgangslage
2. Standort, Öffnungszeiten und Erreichbarkeit
3. Organisationsstruktur
4. Personelle und sächliche Ausstattung
5. Beratung/Einzelfall-Ebene
6. Care Management/System-Ebene
7. Vernetzung – Einbindung und Beteiligung weiterer Institutionen/Personen am Pflegestützpunkt
8. Öffentlichkeitsarbeit
9. Dokumentation und Qualitätsmanagement

Anlage 2 zum Stützpunktvertrag

Datenschutzvereinbarung

§ 1

Gegenstand der Vereinbarung

- (1) Die Träger erheben, verarbeiten und nutzen Sozialdaten i.S.d. § 7 c Abs. 5 SGB XI i.V.m. §§ 67 a ff. SGB XII und DSGVO. Die Aufgabenerledigung umfasst i. V. m. § 3 des Stützpunktvertrages die Beratung und Auskunft der Hilfesuchenden und ggf. die Erstellung eines Versorgungsplanes.
- (2) Die Datenschutzvereinbarung regelt die Maßnahmen zum Schutz des Sozialgeheimnisses i. S. d. § 35 SGB I bei der Erledigung der unter Abs. 1 genannten Aufgaben. Die Verarbeitung der personenbezogenen Daten ist nur im Geltungsbereich des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) zulässig. Die dem Schutz der Sozialdaten dienenden Maßnahmen sind von den Trägern zu treffen.

§ 2

Rechte und Pflichten der Träger

- (1) Für die Beurteilung der Zulässigkeit der Datenverarbeitung sowie für die Wahrnehmung der Rechte der betroffenen Hilfesuchenden ist der jeweilige Träger verantwortlich.
- (3) Die Träger sichern zu, dass die von ihnen getroffenen Datenschutzmaßnahmen bei der Erhebung, Verarbeitung und Nutzung von Sozialdaten den Anforderungen des § 78a SGB X und seiner Anlage genügen.
- (4) Die Träger sind berechtigt, die Einhaltung der Vorschriften über den Datenschutz zu überwachen. Dazu bedienen sie sich der beteiligten Datenschutzbeauftragten.
- (5) Die Träger verpflichten sich, für die Sozialdatenverarbeitung nur Personal einzusetzen, das zur gewissenhaften Erfüllung seiner Obliegenheiten nach Maßgabe der § 5 BDSG, § 6 Bbg DSG (Datengeheimnis) unter Hinweis auf die straf- bzw. ordnungswidrigkeitsrechtlichen Folgen einer Pflichtverletzung (§ 43 BDSG; § 35 SGB I, §§ 85 und 85a SGB X, §§ 133 Abs. 3, 203 Abs. 2, 4 und 5, 204, 353 b und § 358 StGB) und nach § 1 des Gesetzes über die förmliche Verpflichtung nicht beamteter Personen vom 02.03.1974 (BGBl I, S. 547) schriftlich auf die Geheimhaltung verpflichtet wurde.
- (6) Die Träger verwenden die personenbezogenen Daten ausschließlich im Rahmen des vertraglich festgelegten Umfangs. Eine weitergehende Speicherung oder Verarbeitung personenbezogener Daten ist nicht zulässig.
- (7) Vom Träger gelieferte Datenträger sowie alle Dateien mit personenbezogenen Daten, die im Rahmen der Aufgaben übertragenden Datenverarbeitung erstellt werden, sind von den Trägern gesichert aufzubewahren.

- (8) Der Träger, bei dem der Pflegestützpunkt angesiedelt ist, leitet unverzüglich weitere Schutzvorkehrungen ein, bei Verdacht auf Datenschutzverletzungen oder Unregelmäßigkeiten bei der Speicherung oder Verarbeitung von Daten, welche den Datenschutz gefährden können.
- (9) Den Trägern wird das Recht eingeräumt,
 - a) während der Geschäftszeiten den Pflegestützpunkt zu betreten und dort datenschutzrechtliche Besichtigungen und Prüfungen vorzunehmen und
 - b) Fallunterlagen sowie gespeicherte Sozialdaten und Datenverarbeitungsprogramme betreffend ihrer Versichertendaten einzusehen,soweit es für die Überwachung des Datenschutzes erforderlich ist.

§ 3 Haftung

- (1) Die Lagerung der Datenträger hat bis zur Vernichtung im Hinblick auf § 203 StGB (Verletzung von Privatgeheimnissen) in verschlossenen Behältern bzw. verschlossenen Räumen zu erfolgen.
- (2) Die Träger haften im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen für Schäden, die infolge schuldhaften Verhaltens gegen die Datenschutzbestimmungen und gegen diese Datenschutzvereinbarung entstehen.
- (3) Schadensersatzansprüche bleiben durch diese Regelung unberührt.

§ 4 Inkrafttreten / Änderung

- (1) Diese Vereinbarung tritt am DATUM in Kraft und kann nur unter Beachtung der Datenschutzbestimmungen durch die Träger geändert werden.
- (2) Die Träger und ihre entsendeten Mitarbeiter verpflichten sich auch über das Ende der vertraglichen Beziehung hinaus, zur Verschwiegenheit (Datengeheimnis, Sozialgeheimnis, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse).

Ausführungen zu den Hausbesuchen nach § 7a SGB XI

Grundsatz

Bei Hausbesuchswunsch bzw. Erforderlichkeit veranlasst der Pflegestützpunkt die Durchführung des Hausbesuchs durch die zuständige Pflegekasse.

Kriterien für einen Hausbesuch durch den Pflegestützpunkt

- Wenn ein Hausbesuch über die jeweils zuständige Pflegekasse nach Klärung (kassenspezifische Ansprechpartner) nicht zeitnah möglich erscheint.
- Wenn der Zustand des Ratsuchenden einen Besuch des Pflegebedürftigen/Hilfesuchenden im PSP nicht zulässt.
- Wenn sich die Notwendigkeit eines Hausbesuches aus dem Beratungsgeschehen im Pflegestützpunkt ergibt und zwingend Personengleichheit des Beraters/der Beraterin erforderlich ist.

Hausbesuche im Kooperationsmodell

Im Kooperationsmodell kann ein Hausbesuch durch die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Pflegestützpunktes während der Öffnungszeiten erfolgen. Die Qualifikation des Mitarbeiters bzw. der Mitarbeiterin muss dabei dem notwendigen Bedarf (entweder Pflegeberatung nach §7a oder eine kommunale Beratung) entsprechen.

In den Zeiten, während sich ein Mitarbeiter/eine Mitarbeiterin des Pflegestützpunktes im Hausbesuch befindet, ist dieser personell entsprechend geringer besetzt.

Die Zuständigkeit der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im Pflegestützpunkt im Rahmen der Beratungstätigkeit veranschaulicht folgende Tabelle:

Aufklärung und Auskunft	Kommune	Pflegekasse
Beratung	Kommune	Pflegekasse
Pflegeberatung nach §7a SGB XI		Pflegekasse
Wohnberatung	Kommune	

Hausbesuche im Angestelltenmodell

Im Angestelltenmodell obliegt die Ermöglichung des Hausbesuches der Pflegestützpunktleitung.

Zusammenfassung der Ergebnisse des Arbeitskreises Qualitätssicherung der Pflegestützpunkte in Bayern Stand: 12.12.2019

1 Vorwort

Die Errichtung des Arbeitskreises Qualitätssicherung der Pflegestützpunkte in Bayern (AK-QS-PSP) wurde festgelegt im Landesrahmenvertrag (§ 6: Die PSP arbeiten nach einheitlichen Standards zur Qualitätssicherung) und in der Anlage zur Rahmenvereinbarung / Landesweite Qualitätsstandards für Pflegestützpunkte (2.2: Das Verfahren zur Erarbeitung, Weiterentwicklung und Verfeinerung der Standards wird in einer Arbeitsgruppe auf Landesebene beschlossen. In der Arbeitsgruppe sind Vertreter der Kassen, Kommunen und weiterer von diesen zu benennenden Sachverständigen vertreten.). Ziel sind landesweit verbindliche, einheitliche Qualitätsstandards für die Tätigkeit der Pflegestützpunkte in Bayern (PSP).

Der AK-QS-PSP ist jetzt mit zwei Vertretern der Kassen (Leitung Pflegeberatung MDK Bayern, Vertreterin der ARGE der Pflegekassen) und PSP- Mitarbeitern/Leitungen der Kommunen besetzt.

Der seit Sommer 2013 bestehende AK-QS-PSP mit drei Vertretern von Kassen und Kommunen wurde damit abgelöst. Die damals festgelegten Inhalte des AK wurden, wo notwendig entsprechend überarbeitet:

Die gültigen Standards sind im Folgenden dargestellt und verbindlich in den PSP umzusetzen:

2 Kategorien der Kontakte

Es werden folgende Definitionen einvernehmlich festgelegt:

	Information	Beratung	Beratung nach §7a SGB XI
	<ul style="list-style-type: none"> klare Frage-klare Antwort 	<ul style="list-style-type: none"> Beratung zu einem oder mehreren Themen, auch inklusive Vermittlung Fragen sind abschließend zu beantworten und Probleme zu lösen 	Siehe Richtlinien des GKV Spitzenverbandes vom 22.05.2018
Stammdaten	-	- / +	+
Hilfe und Unterstützungsbedarf	-	- / +	+
Zielformulierung	-	- / +	+
Gemeinsam vereinbarte Maßnahmen	-	- / +	+
Empfehlungen zur Umsetzung der Maßnahmen	-	- / +	+
Evaluation	-	- / +	+
Personelle Kontinuität	-	- / +	+
Schriftliche Aushändigung des Versorgungsplanes	-	- / +	+

Legende: - nicht erforderlich + muss +/- kann

3 Einheitliche Schnittmengen der Datenerfassung/Datenauswertung der PSP

Die Kassen benötigen grundsätzlich nur Jahresauswertungen.

Folgende Inhalte müssen für die Meldung an die Pflegekassen **verpflichtend** erfasst werden:

1. Klientengruppe
2. Kontaktart
3. Beratungsinhalt
4. Versorgungsart

3.1 Klientengruppen

Folgende Klientengruppen sind zu unterscheiden:

1. Betroffener / Klient
2. Angehörige / Bekannte/ Kontaktperson
3. Betreuer
4. Ärzte
5. Krankenhäuser und deren Sozialdienst
6. Professionelle Stellen (z.B. Dienstleister wie ambulante Pflegedienste, Organisationen)
7. Beratungsstellen
8. Kranken- und/oder Pflegekassen
9. Sonstige

Ergänzungen können individuell vorgegeben werden.

3.2 Kontaktart

Folgende Kontaktarten sind zu erfassen:

1. Telefonisch
2. Persönlich im PSP
3. Persönlich in Außenstelle
4. Schriftlich (Brief, Fax, E-Mail)
5. Hausbesuche/ Treffen andernorts

Ergänzungen können individuell vorgegeben werden.

3.3 Beratungsinhalt

Mindestens ein Beratungsinhalt ist verpflichtend auszufüllen (Pflichtfeld). Mehrere Eingaben verschiedener Beratungsinhalte pro Fall sind möglich. Pflegestützpunktspezifische Ergänzungen der Beratungsinhalte können in Zeile 2 mit der Kennzeichnung xx vorgenommen werden.

Folgende Beratungsinhalte werden einvernehmlich festgelegt:

3.4 Beratungsinhalte PSP Bayern

Nr.	KIM Beratungsinhalt Zeile 1 eingeben	KIM Beratungsinhalt Zeile 2 eingeben
01	Häusliche Pflege	<ul style="list-style-type: none"> • Pflegegeld • Pflegesachleistungen • Kombinationsleistungen • Information über und Unterstützung bei der Suche nach amb. Dienst
02	Verhinderungspflege	
03	Teilstationäre Pflege	<ul style="list-style-type: none"> • Leistungen der Pflegeversicherung im Bereich Tages-/Nachtpflege und Eigenanteil • Information über und Unterstützung bei der Suche nach Tagespflege • Information über und Unterstützung bei der Suche nach Nachtpflege
04	Kurzzeitpflege	<ul style="list-style-type: none"> • Leistungen der Pflegeversicherung im Bereich KZP und Eigenanteil • Information über und Unterstützung bei der Suche nach KZP
05	Vollstationäre Pflege	<ul style="list-style-type: none"> • Leistungen der Pflegeversicherung bei vollstationärer Pflege und Eigenanteil • Information über und Unterstützung bei der Suche nach Pflegeheim ab PG 2 • Information über und Unterstützung bei der Suche nach Pflegeheim mit PG 1 • Information über und Unterstützung bei der Suche nach beschützenden Platz • Pflege- und Wohnqualitätsgesetz
06	Leistungen in amb. betreuten Wohngruppen nach § 38a SGB XI	<ul style="list-style-type: none"> • Leistungen der Pflegeversicherung bei ambulant betreuten WG und Eigenanteil • Information über und Unterstützung bei der Suche nach WG
07	Entlastungsbetrag nach § 45 b SGB XI	<ul style="list-style-type: none"> • Vom ZBFS anerkannte Betreuungsdienste • Nutzungsmöglichkeiten des Entlastungsbetrages und Umwidmung der Sachleistung
08	Leistungen für pflegende Angehörige	<ul style="list-style-type: none"> • Pflegeunterstützungsgeld • Familienpflegezeit • Pflegezeit • Sozialversicherungsbeiträge • Pflegekurse/ Häusliche Schulung • Urlaub für pflegende Angehörige • Rehabilitation für pflegende Angehörige
09	Hilfsmittel, Pflegehilfsmittel	<ul style="list-style-type: none"> • Zum Verbrauch bestimmte Pflegehilfsmittel • Hilfsmittel

Anlage 4 zum Rahmenvertrag Pflegestützpunkte

Nr.	KIM Beratungsinhalt Zeile 1 eingeben	KIM Beratungsinhalt Zeile 2 eingeben
		<ul style="list-style-type: none"> • Hausnotruf
10	Wohnumfeld verbessernde Maßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> • Beratung zu Leistungen der Pflegeversicherung
		<ul style="list-style-type: none"> • Beratung von Klienten ohne Anspruch auf Kassenleistung bzgl. anderer Finanzierungsmöglichkeiten
		<ul style="list-style-type: none"> • Allgemeine Beratung zur Wohnanpassung
11	Wohnen im Alter	<ul style="list-style-type: none"> • Betreutes Wohnen / Service Wohnen/ Wohnanlagen/ Barrierefreies Wohnen /Senioren-WG
12	Pflegebedürftigkeit und Pflegegrade	<ul style="list-style-type: none"> • Leistungen der Pflegeversicherung grundsätzlich
		<ul style="list-style-type: none"> • Neues Begutachtungsinstrument und Selbsteinschätzungsbogen
		<ul style="list-style-type: none"> • Erstantrag
		<ul style="list-style-type: none"> • Höherstufungsantrag
		<ul style="list-style-type: none"> • Widerspruch
		<ul style="list-style-type: none"> • Weiterleitung aufsuchende Pflegeberatung
13	Krankenversicherung	<ul style="list-style-type: none"> • Häusliche Krankenpflege
		<ul style="list-style-type: none"> • Zuzahlungsbefreiung
		<ul style="list-style-type: none"> • Haushaltshilfe nach §38
		<ul style="list-style-type: none"> • Ärztlich verordnete Krankenfahrten
		<ul style="list-style-type: none"> • Ambulante Hospizleistungen
		<ul style="list-style-type: none"> • Stationäre Hospize
		<ul style="list-style-type: none"> • SAPV
		<ul style="list-style-type: none"> • Intensivpflege
		<ul style="list-style-type: none"> • Kurzzeitpflege nach §39c
14	Rehabilitation/Geriatriische Rehabilitation	
15	Menschen mit Behinderung und psych. Erkrankungen	<ul style="list-style-type: none"> • Fahrdienst für Menschen mit Behinderung
		<ul style="list-style-type: none"> • Schwerbehindertenausweis
		<ul style="list-style-type: none"> • Bundesteilhabegesetz
		<ul style="list-style-type: none"> • Ambulante Versorgung für Menschen mit Behinderung
		<ul style="list-style-type: none"> • Stationäre Einrichtung für Menschen mit Behinderung
		<ul style="list-style-type: none"> • Stationäre Einrichtung für Menschen mit psychischer Erkrankung
		<ul style="list-style-type: none"> • Kurzzeitpflege für Menschen mit Behinderung
16	Ergänzende Leistungen und weitere Angebote	<ul style="list-style-type: none"> • Haushaltshilfe, privat finanziert
		<ul style="list-style-type: none"> • Essen auf Rädern
		<ul style="list-style-type: none"> • Hausnotruf, privat finanziert
		<ul style="list-style-type: none"> • Osteurop. Haushaltshilfen
		<ul style="list-style-type: none"> • Fahrdienst priv. finanziert
		<ul style="list-style-type: none"> • Besuchsdienst
		<ul style="list-style-type: none"> • Urlaubsangebote für Pflegebedürftige
		<ul style="list-style-type: none"> • Lieferservice
		<ul style="list-style-type: none"> • Mittagstisch
		<ul style="list-style-type: none"> • Hausmeisterdienste

Anlage 4 zum Rahmenvertrag Pflegestützpunkte

Nr.	KIM Beratungsinhalt Zeile 1 eingeben	KIM Beratungsinhalt Zeile 2 eingeben
		<ul style="list-style-type: none"> • Nachbarschaftshilfe
		<ul style="list-style-type: none"> • Privat finanzierte ergänzende Leistungen
17	Fachberatungsstellen	<ul style="list-style-type: none"> • Selbsthilfegruppen
		<ul style="list-style-type: none"> • Betreuungsstelle
		<ul style="list-style-type: none"> • Fachstellen für pflegende Angehörige
		<ul style="list-style-type: none"> • Fachberatungsstellen für bestimmte Diagnosen
18	Betreuungsrecht	<ul style="list-style-type: none"> • Gesetzliche Betreuung
		<ul style="list-style-type: none"> • Unterbringung
		<ul style="list-style-type: none"> • Patientenverfügung
		<ul style="list-style-type: none"> • Vorsorgevollmacht
		<ul style="list-style-type: none"> • Hinweis auf freiheitsentziehende Maßnahmen und Unterbringungsmöglichkeiten
		<ul style="list-style-type: none"> • Weiterleitung an Betreuungsstelle
19	Ergänzende Finanzierung – außerhalb Pflegeversicherung	<ul style="list-style-type: none"> • Landespflegegeld
		<ul style="list-style-type: none"> • Amb. Hilfe zur Pflege SGB XII
		<ul style="list-style-type: none"> • Stat. Hilfe zur Pflege SGB XII
		<ul style="list-style-type: none"> • Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung
		<ul style="list-style-type: none"> • Persönliches Budget
		<ul style="list-style-type: none"> • weitere Leistungsträger (z.B. Rentenversicherung, Unfallversicherung, Berufsgenossenschaften)
		<ul style="list-style-type: none"> • Blindengeld
		<ul style="list-style-type: none"> • Weiterleitung bei Privater Zusatzversorgung an die Verbraucherschutzzentrale
20	Prävention und Gesundheitsförderung	
21	Krisen-/Notfallintervention	<ul style="list-style-type: none"> • Gewalt in der Pflege
		<ul style="list-style-type: none"> • Zeitlich drängende Problemlösung
		<ul style="list-style-type: none"> • „Gefahr im Verzug“
		<ul style="list-style-type: none"> • Suizidalität
22	Psychosoziales Entlastungsgespräch	
23	Umgang mit Erkrankungen allgemein	<ul style="list-style-type: none"> • Demenz
		<ul style="list-style-type: none"> • Weitere Diagnosen
24	Beschwerden	<ul style="list-style-type: none"> • über ambulante Dienstleistungen
		<ul style="list-style-type: none"> • über stationäre Dienstleistungen
		<ul style="list-style-type: none"> • über teilstationäre Dienstleistungen
		<ul style="list-style-type: none"> • Sonstige Dienstleistungen
		<ul style="list-style-type: none"> • über den Pflegestützpunkt
		<ul style="list-style-type: none"> • über den MDK
25	Care Management	

3.5 Versorgungsart

Unter Versorgungsart sind folgende Eingaben zu hinterlegen (Pflichtfeld):

- Information
- Beratung
- §7a SGB XI Erstberatung
- §7a SGB XI Beratungsergänzung
- §7a SGB XI Wiederholungsberatung
- Caremanagement

3.5.1 Bundesstatistik/Meldepflichtige Daten

Das Bundesministerium verlangt über den GKV-Spitzenverband die folgenden statistischen Daten aller Pflegestützpunkte in Deutschland.

Alle Pflegeberatungsfälle nach §7a SGB XI in Pflegestützpunkten in Summe und getrennt ausgewiesen nach Erst- und Wiederholungsberatung.

Ein Pflegeberatungsfall definiert sich hierbei über die Richtlinien der Pflegeberatung.

Eine **Erstberatung** liegt vor, wenn der vollständige Beratungsprozess gemäß den Richtlinien nach §7a SGB XI durchlaufen und beendet wurde und zuvor keine Pflegeberatung erfolgt ist, die nach dem 1.1.2019 begonnen hat. Eine Erstberatung kann je anspruchsberechtigter Person nur einmal erfasst werden, es sei denn, die anspruchsberechtigte Person wechselt die Pflegekasse/den Pflegestützpunkt. Wechselt die anspruchsberechtigte Person die Pflegekasse, ist die erste Pflegeberatung, die die neue Pflegekasse durchführt, als Erstberatung zu erfassen. Gleiches gilt für die Erfassung von Pflegeberatungen bei der Inanspruchnahme unterschiedlicher Pflegestützpunkte.

Eine **Wiederholungsberatung** ist zu erfassen, wenn nach einer beendeten Pflegeberatung nach §7a SGB XI ein erneuter oder ein veränderter Beratungsbedarf entsteht und der vollständige Beratungsprozess gemäß den Richtlinien des GKV-Spitzenverbandes zur einheitlichen Durchführung der Pflegeberatung nach §7a SGB XI durchgeführt wurde.

Die Angabe §7a SGB XI **Beratungsergänzung** wird dann im System ausgewählt, wenn innerhalb eines bestehenden Versorgungsplanes nach einer erfolgten, aber nicht abgeschlossenen Beratung nach §7a SGB XI, Änderungen vorgenommen werden. Bei der Meldung an das Bundesministerium wird die Beratungsergänzung **nicht** übermittelt.

3.5.2 Meldeverfahren/ -fristen

Der GKV-Spitzenverband sammelt quartalsweise über die in den jeweiligen Bundesländern benannten federführenden Pflegekassen die Daten ein und aggregiert diese je Bundesland vor der Weitermeldung an das Bundesministerium für Gesundheit.

In Bayern erfolgt die Datensammlung über die AOK Bayern zu folgenden Zeitpunkten:

Erhebungszeitraum	Abgabetermin
erste Quartal (1.1. bis 31.3.)	15./20. April
zweites Quartal (1.4. bis 30.6.)	15./20. Juli

Anlage 4 zum Rahmenvertrag Pflegestützpunkte

drittes Quartal (1.7. bis 30.9.) 15./20. Oktober

viertes Quartal (1.10. bis 31.12.) 15./20. Januar

Die Summe der §7a SGB XI Erstberatung und §7a SGB XI Wiederholungsberatung werden an die AOK Bayern zu den genannten Stichtagen per E-Mail (pfligestuetzpunkte@by.aok.de) gesendet.

4 Freiwillige Datenerhebung

4.1 Vermittlung durch / Weg zum PSP

Diese Erfassung ist aus Sicht der Kassen nicht erforderlich, aber für die PSP sicher informativ und hilfreich, um bei Bedarf entsprechende Werbemaßnahmen ergreifen zu können oder Defizite in der Vernetzung zu beseitigen.

4.2 Dauer

Die Erfassung der Dauer der Bearbeitung ist aus Sicht der Kassen nicht erforderlich, aber für die PSP möglicherweise von internem Interesse.

4.3 Vermittlung an

Die Erfassung, an welchen professionellen Dienstleister im Einzelnen vermittelt wurde, ist aus Sicht der Kassen nicht erforderlich. Es soll jeder PSP selbst entscheiden, ob er diese Erfassung für notwendig hält, z.B. zum Nachweis der Neutralität der Beratung. Sofern eine Erfassung dieser Daten erfolgt, wird empfohlen, diese auf keinen Fall zu veröffentlichen (z.B. im Jahresbericht), sondern nur für interne Zwecke zu verwenden (Stichwort: Pflicht zur Wettbewerbsneutralität!).

Zweckmäßig ist, sich die freie Entscheidung zwischen den möglichen Leistungsanbietern in geeigneter Form vom Beratungssuchenden schriftlich bestätigen zu lassen (z.B. auf dem Formular des Versorgungsplans: Der Klient/Betreuer hat Kenntnis aller in Frage kommenden Leistungsanbieter vor Ort erhalten. Die Entscheidung hinsichtlich zu nutzender Leistungen oder zur Inanspruchnahme und Auswahl von Leistungsanbietern wurde frei und allein durch den Klienten/Betreuer getroffen.)

4.4 Herkunft

Diese Erfassung ist aus Sicht der Kassen nicht erforderlich, aber für die PSP in den meisten Fällen sinnvoll, um den Einzugsbereich bzw. die Herkunft aus den einzelnen Städten/Gemeinden im Landkreis ermitteln zu können.

4.5 Erstkontakt/Folgekontakt

Diese Erfassung ist aus Sicht der Kassen nicht erforderlich, aber für interne Zwecke evtl. relevant.

5 Versorgungsplan bei Beratungen nach §7a SGBXI

Bei Beratungen nach §7a SGB XI ist es nach den Richtlinien des GKV-Spitzenverbandes vom 7. Mai 2018 erforderlich, dass ein schriftlicher Versorgungsplan erstellt und dem zu Beratenden ausgehändigt wird.

Für die Dokumentation des Versorgungsplanes im KIM wird eine eigene Maske angelegt. Die PSP Bayern einigen sich auf folgende Darstellung:

Priorität	Ist-Situation	Ziel	Maßnahme	Wer	Wann	Evaluation

Folgende Module sollen hierbei berücksichtigt werden:

- Mobilität und Selbstversorgung
- Wohnsituation
- Kognitive und Kommunikative Fähigkeiten/psychische Verfassung
- Bewältigung von und selbstständiger Umgang mit krankheits- und therapiebedingten Belastungen
- Gestaltung Alltagsleben und sozialer Kontakte
- Hauswirtschaftliche Versorgung
- außer häusliche Aktivität
- Angehörige und Pflegepersonen
- Sonstiges

Hierzu wird eine gesonderte Ausfüllanleitung erstellt.

6 Schnittstellen des PSP mit den Angehörigenfachstellen sowie den Kranken- und Pflegekassen

Aufgaben	Kommunale MA	Fachstellen für pflegende Angehörige	Pflegeberater der Kassen
Erstanlaufstelle	Ja	Ja	Ja
Allgemeine Beratung	Ja	Ja	Ja
Pflegeberatung nach §7a SGB XI inkl. Versorgungsplan	Bei entsprechender Qualifikation	Bei entsprechender Qualifikation	Ja
Beratung in sozialrechtlichen Angelegenheiten	Ja	-	Ja
Psychosoziale Beratung	-	Ja	-
Fachberatung Demenz	-	Ja	-
Care Management	Ja	ergänzend	ergänzend
Öffentlichkeitsarbeit, Präventions- und Informationsveranstaltung, Netzwerkarbeit	Ja	Ja	Ja

7 Umsetzung der Inhalte dieses Ergebnispapiers in den PSP

Nach Abstimmung des Ergebnispapiers zwischen den Trägern, ist die verbindliche Umsetzung bei allen bayerischen PSP ab dem 01.01.2019 vorgesehen, da zuvor noch Veränderungen der unterschiedlichen EDV-Systeme in den PSP erforderlich sein werden.

8 Prüfung der Qualitätssicherung der PSP

Die Statistiken zur Qualitätssicherung sind jährlich für das jeweils vorangegangene Kalenderjahr, erstmals für das Jahr 2015, bis spätestens 30.06. des Folgejahres gemeinsam mit der Jahresabrechnung und dem Jahresbericht bei der Kopfstelle der ARGE für PSP einzureichen.

9 Aktualisierung dieses Ergebnispapiers

Bei gesetzlichen Änderungen oder sonstigen Entwicklungen mit Einfluss auf die statistischen Erfassungen, tritt der AK-QS-PSP wieder zusammen.

Mindestinhalte des Berichtswesens

Das Bundesministerium für Gesundheit verlangt über den GKV-Spitzenverband die folgenden statistischen Daten aller Pflegestützpunkte in Deutschland:

Alle Pflegeberatungsfälle nach §7a SGB XI in Pflegestützpunkten in Summe und getrennt ausgewiesen nach Erst- und Wiederholungsberatung.

Ein Pflegeberatungsfall definiert sich hierbei über die Richtlinien der Pflegeberatung (Richtlinien des GKV-Spitzenverbandes zur einheitlichen Durchführung der Pflegeberatung nach § 7a SGB XI in der jeweils gültigen Fassung).

Eine **Erstberatung** liegt vor, wenn der vollständige Beratungsprozess gemäß den Richtlinien nach §7a SGB XI durchlaufen und beendet wurde und zuvor keine Pflegeberatung erfolgt ist, die nach dem 1.1.2019 begonnen hat. Eine Erstberatung kann je anspruchsberechtigter Person nur einmal erfasst werden, es sei denn, die anspruchsberechtigte Person wechselt die Pflegekasse/den Pflegestützpunkt. Wechselt die anspruchsberechtigte Person die Pflegekasse, ist die erste Pflegeberatung, die die neue Pflegekasse durchführt, als Erstberatung zu erfassen. Gleiches gilt für die Erfassung von Pflegeberatungen bei der Inanspruchnahme unterschiedlicher Pflegestützpunkte.

Eine **Wiederholungsberatung** ist zu erfassen, wenn nach einer beendeten Pflegeberatung nach §7a SGB XI ein erneuter oder ein veränderter Beratungsbedarf entsteht und der vollständige Beratungsprozess gemäß den Richtlinien des GKV-Spitzenverbandes zur einheitlichen Durchführung der Pflegeberatung nach §7a SGB XI durchgeführt wurde.

Der GKV-Spitzenverband sammelt quartalsweise über die in den jeweiligen Bundesländern benannten federführenden Pflegekassen die Daten ein und aggregiert diese je Bundesland vor der Weitermeldung an das Bundesministerium für Gesundheit.

In Bayern erfolgt die Datensammlung zu folgenden Zeitpunkten:

Erhebungszeitraum	Abgabetermin
erste Quartal (1.1. bis 31.3.)	15./20. April
zweites Quartal (1.4. bis 30.6.)	15./20. Juli
drittes Quartal (1.7. bis 30.9.)	15./20. Oktober
viertes Quartal (1.10. bis 31.12.)	15./20. Januar

Die Summe der § 7a SGB XI Erstberatung und § 7a SGB XI Wiederholungsberatung werden an die AOK Bayern zu den genannten Stichtagen per E-Mail (pflGESTuetzpunkte@by.aok.de) gesendet.

Weitere Daten

- Anzahl der Hausbesuche
- Qualifikationsnachweise der Mitarbeiter nach § 7a SGB XI

Die Daten sind im Jahresbericht zu berücksichtigen und der Kommission unaufgefordert bis zum 30.4. zur Verfügung zu stellen.

Abrechnungsmodalitäten der Pflegestützpunkte gemäß §§ 10, 11 Rahmenvertrag

1. Die Finanzierung der Pflegestützpunkte erfolgt auf der Grundlage einer Ist-Kosten-Abrechnung.
2. Abrechnungsgrundlage ist das Kalenderjahr.
3. Die kommunalen Träger der Pflegestützpunkte ermitteln die jährlichen erstattungsfähigen Kosten des laufenden Jahres für das Vorjahr in anonymisierter Form und leiten diese bis spätestens zum 31.03. unter dem Betreff **Abrechnung Pflegestützpunkt [Ort]** mittels des Berechnungsblattes (Anlage 6a und 6b) weiter an
 - die AOK Bayern – Die Gesundheitskasse (pflegestuetzpunkte@by.aok.de)
 - den Verband der Ersatzkassen (pflegestuetzpunkte.bayern@vdek.com)
 - den BKK Landesverband Bayern (PSP@bkk-lv-bayern.de)
 - die IKK classic (pflegestuetzpunkte-bayern@ikk-classic.de)
 - die Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau (SVLFG) (Birgit.Sojer@svlfg.de) und
 - die KNAPPSCHAFT, Regionaldirektion München (vertrag.muenchen@knappschaft.de).

Die Rechnung muss dabei folgende Punkte beinhalten:

- Zahlungsaufforderung mit:
 - Betreff mit Zeitraum der Abrechnung
 - Beträge je Kassenart (siehe oben) und Rechnungsziel sowie Kostenart

	Jahresabrechnung	Abschlagszahlung
Angestelltenmodell:		
Personalkosten		
Sachkosten inklusive Gemeinkosten		
Kooperationsmodell:		
Sachkosten		

- Bankverbindung
- Berechnungsblatt je nach Modell (Anlage 6a, Anlage 6b) sowohl als Excel-datei als auch als PDF.
 - Eine schriftliche Erklärung aus dem Lenkungsgremium des jeweiligen Pflegestützpunktes, in welcher die fachlich und sachlich korrekte Abrechnung per Unterschrift bestätigt wird.
4. Der Abrechnungsbetrag beim Angestelltenmodell wird wie folgt ermittelt:
 - a. Der jährliche Personalkosten-Bruttobetrag (maximal TVÖD-SUE, S 15, Stufe 6) wird um einen 20%igen Gemeinkostenzuschlag sowie eine jährliche Sachkostenpauschale von derzeit 9.750,00 Euro (Stand 01.07.2018) erhöht.

Anlage 6 zum Rahmenvertrag Pflegestützpunkte

- b. Der jährliche Abrechnungsbetrag für eine Vollzeitkraft ist auf maximal 102.220,11 Euro (Stand 01.07.2018) begrenzt.
 - c. Der Abrechnungshöchstbetrag vermindert sich bei einer Teilzeitanstellung und bei einem Teilbeschäftigungszeitraum entsprechend.
- 5. Die Aufwendungen werden zu 1/3 von den kommunalen Trägern und zu 2/3 von den Kranken- und Pflegekassen getragen.
- 6. Die Kranken- und Pflegekassen (sh. unter 3.) erstatten den kommunalen Trägern ihren Anteil für die Schlussrechnung des Vorjahres sowie für die Abschlagszahlung (75 %) des laufenden Jahres entsprechend dem Berechnungsblatt (Anlage 6a und 6b) bis spätestens zum 01.07. des Jahres.
- 7. Die Kommission stellt einmal im Jahr die Anlage 6a und 6b mit den aktuellen Marktanteilen der Kassenarten (KM6) zur Verfügung.

Abrechnung Pflegestützpunkt für das Jahr 2020 Kooperationsmodell

Laufendes Jahr	2020
Abschlagszahlung 2020	75%

SOLL 2020		IST 2020	
Sachkosten		Sachkosten	
Ausgleich Vorjahr 2019	0,00	Abschlagszahlung laufendes Jahr zum 01.07.	0,00
Gesamtbetrag 2020	0,00	Differenz	0,00
Abschlagszahlung 2020	0,00	Rückzahlung von Pflegestützpunkt	0,00
Zahlbetrag zum 01.07.	0,00	Nachzahlung an Pflegestützpunkt	0,00

Anteilberechnungen			
Landkreis/Stadt an der Abschlagszahlung laufendes Jahr einschließlich Ausgleich Vorjahr			0,00
Kranken- und Pflegekassen an der Abschlagszahlung laufendes Jahr einschließlich Ausgleich Vorjahr			0,00
Kasse	Vers.	Prozent	Anteil
AOK	4.517.597	40,49%	0,00
BKK	2.439.425	21,86%	0,00
IKK	262.907	2,36%	0,00
KNAPPSCHAFT	50.931	0,46%	0,00
SVLFG	196.445	1,76%	0,00
VDEK	3.690.501	33,08%	0,00
Summe	11.157.806	100,00%	0,00

Abrechnung Pflegestützpunkt für das Jahr 2020

Angestelltenmodell

Laufendes Jahr	2020
Gemeinkostenzuschlag	20%
Sachkostenpauschale	
Jahreshöchstbetrag	
Abschlagszahlung 2020	75%

SOLL 2020							
	Mitarbeiter*in						
	A	B	C	D	E	F	G
Zeitraum in Monaten							
Vergütungsgruppe							
Erfahrungsstufe							
VZÄ							
Jahresbrutto inkl. Arbeitgeberkosten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Sachkostenanteil	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Gemeinkostenzuschlag	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
individueller Jahresbetrag	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
individueller Höchstbetrag	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Zu berücksichtigender Betrag	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Berechnungen							
Summe 2020	0,00						
Ausgleich Vorjahr 2019	0,00						
Gesamtbetrag 2020	0,00						
Abschlagszahlung 2020	0,00						
Zahlbetrag zum 01.07.	0,00						

IST 2020							
	Mitarbeiter*in						
	A	B	C	D	E	F	G
Zeitraum in Monaten							
Vergütungsgruppe							
Erfahrungsstufe							
VZÄ							
Jahresbrutto inkl. Arbeitgeberkosten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Sachkostenanteil	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Gemeinkostenzuschlag	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
individueller Jahresbetrag	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
individueller Höchstbetrag	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Zu berücksichtigender Betrag	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Berechnungen							
Summe 2020	0,00						
Abschlagszahlung laufendes Jahr zum 01.07.	0,00						
Differenz	0,00						
Rückzahlung von Pflegestützpunkt	0,00						
Nachzahlung an Pflegestützpunkt	0,00						

Anteilberechnungen			
Landkreis/Stadt an der Abschlagszahlung laufendes Jahr einschließlich Ausgleich Vorjahr			
			0,00
Kranken- und Pflegekassen an der Abschlagszahlung laufendes Jahr einschließlich Ausgleich Vorjahr			
			0,00
Kasse	Vers.	Prozent	Anteil
AOK	4.517.597	40,49%	0,00
BKK	2.439.425	21,86%	0,00
IKK	262.907	2,36%	0,00
KNAPPSCHAFT	50.931	0,46%	0,00
SVLFG	196.445	1,76%	0,00
VDEK	3.690.501	33,08%	0,00
Summe	11.157.806	100,00%	0,00

LEISTUNGSVERZEICHNIS

Ausschreibung

20.05.2026

Verfahren: 2026002573 - Dokumentationssoftware für die Pflegeberatung

SKONTO

Skonto zugelassen	Ja
Zahlungsziel (falls zugelassen)	30 Tag(e)
Skonto	_____ %

AUFLISTUNG ALLER POSITIONEN

ALLE PREISE SIND OHNE UMSATZSTEUER ANZUGEBEN

Bieterfragen bei Unklarheiten zur Leistungsbeschreibung

Bei Unklarheiten zur Leistungsbeschreibung bitten wir um Fragestellung VOR Angebotsabgabe über die Bieterkommunikation im Vergabemanagementsystem (Menüpunkt im Angebotsassistenten „Kommunikation mit der Vergabestelle“).

Bitte beachten Sie: Sofern dadurch die Vergabeunterlagen in einzelnen Punkten abgeändert werden, werden geänderte Vergabeunterlagen über sogenannte Korrekturzyklen im Vergabemanagementsystem zur Verfügung gestellt. Dabei wird auch bekannt gegeben, welche Veränderungen vorgenommen wurden.

Nach Durchführung eines Korrekturzyklus müssen bereits eingereichte Angebote erneut eingereicht werden.

Bei technischen Schwierigkeiten oder Fragen wenden Sie sich bitte an den technischen Support des Softwareentwicklers Healy Hudson (Tel. 0611 / 94910681).

1	Lizenzkosten	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	48,00	Monat pro 1,00 Monat

Softwarelizenzen für maximal folgende Anzahl an Usern

User in der Pflegeberatung: 10 Stück (mind. 8 Stück)

User in der Wohnberatung: 2 Stück

User welche Wohnberatung und Pflegeberatung durchführen: 4 Stück

Abrechnung nach tatsächlich nutzenden Usern.

Mindestvertragslaufzeit: 12 Monate

Automatische Verlängerung um jeweils 12 Monate, wenn nicht mit einer Frist von drei Monaten vor Vertragsablauf gekündigt wird.

Die Angabe der 48 Monate dient lediglich der systemischen Hochrechnung.
Für die Monate über die ersten 12 hinaus besteht keine Abnahmeverpflichtung.

Textergänzungen/Eigenschaften

Ansprechpartner, Name: _____

E-Mail: _____

Telefonnummer: _____

2	Lizenzkosten mobile App	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	48,00	Monat pro 1,00 Monat
	Lizenzkosten mobile App Maximal 6 Nutzer Mindestvertragszeit 12 Monate Sofern kostenfrei, kann 0 Euro eingetragen werden. Die Angabe der 48 Monate dient lediglich der systemischen Hochrechnung. Für die Monate über die ersten 12 hinaus besteht keine Abnahmeverpflichtung.					

3	2-Faktor Authentifizierung (Lizenz)	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	48,00	Monate pro 1,00 Monat
	2-Faktor Authentifizierung (Lizenz) bis zu 16 Nutzer (Mindestmenge: 10, Maximal 16) Anzugeben ist der monatliche Preis bei maximaler Nutzerzahl. Abgerechnet wird nach der tatsächlichen Nutzerzahl. Sofern kostenfrei, kann 0 Euro eingetragen werden. Die Angabe der 48 Monate dient lediglich der systemischen Hochrechnung. Für die Monate über die ersten 12 hinaus besteht keine Abnahmeverpflichtung.					

Textergänzungen/Eigenschaften

Monatlicher Preis pro Nutzer: _____

Euro

4	Initiales Customizing zu Vertragsbeginn	USt. [%] 19%	Menge 1,00	Einheit Pauschale	Einzelpreis [EUR] pro 1,00 Pauschale	Gesamtpreis [EUR]
Erstellung der Grundkonfiguration, inklusive Test. Sofern kostenfrei, kann 0 Euro eingetragen werden.						
<hr/>						
5	Dienstleistungspaket	USt. [%] 19%	Menge 120,00	Einheit Stunden	Einzelpreis [EUR] pro 1,00 Stunde	Gesamtpreis [EUR]
Dienstleistungspaket bis zu 120 Personenstunden auf Abruf. Keine Mindestmenge. Abrechnung nach tatsächlichen Aufwand. Keine Reise- und Nebenkostenerstattung (Customizing / Beratung /Dienstleistung/Individualisierung)						
<hr/>						
6	Anwenderschulung für alle Nutzer zum Zeitpunkt der Einführung	USt. [%] 19%	Menge 1,00	Einheit Schulung	Einzelpreis [EUR] pro 1,00 Schulung	Gesamtpreis [EUR]
Anwenderschulung für alle Nutzer zum Zeitpunkt der Einführung. Bis zu 16 Personen						

7	Poweruser / Admin Schulung	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Schulung pro 1,00 Schulung

Poweruser / Admin Schulung.
Inhaltliche und technische Schulung für die Konfiguration der Software.
Abruf nach Absprache.
Kein zwingender Abruf (optional).

8	Anbindung externer Programme (Schnittstelle)	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	1,00	Lizenz pro 1,00 Lizenz

Anbindung externer Programme (Schnittstelle)
Sofern kostenfrei, kann 0 Euro eingetragen werden.

9	Hardware Token 2-FA	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	16,00	Stück pro 1,00 Stück

Hardware Token 2-FA
Keine Mindestmenge
bis zu 16 Stück
Abruf nach Bedarf

10	Dienstleistung: Einbindung von Vorlagen	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	30,00	Stück pro 1,00 Stück

Hinterlegen/Anpassen/Bearbeiten von Dokumentenvorlagen
Bis zu 30 Stück

keine Mindestmenge

Im ersten Jahr geschätzt 15 Stück.

ANGEBOTSSUMME(N)

Summe exkl. Nachlass (netto)	_____
Nachlass (netto)	_____
Summe inkl. Nachlass (netto)	_____
Umsatzsteuer	_____
Summe (brutto)	_____

Verfahren: 2026002573 - Dokumentationssoftware für die Pflegeberatung

AUFLISTUNG ALLER DATEIANLAGEN ZU DEN POSITIONEN

Name	Dateiname	Größe	MIME-Type
------	-----------	-------	-----------

Verfahren: 2026002573 - Dokumentationssoftware für die Pflegeberatung

EIGNUNGSKRITERIEN

1 Präqualifizierung [Mussangabe]

Unsere Vergabestelle erklärt sich bereit, die Vorlage eines Präqualifizierungszertifikats, welches im amtlichen Verzeichnis Präqualifizierter Unternehmen für den Liefer- und Dienstleistungsbereich (oder alternativ in der älteren auch noch gültigen PQ-VOL-Datenbank) eingetragen ist, zu akzeptieren.

Informationen und Zertifikat sind erhältlich unter

www.amtliches-verzeichnis.ihk.de

Hinweis: Bei den nachfolgenden Muss-Angaben zur Eignung bitte "PQ" eintragen bzw. das so gekennzeichnete Feld ankreuzen.

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Es liegt keine Präqualifizierung vor. (0)
☐ Ein gültiges Präqualifizierungszertifikat wurde mit dem Angebot hochgeladen. (0)

Nur eine Antwort wählbar

2 Eintragung Berufs-/ Handelsregister (I) [Mussangabe]

Bitte laden Sie eine Kopie des Nachweises (nicht älter als 12 Monate, bezogen auf die Angebotsabgabefrist) Ihres Eintrags in das Handelsregister bzw. des Eintrags in das Verzeichnis der zulassungsfreien Handwerksgewerbe oder eine Kopie des Nachweises über die Eintragung in das Berufs- und/oder Handelsregister nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Staates der Europäischen Union, in dem das Unternehmen niedergelassen ist, als Anlage hoch.

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Ja, Nachweis wurde mit Angebotsabgabe hochgeladen (0)
☐ Nein, wird durch gültige Präqualifizierung (PQ) abgedeckt (0)
☐ Nein, Eintrag ist für mein/unser Gewerbe bzw. meinen/unseren Berufsstand nicht vorgeschrieben (0)

Nur eine Antwort wählbar

3 Eintragung Berufs-/ Handelsregister (II) [Mussangabe]

Tragen Sie nachfolgend ein, welche Unterlagen vorgelegt/hochgeladen wurden:

1. Gewerbeanmeldung
2. Handelsregistrauszug (sofern ich/wir zur Eintragung verpflichtet bin/sind)
3. Eintragung in das Verzeichnis der zulassungsfreien Handwerksgewerbe
4. Kopie des Nachweises über die Eintragung in das Berufs- und/oder
5. Handelsregister nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Staates der Europäischen Union, in dem das Unternehmen niedergelassen ist

Falls Sie präqualifiziert sind, tragen Sie bitte PQ ein

4 Berufsgenossenschaft [Mussangabe]

Ich bin / wir sind Mitglied in der Berufsgenossenschaft

- ☐ Keine Auswahl getroffen (0)
☐ Ja (0)
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

5 Berufsgenossenschaft Detail [Mussangabe]

Geben Sie an seit wann und unter welcher Nr. Sie Mitglied der Berufsgenossenschaft sind.

Bieter, die ihren Sitz nicht in der Bundesrepublik Deutschland haben, geben den für sie zuständigen entsprechenden Versicherungsträger an.

Wenn nicht zutreffend, schreiben Sie bitte das Wort "entfällt" in das Freifeld.

6 Berufsgruppe/Unternehmensart [Mussangabe]

Wählen Sie die Zugehörigkeit zu einer Berufsgruppe aus.
Ich/wir gehöre(n) zu

- ☐ Keine Auswahl getroffen (0)
- ☐ Handwerk (0)
- ☐ Industrie (0)
- ☐ Handel (0)
- ☐ Versorgungsunternehmen (0)
- ☐ Freie Berufe gem. § 18 Abs. 1 Nr. 1 Satz 2 EStG (0)
- ☐ Sonstigen (0)
- ☐ PQ (0)

Nur eine Antwort wählbar

7 Zuverlässigkeit / Einhaltung AEntG / MiLoG [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Ich erkläre/Wir erklären, dass für mein Unternehmen keine schwere Verfehlung vorliegt, die meine/unsere Zuverlässigkeit in Frage stellt.

Ich erkläre / wir erklären, dass ich / wir in den letzten zwei Jahren nicht aufgrund eines Verstoßes gegen Vorschriften, der zu einem Eintrag im Wettbewerbsregister geführt hat und insbesondere, dass ich/wir in den letzten zwei Jahren nicht:

- gem. § 21 Abs. 1 Satz 1 oder 2 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz oder
- gem. § 21 Abs. 1 Arbeitnehmerentsendegesetz oder
- gem. § 19 Abs. 1 Mindestlohngesetz

mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 € belegt worden bin/sind.

Hinweis:

Ab einer Auftragssumme von 30.000 Euro ohne Umsatzsteuer wird der Auftraggeber für den Bieter, auf dessen Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, einen Auszug aus dem Wettbewerbsregister gem. § 6 WRegG beim Bundeskartellamt anfordern.

Bei Abdeckung durch gültige Präqualifizierung (PQ) bitte ebenfalls mit "Ja" bestätigen.

- ☐ Keine Auswahl getroffen
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

8 Gewerberechtliche Voraussetzungen [Mussangabe]

Ich erkläre / wir erklären, dass ich / wir die gewerberechtlichen Voraussetzungen für die Ausführung der angebotenen Leistung erfülle(n).

Bei Abdeckung durch gültige Präqualifizierung (PQ) bitte "Ja" auswählen.

- ☐ Keine Angabe (0)
- ☐ Ja, ich/wir erfülle(n) die gewerberechtlichen Voraussetzungen (0)
- ☐ Nein, Gewerbeerlaubnis ist für mein/unser Gewerbe bzw. meinen/unsere Berufsstand nicht vorgeschrieben (0)
- ☐ Nein, ich/wir erfülle(n) nicht die gewerberechtlichen Voraussetzungen (0)

Nur eine Antwort wählbar

9 Ausschlussgründe Nichteignung § 31 UVgO (I) [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Ich erkläre/wir erklären, dass keine der in § 31 Abs. 1 UVgO i.V.m. § 123 GWB genannten Ausschlussgründe zutreffen (es liegt keine rechtskräftige Verurteilung oder rechtskräftige Festsetzung einer Geldbuße bezüglich der aufgeführten Tatbestände vor; ggf. Nachweis zur Heilung nach § 125 GWB).

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

10 Ausschlussgründe Nichteignung § 31 UVgO (II) [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Ich erkläre/wir erklären, dass keine der in § 31 Abs. 1 UVgO i.V.m. § 124 GWB genannten Ausschlussgründe zutreffen (ggf. Nachweis zur Heilung nach § 125 GWB).

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

11 Abfrage KMU [Mussangabe]

Bitte geben Sie an, welche Unternehmensgröße auf Ihr Unternehmen gem. EU-Empfehlung 2003/361 zutrifft?

- ☐ Keine Angabe (0)
- ☐ Großunternehmen (0)
- ☐ Mittleres Unternehmen (0)
- ☐ Kleines Unternehmen (0)
- ☐ Kleinunternehmen (0)

12 Daten für die Abfrage im Wettbewerbsregister [Mussangabe]

Ab einer Auftragssumme von 30.000 € netto sind öffentliche Auftraggeber gem. § 150a GewO verpflichtet, vor Erteilung des Zuschlags an Gewerbetreibende, Freiberufler und Vereine einen Auszug aus dem Wettbewerbsregister von dem betreffenden Unternehmen anzufordern.

Von Gewerbetreibenden als Bieter (AG, OHG, KG, GmbH & Co. KG, GbR) werden dazu folgende Angaben benötigt:

Firmenname

Straße, Hausnummer

HRA Nr.

oder

HRB Nr.

Zuständiges Registergericht

Sollten Sie als Bieter freiberuflich tätig oder in Form eines Einzelunternehmens bzw. Vereins (Freiberufler, e. K., e. V.) organisiert sein, werden folgende Angaben benötigt:

Familienname des freiberuflich Tätigen / Kaufmanns / Geschäftsführers / Vorstands

Geburtsname des freiberuflich Tätigen / Kaufmanns / Geschäftsführers / Vorstands

Vorname des freiberuflich Tätigen / Kaufmanns / des Geschäftsführers / Vorstands

13 Bietergemeinschaft I [Mussangabe]

Liegt eine Bietergemeinschaft vor?

☐ Keine Angabe (0)

☐ Ja (0)

☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

14 Bietergemeinschaft II [Mussangabe]

Sollte eine Bietergemeinschaft vorliegen, geben Sie bitte nachfolgend die Mitglieder der Bietergemeinschaft (Firmenbezeichnung, Anschrift, Telefon/Fax/Mail) sowie den Bevollmächtigten Vertreter an.

Zudem erklären Sie durch Abgabe eines Teilnahmeantrags / Angebots, dass

- der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt, insbesondere zur Abgabe und Entgegennahme von Erklärungen sowie zur Vornahme von Verfahrenshandlungen im Zusammenhang mit der ausgeschriebenen Leistung und zu Vertragsabschluss und Vertragsdurchführung.

- der bevollmächtigte Vertreter mit uneingeschränkter Wirkung berechtigt ist, für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft Zahlungen anzunehmen,

- alle Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber gesamtschuldnerisch haften.

Wenn Sie NICHT in einer Bietergemeinschaft auftreten, schreiben Sie bitte das Wort "entfällt" in das Freifeld.

15 Betriebshaftpflichtversicherung [Mussangabe]

Gefordert ist eine Erklärung, dass der Bieter eine marktübliche Berufshaftpflichtversicherung oder Betriebshaftpflichtversicherung spätestens zum Ausführungsbeginn abgeschlossen haben wird und auch während der gesamten Vertragslaufzeit aufrechterhält. Marktüblich ist ein Versicherungsschutz mit folgenden Mindestumfang, der mit der Erklärung bestätigt wird:

Mindestumfang:

Sachschäden 3.000.000 EUR;

Personenschäden 2.000.000 EUR;

Fehlt die Erklärung, wird das Angebot ausgeschlossen.

☐ Keine Angabe (0)

☐ Wir verpflichten uns, spätestens zum Ausführungsbeginn eine Versicherung in dem geforderten Mindestumfang abzuschließen und verpflichten uns, diesen Versicherungsschutz auch während der Vertragslaufzeit aufrecht zu erhalten. (0)

☐ Eine Versicherung mit dem geforderten Mindestumfang haben wir bereits abgeschlossen. Wir verpflichten uns, diesen Versicherungsschutz auch während der Vertragslaufzeit aufrecht zu erhalten (0)

Nur eine Antwort wählbar

LEISTUNGSKRITERIEN

1 Nachunternehmereinsatz UVgO

1.1 Nachunternehmerliste UVgO [Mussangabe]

Nachfolgend aufgeführte Leistungen werden an Nachunternehmer übertragen.
Zur Ausführung der im Angebot enthaltenen Leistungen benenne/n ich/wir Art und Umfang der Teilleistungen, für die ich mich/wir uns der Fähigkeiten anderer Unternehmen bedienen werde(n).
Bitte geben Sie unten eine Zuordnung nach Positionsnummer und Beschreibung der Teilleistung an.
Im Falle eines Nachunternehmereinsatzes sind den als Nachunternehmer vorgesehenen Firmen die vollständigen Vergabeunterlagen der ausschreibenden Dienststelle zur Angebotsabgabe zur Verfügung zu stellen.

2 Punktzahl Barrierefreiheit

Gewichtung: 100,00%
Maximalpunktzahl: 210

Punktzahl gemäß Anforderungen Barrierefreiheit

Typ	Dateiname	Größe	MIME-Type
Dateianlage	Leistungsverzeichnis_Dokumentationssoftware_Pflegeberatung_Cloud.xlsx	65,90 KB	xlsx